

Jacek Kucharczyk, Agnieszka Łada-Konefał

Gemeinsame Herausforderungen, unterschiedliche Sichtweisen

Deutsch-Polnisches Barometer 2025



25 Jahre deutsch-polnische
Wahrnehmungsstudien

JACEK KUCHARCZYK, AGNIESZKA ŁADA-KONEFAŁ

**GEMEINSAME
HERAUSFORDERUNGEN,
UNTERSCHIEDLICHE
SICHTWEISEN**

DEUTSCH-POLNISCHES
BAROMETER 2025

Das „Deutsch-Polnische Barometer“ ist ein gemeinsames Projekt des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten, des Deutschen Polen-Instituts, der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen und der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit.



Die Daten, die in dieser Publikation zitiert werden, stammen aus früheren Forschungseditionen, realisiert in der Zusammenarbeit der folgenden Partner:

2020–2025: Institut für Öffentliche Angelegenheiten / Deutsches Polen-Institut / Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen / Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit

2019: Institut für Öffentliche Angelegenheiten / Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen / Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit

2018: Institut für Öffentliche Angelegenheiten / Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen / Körber-Stiftung

2013–2016: Institut für Öffentliche Angelegenheiten / Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen / Bertelsmann-Stiftung

2000–2012, 2015, 2017: Institut für Öffentliche Angelegenheiten / Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen

Statistische Konsultation: Dr. Dariusz Przybysz

Übersetzung aus dem Polnischen: Ulrich Räther

Sprachliche Redaktion: Gert Röhrborn

Copyrights: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Warschau / Deutsches Polen-Institut, Darmstadt 2025

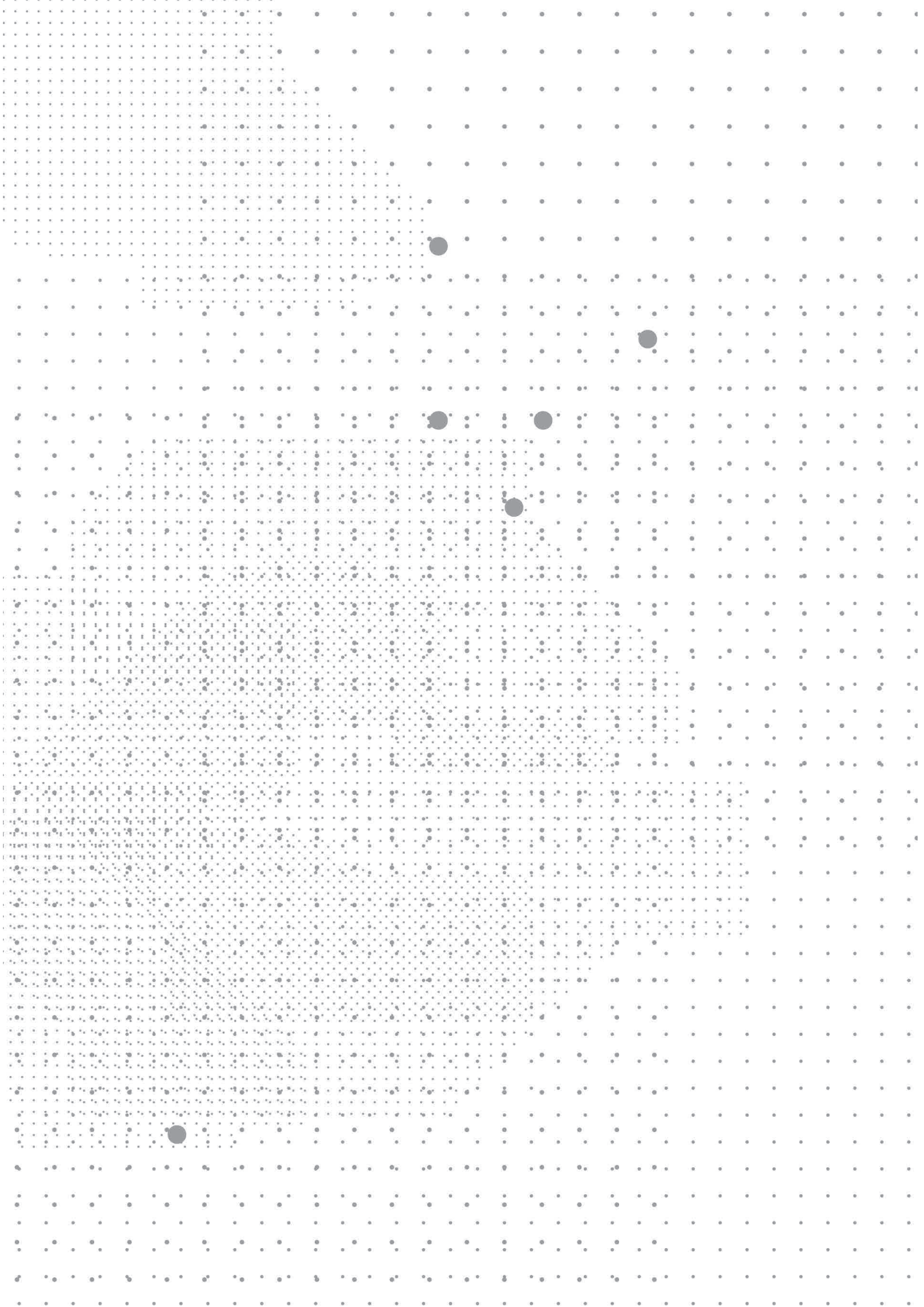
ISBN: 978-3-911236-03-4

Fundacja Instytut Spraw Publicznych
ul. Szpitalna 5/22,
00-031 Warschau, Polen
Tel.: (0048) 22 556 42 60;
isp@isp.org.pl; www.isp.org.pl

Deutsches Polen-Institut
Residenzschloss 1
64283 Darmstadt
Tel.: (0049) 6151-4202-0,
info@dpi-da.de; www.deutsches-polen-institut.de



Die wichtigsten Ergebnisse vorab	5
Einleitung	9
Wissensquellen über das Nachbarland	11
Aufenthalte in Polen/Deutschland	11
Aneignung von Wissen aus verschiedenen Informationsquellen	14
Verhältnis zur Nachbargesellschaft	19
Wahrnehmung der deutsch-polnischen Beziehungen und damit verbundene Herausforderungen	31
Meinungen zum Umgang mit der gemeinsamen Geschichte	33
Erwartungen an Deutschland im Hinblick auf die gemeinsame Vergangenheit	37
Bewertung der Einführung von Grenzkontrollen	43
Gegenseitige Wahrnehmung der Europapolitik	51
Beurteilung der Maßnahmen der polnischen und der deutschen Regierung gegenüber der anhaltenden russischen Aggression gegen die Ukraine	55
Wahrnehmung steigender deutscher Rüstungsausgaben im Hinblick auf das Sicherheitsempfinden in Polen und anderen verbündeten Ländern	63
Beurteilung der Auswirkungen der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten auf Polen und Deutschland	69
Abschließende Bemerkungen	75
Anmerkung zur Methodik	77
Zu den Autoren	79





- ▶ In Polen ist die häufigste Wissensquelle über Deutschland, seine Gesellschaft und Kultur die Schule (37 %). In Deutschland wird das Fernsehen am häufigsten genannt (35 %). Die Polen informieren sich viel häufiger als die Deutschen aus Internetportalen, Filmen und Fernsehserien und sozialen Medien über ihr Nachbarland.
- ▶ Nur ein Drittel (32 %) der befragten Polen äußert Sympathie für die Deutschen. Nach einem mehrjährigen Aufwärtstrend stellt dies einen starken Rückgang der positiven Gefühle gegenüber dem westlichen Nachbarn dar. Auch der Anteil der Polen, die Abneigung gegenüber den Deutschen äußern, ist der höchste seit Jahren (jeder vierte Befragte). Auf deutscher Seite äußern 42 Prozent der Befragten Sympathie für die Polen, der Prozentsatz aus dem Jahr 2022 blieb also stabil. Gleichzeitig ist der Anteil der Personen, die Abneigung gegenüber Polen äußern, deutlich gesunken, auf nur mehr neun Prozent.
- ▶ Die Deutschen zeigen eine deutlich höhere Akzeptanz gegenüber Polen in verschiedenen sozialen Rollen (Nachbar, Chef, Freund, Ratsmitglied, Schwiegersohn/-tochter) als die Polen gegenüber Deutschen, wobei die jeweiligen Unterschiede zwischen 14 und 32 Prozentpunkten ausmachen. Während bei den Polen der Höchstwert an Akzeptanz eines Deutschen bei drei Vierteln der Befragten liegt, sind es in umgekehrter Richtung 90 Prozent. So große Unterschiede in der Akzeptanz waren seit vielen Jahren nicht mehr zu beobachten. Die Antworten der Polen haben sich seit der letzten Umfrage im Jahr 2022 bei allen untersuchten sozialen Rollen deutlich verschlechtert. Gleichzeitig ist in Deutschland die Akzeptanz der Polen gestiegen und liegt auf dem höchsten Stand seit Beginn unserer Umfrage.
- ▶ Polen und Deutsche bewerten den Zustand der deutsch-polnischen Beziehungen sehr ähnlich. Jeweils die Hälfte der Polen (51 %) und der Deutschen (49 %) nehmen sie als gut wahr, ein Viertel der Befragten betrachtet sie als schlecht. Dies bedeutet einen deutlichen Rückgang der positiven Meinungen im Vergleich zu 2024.
- ▶ Nicht weniger als 70 Prozent der Deutschen sind der Meinung, dass aktuelle und zukünftige Themen im Mittelpunkt der deutsch-polnischen Beziehungen stehen sollten. Diese Meinung wird von weniger als der Hälfte der befragten Polen (48 %) geteilt. Zugleich verweisen doppelt so viele Polen (34 %) wie Deutsche (16 %) auf die Vergangenheit.

- ▶ Dass Deutschland genug getan hat, um Wiedergutmachung für die Verbrechen und die Zerstörung während des Zweiten Weltkriegs zu leisten, meinen 60 Prozent der deutschen Befragten. Diese Ansicht wird lediglich von 17 Prozent der Polen geteilt. Ein Drittel der Polen, aber nur 3 Prozent der Deutschen sagen, dass Deutschland bisher viel zu wenig getan hat. Insgesamt 58 Prozent der Polen und 23 Prozent der Deutschen sind der Meinung, dass Deutschland mehr für die Wiedergutmachung an Polen tun sollte. Jeder vierte befragte Pole bejaht die Forderung nach deutschen Reparationszahlungen, 10 Prozent verweisen auf Entschädigungen für noch lebende Opfer, 10 Prozent auf Bildungsmaßnahmen und neun Prozent auf die Pflege von Gedenkstätten. Auf deutscher Seite werden Reparationszahlungen nur von zwei Prozent der Befragten befürwortet, sonstige Formen der Wiedergutmachung heißt jeweils weniger als ein Zehntel der Befragten gut.
- ▶ Der Prozentsatz der Polen, die der Auffassung sind, dass Deutschland zu einer besseren Zusammenarbeit in Europa beiträgt (35 %), hält sich in etwa die Waage mit dem Anteil derer, die meinen, dass Deutschland Konflikte und Streitigkeiten schürt (32 %). Dies ist das schlechteste Meinungsbild über die deutsche Europapolitik, seit diese Frage zum ersten Mal im Barometer gestellt wurde. In Deutschland war, im Vergleich zu den guten Ergebnissen von 2024, gleichfalls ein Rückgang der positiven Bewertungen (33 %) und ein Anstieg der negativen Meinungen (31 %) zur polnischen Europapolitik zu verzeichnen.
- ▶ Die Hälfte der polnischen (50 %) und der deutschen (51 %) Bevölkerung unterstützt sowohl polnische als auch deutsche Grenzkontrollen. Bemerkenswert ist hierbei, dass die Polen die Entscheidung ihrer eigenen Regierung positiver bewerten als die Deutschen (70 % gegenüber 55 %), während die Deutschen die Entscheidung der Regierung des Nachbarlandes häufiger in Frage stellen als die Polen (28 % gegenüber 12 %). Besonders interessant sind die Ergebnisse der Bewohner der Grenzgebiete: Obwohl die Kontrollen ihr tägliches Leben beeinträchtigen, unterscheidet sich ihre Meinung nicht signifikant von denen der anderen Befragten. Insgesamt akzeptiert auf beiden Seiten der Grenze die Hälfte der Bevölkerung die Tatsache, dass Kontrollen eingeführt wurden, was auf eine hohe Toleranz gegenüber freiheitsbeschränkenden Maßnahmen im Schengen-Raum hindeutet.
- ▶ Seit 2022 ist die Befürwortung der Sanktionen gegen Russland und der Maßnahmen zur Unterstützung der Ukraine in beiden Ländern allmählich zurückgegangen, wobei der Rückgang in Polen stärker ausgeprägt ist als in Deutschland. Am stärksten verändert hat sich die Einstellung zur Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine: Weniger als die Hälfte der Polen (45 %) befürwortet sie gegenwärtig, während

in Deutschland der Anteil der Befürworter mit 55 Prozent etwas höher liegt. Dennoch akzeptiert eine Mehrheit der Befragten in beiden Ländern Wirtschaftssanktionen gegen Russland und den Verzicht auf russische Energieressourcen, wobei dieser Prozentsatz in Polen weiterhin höher ist als in Deutschland.

- ▶ In Polen und Deutschland ist eine Mehrheit der Befragten gleichermaßen der Meinung, dass der Anstieg der deutschen Rüstungsausgaben zur Sicherheit der Verbündeten, einschließlich Polens, beiträgt. Allerdings ist diese Überzeugung in Deutschland (59 %) stärker ausgeprägt als in Polen (48 %). In Polen ist die Besorgnis über den Ausbau des deutschen Militärpotenzials nach wie vor präsent, obwohl der Anteil der Polen, die die Stärkung der Bundeswehr als eine Maßnahme zur Verbesserung der polnischen Sicherheit ansehen, doppelt so groß ist wie der Anteil der Bedenkensträger. Die Letztgenannten sind häufig ältere Menschen und Einwohner der östlichen Woiwodschaften. Ein größeres Sicherheitsgefühl durch eine verstärkte Bundeswehr haben häufig Personen mit höherer Bildung und solche, die Deutschland schon einmal besucht haben.
- ▶ Eine Mehrheit der Deutschen (65 %) glaubt, dass die Rückkehr Donald Trumps ins Weiße Haus eine Veränderung zum Schlechten für ihr Land bedeutet, während in Polen diese Ansicht nur von einer Minderheit vertreten wird (35 %). Entsprechend äußern in Polen mehr Menschen eine hoffnungsvolle oder neutrale Haltung (46 %) gegenüber diesem Wandel als in Deutschland (26 %).
- ▶ In beiden Ländern ist eine Tendenz hin zu einer verstärkten europäischen Verteidigungszusammenarbeit erkennbar – eine Richtung, die von der Mehrheit der Deutschen (66 %) und der größten Gruppe der Polen (44 %) unterstützt wird, wobei in Polen (30 %) der Glaube an die Schlüsselrolle der Vereinigten Staaten als Sicherheitsgarant weiterhin deutlich verbreiteter ist als in Deutschland (14 %).
- ▶ Bei allen diskutierten Themen – von der Sympathie für den Nachbarn über die Bewertung der bilateralen Beziehungen bis hin zu den Einstellungen zur Geschichte, zur Sicherheit und zum Krieg in der Ukraine – sind starke politische Spaltungen deutlich erkennbar. In Polen haben Befragte, die zentristischen und linken Parteien zuneigen, eine größere Sympathie für die Deutschen, ein höheres Maß an Akzeptanz von Deutschen in sozialen Rollen und sie unterstützen die europäische Zusammenarbeit und die Hilfe für die Ukraine. Wähler rechtsgerichteter und rechtsextremer Parteien äußern eher eine Abneigung gegenüber Deutschland, Kritik an der Berliner Europapolitik und Skepsis an der Hilfe für die Ukraine. In Deutschland verlaufen ähnliche Trennlinien zwischen der Wählerschaft der etablierten Parteien (proeuropäisch und proukrainisch) und den Wählern der Anti-System-Parteien (Alternative für Deutschland,

Bündnis Sahra Wagenknecht), zuvörderst in Fragen der Europäischen Zusammenarbeit und der Unterstützung der Ukraine.

- ▶ Ein Aufenthalt im Nachbarland hat ebenfalls einen erheblichen Einfluss auf die Meinungen. Diejenigen, die das Nachbarland besucht haben, bekunden mehr Sympathie für ihre Nachbarn, eine größere Akzeptanz in sozialen Rollen und eine positive Bewertung der Europapolitik des anderen Landes. Im Falle der Polen zeigt sich dies vor allem in sicherheits- und außenpolitischen Fragen – die Erfahrung des Aufenthaltes in Deutschland begünstigt eindeutig eine positivere Einschätzung. Dies stellt eine bedeutende Veränderung im Vergleich zu den Vorjahren dar, als sich der Aufenthalt in Deutschland noch nicht so deutlich auf die Antworten auswirkte.
- ▶ Eine ebenso wichtige Rolle wie der Aufenthalt im Nachbarland spielen die politischen Informationsquellen. Jene Polen, die ihr Wissen über Deutschland in erster Linie aus den sozialen Medien beziehen, äußern sich eher kritisch über Deutschland, sind seltener für Sanktionen gegen Russland und Hilfen für die Ukraine und betrachten die Präsidentschaft von Donald Trump eher als etwas Hoffnungsvolles. Im Gegensatz dazu sind diejenigen Polen, die traditionelle Medien wie die meinungsbildende Presse oder Fernsehprogramme nutzen, eher proeuropäisch, pro-NATO und freundlicher gegenüber Deutschland eingestellt. Ähnliche Korrelationen, wenngleich in etwas schwächerer Form, sind auf deutscher Seite zu beobachten.



Das Jahr 2025 markiert einen besonderen Moment der Historie des Deutsch-Polnischen Barometers, denn es sind nun 25 Jahre vergangen, seitdem der erste Bericht über die gegenseitigen Beziehungen und Wahrnehmungen der polnischen und der deutschen Gesellschaft veröffentlicht wurde. In dieser Zeit lieferte die Umfrage einzigartige Einblicke in die wechselnden Stimmungen, gegenseitigen Erwartungen und die Entwicklung von Stereotypen und gegenseitigen Vorstellungen beiderseits der Oder. Das bedeutet ein Vierteljahrhundert systematischer Analysen, die nicht nur zu einem Bezugspunkt für Forscher und Entscheidungsträger, sondern auch zu einem wichtigen Element der Reflexion über den Stand und die Zukunft der deutsch-polnischen Nachbarschaft geworden sind.

Seit 2022 ist die Frage der deutschen und polnischen Unterstützung für die Ukraine im Kampf gegen den russischen Aggressor ein wichtiger Bestandteil jedes Deutsch-Polnischen Barometers. Die anhaltenden Diskussionen in Deutschland über die Legitimität und den Umfang von Militärhilfe, die im Zusammenhang mit den Wahlen in den östlichen Bundesländern und den Erfolgen prorussischer populistischer Kräfte besonders intensiv geführt wurden, finden ihren Widerhall in Polen, wo wiederum, wie Meinungsumfragen zeigen, die Bereitschaft zur Hilfe für ukrainische Flüchtlinge sinkt. Deshalb beziehen sich die Fragen des Deutsch-Polnischen Barometers sowohl auf die Bewertung des Handelns des Nachbarlandes als auch des eigenen Landes sowie auf die Haltung zu verschiedenen Formen der Unterstützung im Allgemeinen.

Neben der Alleinstellung des Deutsch-Polnischen Barometers als einziger regelmäßiger und bilateraler Umfrage dieser Art, zeichnet sich das Projekt überdies dadurch aus, dass es ein tieferes Verständnis der gegebenen Antworten ermöglicht. Wie in den vergangenen Jahren berücksichtigen wir bei der Analyse der eingeholten Stellungnahmen diesmal erneut die demografischen und sozialen Merkmale der Befragten (Geschlecht, Alter, Wohnort, Größe der Stadt) sowie die Parteipräferenzen. In Deutschland differenzieren wir die Ergebnisse zum Wohnort außerdem nach westlichen (alte) und östlichen (neue) Bundesländer (einschließlich Berlin). Zudem haben wir in diesem Jahr die Informationsquellen zur Politik einbezogen und die Befragten gebeten, anzugeben, welche Fernsehsender, Zeitungstitel oder Websites sie nutzen. Frühere Beobachtungen, dass die Informationsquellen einen entscheidenden Einfluss auf die Antworten haben, sind von den diesjährigen Ergebnissen bestätigt worden, insbesondere in Polen.

Ein besonderes Augenmerk richteten wir in der aktuellen Umfrage auf die Analyse des Einflusses eines Aufenthalts im Nachbarland auf die Meinungen der Befragten. Wir stellen diese Frage in mehrjährigem Abstand und bemerken immer wieder, dass die persönliche Erfahrung der Begegnung mit der anderen Gesellschaft die Stereotype abschwächt und zu einer positiveren Bewertung führt. Bisläng war dieser Trend bei den deutschen Befragten ausgeprägter, in diesem Jahr haben wir ihn auch in Polen verstärkt ausgemacht.

Alle, die an einem Vergleich der Ergebnisse über einen längeren Zeitraum hinweg interessiert sind, sind dazu eingeladen, unsere Projekt-Website zu besuchen: www.barometr-polska-niemcy.pl oder www.deutsch-polnisches-barometer.de. Dort kann man eigenständig Daten gegenüberstellen, Diagramme erstellen und Trends analysieren.

Die Autoren möchten sich bei allen Personen und Institutionen bedanken, die das Deutsch-Polnische Barometer seit 25 Jahren unterstützen und dadurch mitgeschaffen haben. Ihrer Arbeit und ihrem Engagement ist es zu verdanken, dass diese bilateralen Beziehungen, die zu den wichtigsten in Europa gehören, systematisch dokumentiert und analysiert werden können.



Das Deutsch-Polnische Barometer analysiert die gegenseitige Wahrnehmung von Polen und Deutschen sowie ihre Meinungen über das Nachbarland und dessen Politik. Wir fragen also nach Bewertungen und nicht nach Wissen zu den untersuchten Themen. Um diese Bewertungen jedoch besser zu verstehen, ist es sinnvoll, die Wissens – und Informationsquellen zu kennen, auf die sich die Befragten stützen, da diese einen großen Einfluss auf deren Wahrnehmung der Welt haben. Angesichts der heutigen Bedeutung und Vielfalt der Informationsangebote in den sozialen Medien gewinnt diese Frage zunehmend an Relevanz. Wie bereits mehrfach zuvor haben wir auch in diesem Jahr Fragen zu den Aufenthalten der Befragten im jeweiligen Nachbarland nach dem für beide Länder wegweisenden Jahr 1989/90 gestellt und uns danach erkundigt, woher sie ihre Informationen über das Nachbarland beziehen. Frühere Barometer-Umfragen haben zusätzlich gezeigt, dass auf polnischer Seite die Fernsehsender und Zeitungen, aus denen die Befragten ihre tagespolitischen Informationen bezogen, eine ebenso wichtige Variable für die Antworten darstellten wie die Parteipräferenzen. Daher enthalten die Fragen zum Profil der Befragten immer auch Fragen zu Fernsehsendern, Zeitungs – und Zeitschriftentiteln sowie Namen von Internetportalen, die sie nutzten, um sich Informationen über die Welt um sie herum anzueignen. Die Antworten darauf sowie Merkmale der Befragten wie Geschlecht, Alter oder Wohnort wurden in detaillierten Analysen ausgewertet, die wir bei der Erörterung der einzelnen Ergebnisse vorstellen. Um diese Analysen zu ermöglichen, haben wir die Sender und Titel in Gruppen zusammengefasst (Beschreibungen dieser Gruppen finden sich im Abschnitt zur *Methodik*).

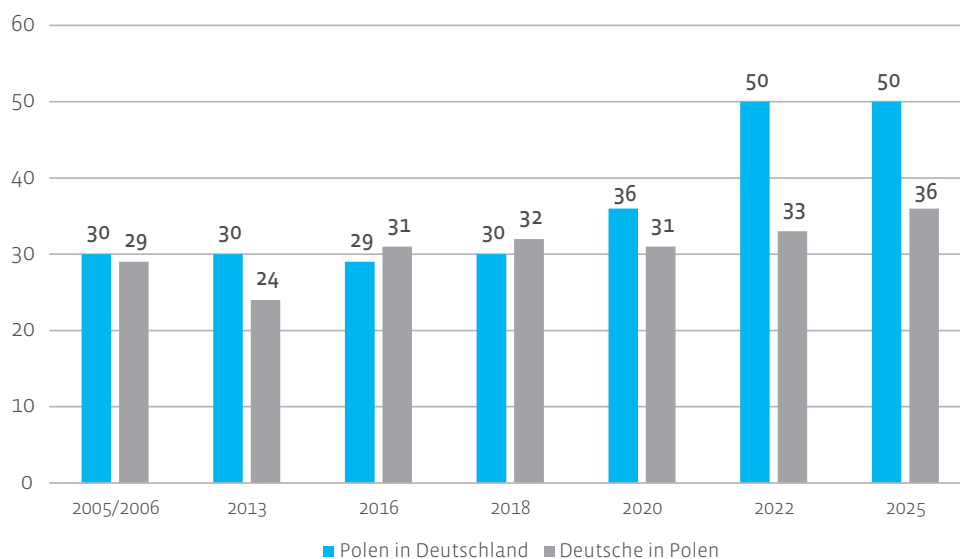
Aufenthalte in Polen/Deutschland

Vorangegangene Ausgaben des Deutsch-Polnischen Barometers haben gezeigt, dass das Wissen und die Meinungen über das andere Land, seine Gesellschaft und Politik nicht selten davon abhängen, ob eine Person das Nachbarland bereits aus eigener Anschauung erlebt hat oder nicht. Dieser Zusammenhang war insbesondere auf deutscher Seite zu beobachten. Die Einschätzungen der Deutschen zu Polen fielen in der Regel bei jenen Befragten positiver aus, die Polen nach 1989 mindestens einmal besucht hatten. Polnischerseits war dieser Zusammenhang weniger deutlich, was sich durch die vielfältigeren Informationsquellen erklären lässt, auf die die polnischen Befragten zurückgreifen (mehr dazu weiter unten). In der diesjährigen Umfrage sind hier gewisse Veränderungen zu erkennen; der Aufenthalt in

Deutschland beeinflusst nun auch in höherem Maße die Antworten der Polen. Nachstehend zeigen wir die Prozentsätze der gegebenen Antworten auf diese Frage, die uns darüber hinaus im gesamten Bericht als Variable zur Analyse anderer Antworten aus der Umfrage dienen werden.

Wie vor drei Jahren geben auch heute die Hälfte der Polen (50 %) und circa ein Drittel der Deutschen (36 %) an, mindestens einmal das Nachbarland besucht zu haben.

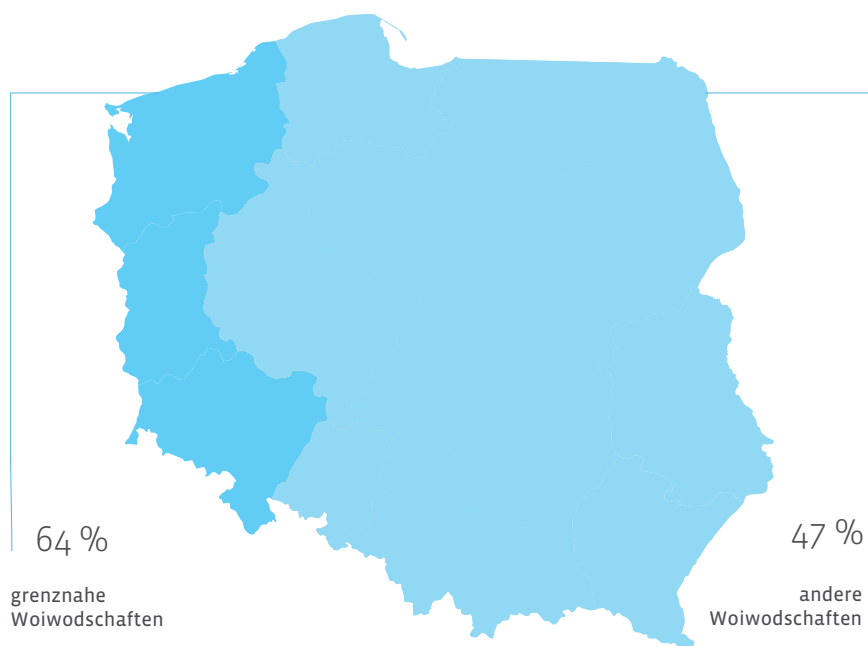
Abbildung 1: Waren Sie schon einmal nach 1989/1990 in Deutschland/Polen? Antworten der Polen und Deutschen in den Jahren 2005–2025 (in %)



Quelle: Deutsch-Polnisches-Barometer, 2025.

Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung waren die Einwohner der an Deutschland grenzenden polnischen Woiwodschaften (64 % zu 47 %) und Befragte der Altersgruppe über 30 (lediglich 37 % der unter 29-Jährigen hatten Deutschland besucht) deutlich häufiger bereits mindestens einmal in Deutschland. Außerdem geben Personen mit höherer Bildung (67 %) sowie polnische Männer (55 % im Vergleich zu 45 % der Frauen) häufiger einen Aufenthalt dort an.

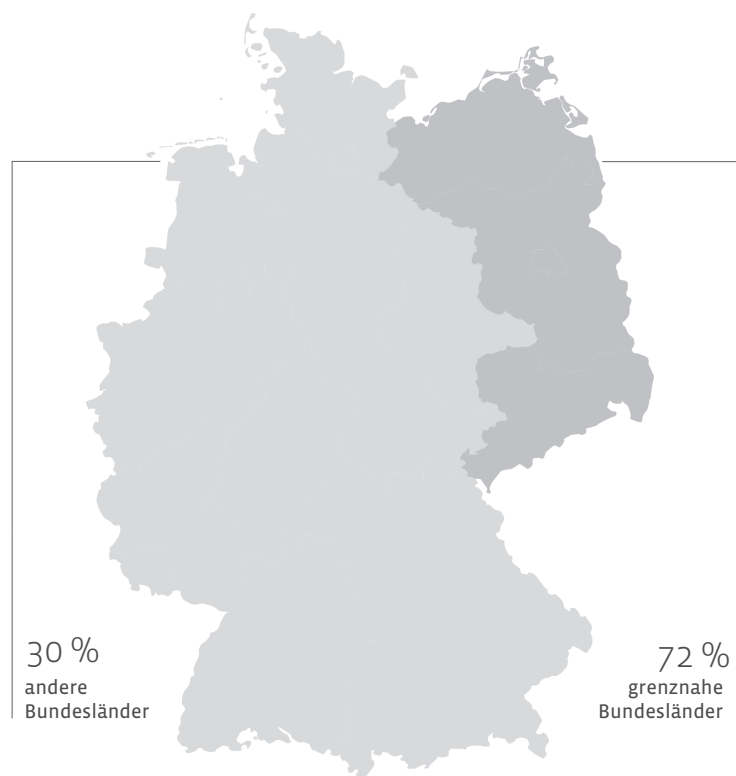
Karte 1: Waren Sie schon einmal nach 1990 in Deutschland? Antworten der Polen, unterteilt nach Einwohnern der an Deutschland grenzenden Woiwodschaften und anderer Woiwodschaften



Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer, 2025.

Analog dazu waren wesentlich mehr Ostdeutsche (69 %) als Westdeutsche (28 %) schon einmal in Polen. Noch deutlicher fällt der Unterschied aus, wenn man ausschließlich die Bevölkerung der an Polen grenzenden Bundesländer berücksichtigt. Dort lebende Menschen geben zu 72 Prozent einen Aufenthalt in Polen an (die Einwohner Brandenburgs sogar zu 90 Prozent, womit sie statistisch selbst im Vergleich der ostdeutschen Länder hervorstechen), während der Durchschnitt der verbleibenden Bundesländer bei 30 Prozent liegt. In deutschen Städten mit mehr als 500.000 Einwohnern (45 %) lebende Personen geben häufiger an, schon einmal in Polen gewesen zu sein als Bewohner kleinerer Städte und Gemeinden, und auch hier liegt der Anteil der Männer (43 %) signifikant über dem der Frauen (30 %). Das Alter hat bei dieser Frage keinen statistischen Einfluss auf die Angaben der Befragten.

Karte 2: Waren Sie nach 1989 schon einmal in Polen? Antworten der Deutschen, aufgelistet nach Befragten mit Wohnsitz in grenznahen Bundesländern (und Berlin) und anderen Bundesländern im Jahr 2025



Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer, 2025.

Aneignung von Wissen aus verschiedenen Informationsquellen

Natürlich schöpfen Polen und Deutsche ihr Wissen über das Nachbarland nicht nur aus ihren persönlichen Erfahrungen bei Aufenthalten dort, sondern auch aus verschiedenen anderen Informationsquellen.

Die in Polen am häufigsten genannte Quelle für das Wissen über Deutschland, seine Gesellschaft und Kultur ist die Schule (37 %); die in Deutschland am häufigsten genannte Quelle das Fernsehen (35 %)

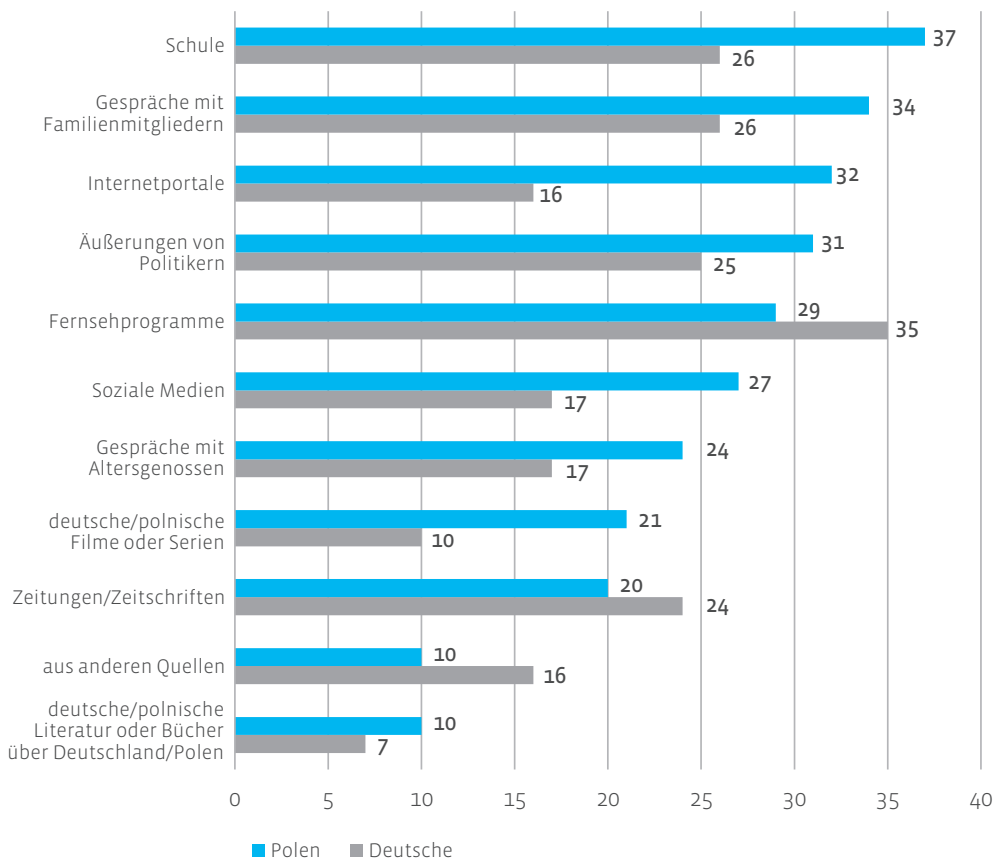
Die in Polen am häufigsten genannte Quelle für das Wissen über Deutschland, seine Gesellschaft und Kultur ist die Schule (37 %). Weitere Quellen, die mindestens ein Viertel der Polen angegeben hat, sind Gespräche in der Familie (34 %), Onlineportale (32 %), Aussagen von Politikern (31 %), das Fernsehen (29 %) und soziale Medien (27 %).

Auf deutscher Seite führen das Fernsehen (35 %), die Schule (26 %), die Familie (26 %), Politiker (25 %) und die Presse (24 %) die Liste an, wobei nur Fernsehen und Presse häufiger genannt werden als auf polnischer Seite. Der größte Unterschied lässt sich bei den Onlineportalen ausmachen (der 16 Prozentpunkte beträgt und

verdeutlicht, dass deren Nutzung auf polnischer Seite doppelt so hoch ist wie in Deutschland), aber deutliche Unterschiede in den Prozentsätzen gibt es auch bei den Antworten Schule, soziale Medien, Gespräche in der Familie oder Filme und Serien (zwischen acht und elf Prozentpunkten).

Diese Ergebnisse lassen sich auf zweierlei Art interpretieren. Einerseits zeigen sie, wo Informationen über Deutschland/Polen verfügbar sind. Andererseits können sie Hinweise auf bewusste Aktivitäten geben, welche die Befragten unternahmen, um sich dieses Wissen anzueignen. In diesem Fall erscheint es sinnvoll zu fragen, inwieweit die Befragten bei ihrer Suche nach Wissen/Informationen auf Schwierigkeiten stoßen. Denn bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist der mit 22 bzw. 20 Prozent erstaunlich hohe Prozentsatz von Deutschen und Polen, die diese Frage nicht beantworten konnten, also keine der genannten Quellen angegeben haben.

Abbildung 2: Aus welchen Quellen beziehen Sie Ihr Wissen über Deutschland/Polen, deutsche/polnische Geschichte und Kultur? Antworten der Deutschen und Polen im Jahr 2025 (in %). Die Befragten konnten beliebig viele Antworten auswählen



Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer, 2025.

Die Antworten auf diese Frage werden durch die demografischen Merkmale der Befragten beeinflusst. Polnische Befragte mit höherer Bildung machen bei jeder der verfügbaren Antworten einen vergleichsweise größeren Anteil aus als geringer gebildete Menschen. Polen, die in den an Deutschland grenzenden Woiwodschaften leben, geben häufiger als Bewohner anderer Woiwodschaften an, dass sie deutsche Fernsehserien gesehen, in der Schule etwas über Deutschland gelernt und mit Gleichaltrigen über Deutschland gesprochen haben. Dagegen geben Befragte in ihren Zwanzigern häufiger als Vertreter älterer Kohorten soziale Medien als Informationsquelle an.

Auch der Aufenthalt im anderen Land spielt bei der Angabe von Informationsquellen über Deutschland eine wichtige Rolle. Jedenfalls geben Befragte, die Deutschland mindestens einmal besucht haben, bei allen genannten Quellen häufiger als andere an, ihr Wissen über das Nachbarland aus allen diesen Quellen zu beziehen.

Die Analyse der Antworten im Hinblick auf die Parteipräferenzen der Befragten bringt ebenfalls interessante Erkenntnisse. Die Anhänger der Parteien Konföderation (Konfederacja) und Gemeinsam (Razem) gaben weitaus häufiger als die Wähler aller anderen Parteien an, sich in den sozialen Medien informiert zu haben (42 % bzw. 50 %). Letztere nannten auch überdurchschnittlich häufig die Schule (68 %).

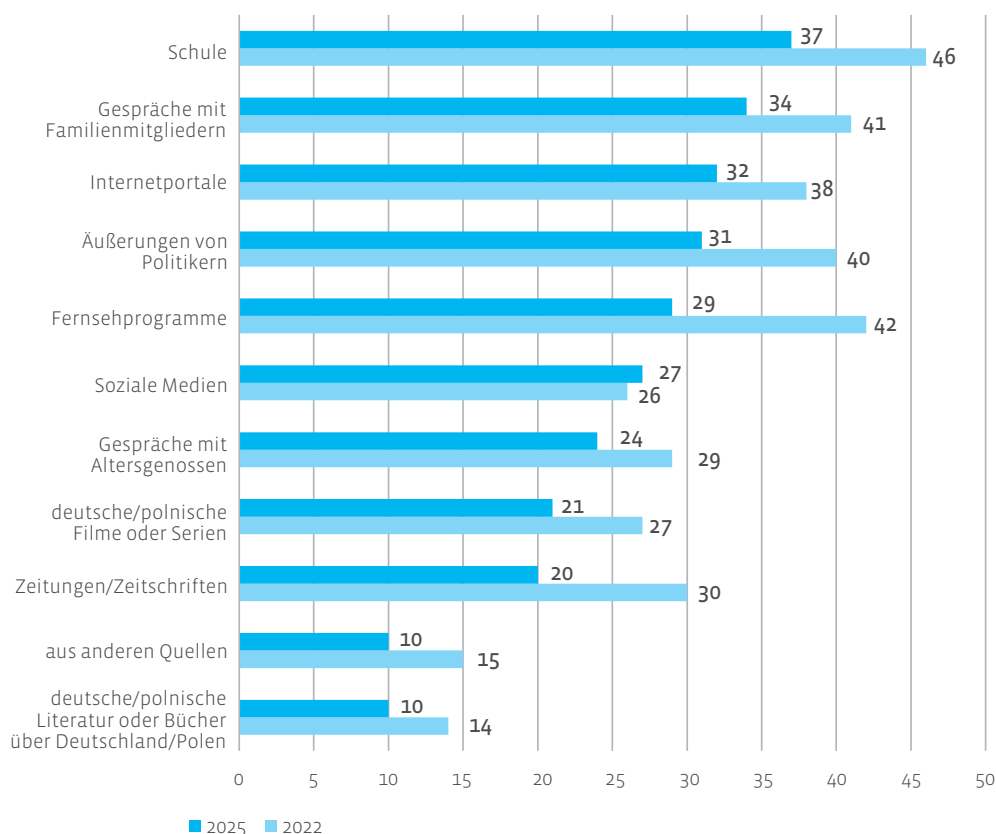
Auf deutscher Seite lassen sich ebenfalls einige klare Zusammenhänge zwischen den demografischen Merkmalen der Befragten und der Auswahl der Wissensquellen erkennen. Deutsche mit Hochschulbildung beziehen ihr Wissen über Polen vergleichsweise häufiger als andere aus der Presse (32 %) und Internetportalen (21 %) sowie aus Aussagen von Politikern (34 %). Zudem werden diese Wissensquellen von Männern häufiger angegeben als von Frauen. Nicht überraschen kann es, dass das Alter ebenfalls Einfluss auf die Antworten der deutschen Befragten ausübt. Die ältesten Befragten nutzen Fernsehen und Presse häufiger als die anderen Altersgruppen, sie haben Aussagen von Politikern über Polen häufiger gehört als die unter 40-Jährigen, wohingegen letztere ihr Wissen über Polen auffallend häufig aus den sozialen Medien beziehen. Die Deutschen aus dem Osten des Landes unterscheiden sich dagegen nur in einem Punkt von denen aus den westlichen Regionen: Sie geben häufiger an, mit Familienmitgliedern über Polen zu sprechen (36 % zu 24 %).

Die Frage des Aufenthalts in Polen ist hingegen von ganz entscheidender Bedeutung: Deutsche, die Polen mindestens einmal besucht haben, geben bei allen genannten Quellen viel häufiger (sogar doppelt so oft) an, aus ihnen ihr Wissen über Polen zu beziehen als Personen, die nach 1989 noch nie in Polen waren (mit Ausnahme der sozialen Medien, wo es keinen solchen Zusammenhang gibt).

Vergleicht man die aktuellen Antworten der polnischen Befragten mit denen aus dem Jahr 2022, so ist ein deutlicher Rückgang der Prozentsätze bei allen

Kategorien mit Ausnahme der sozialen Medien zu erkennen. Dies könnte die Tatsache widerspiegeln, dass Informationen über Deutschland weniger verfügbar sind (im Vergleich zu zahlreichen anderen Informationen), oder auch ein abnehmendes Interesse der Polen an Deutschland festgestellt werden muss.

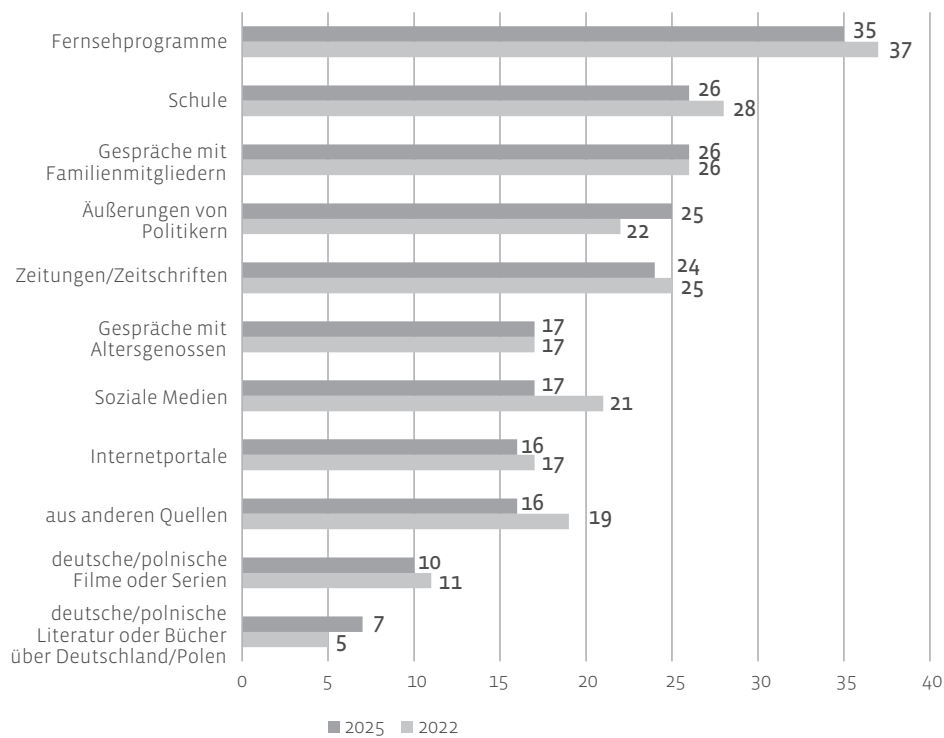
Abbildung 3: Aus welchen Quellen beziehen Sie Ihr Wissen über Deutschland, deutsche Geschichte und Kultur? Antworten der Polen im Jahr 2022 und 2025 (in %). Die Befragten konnten beliebig viele Antworten auswählen



Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer, 2025.

Es erübrigt sich, über Veränderungen zwischen 2022 und 2025 auf deutscher Seite zu sprechen, da sich die diesbezüglichen geringfügigen Schwankungen an der Grenze des statistischen Fehlers bewegen. So bestätigen die Ergebnisse in diesem Fall eine gewisse Konstanz in den deutsch-polnischen Beziehungen – in Deutschland gibt es generell weniger Informationen über Polen als in Polen über Deutschland, auch das Interesse (positiv oder negativ) am Nachbarland ist geringer, aber auf stabilem Niveau.

Abbildung 4: Aus welchen Quellen beziehen Sie Ihr Wissen über Polen, polnische Geschichte und Kultur? Antworten der Deutschen im Jahr 2022 und 2025 (in %). Die Befragten konnten beliebig viele Antworten auswählen



Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer, 2025.



Die Frage nach dem Grad der Sympathie für die jeweils andere Gesellschaft war von Beginn an Teil der Barometer-Umfragen. Die Antworten auf diese Frage ermöglichen es, die Atmosphäre zwischen uns als Nachbarn zu erfassen. Um eine umfassendere Analyse der Sympathie für die Polen/die Deutschen zu ermöglichen, stellen wir diese Frage zum Vergleich auch im Hinblick auf andere Nationen. Ergänzt wird die Frage nach dem Grad der Sympathie durch eine mehrstufige Frage nach der Akzeptanz eines Vertreters einer anderen Gesellschaft in verschiedenen sozialen, charakteristischen und uns aus dem Alltag vertrauten Rollen.

Derzeit zeigt nur ein Drittel (32 %) der befragten Polen Sympathie für die Deutschen. Nachdem die Sympathiewerte für den westlichen Nachbarn jahrelang angestiegen waren, hat sich die Stimmung nun schlagartig verschlechtert. Höhere Werte wurden sogar zu Beginn der Barometer-Untersuchungen zu gegenseitigen deutsch-polnischen Wahrnehmungen im Jahr 2000 verzeichnet, als der Prozess der Annäherung und des gegenseitigen Kennenlernens zwischen Deutschland und Polen noch auf einem anderen, vor dem EU-Beitritt Polens liegenden Niveau war. Einen vergleichbaren Rückgang der Sympathiewerte gab es lediglich im Jahr 2008. Damals verschlechterten sich viele Werte im Kontext der deutsch-polnischen Zusammenarbeit erheblich; erklärt wurde dies seinerzeit mit der schlechten Stimmung in den deutsch-polnischen Beziehungen nach der ersten Regierungszeit unter Führung der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS, 2005–2007) und dem Fehlen gemeinsamer Ziele in der Zusammenarbeit nach dem Beitritt Polens zur Europäischen Union im Jahr 2004. Danach war die polnische Sympathie für die Deutschen wieder gestiegen, um 2020 abermals zu sinken. Das aktuelle Ergebnis, das ohne Frage einen dramatischen Rückgang darstellt, zeigt zugleich die Unbeständigkeit der Stimmung im Jahr 2022, als erneut die Hälfte der Polen ihre Sympathie bekundete. Dass jeder vierte der befragten Polen seine Abneigung gegenüber den Deutschen äußert, bedeutet den höchsten Wert seit 2000, also seit dem Anfang unserer Umfrage.

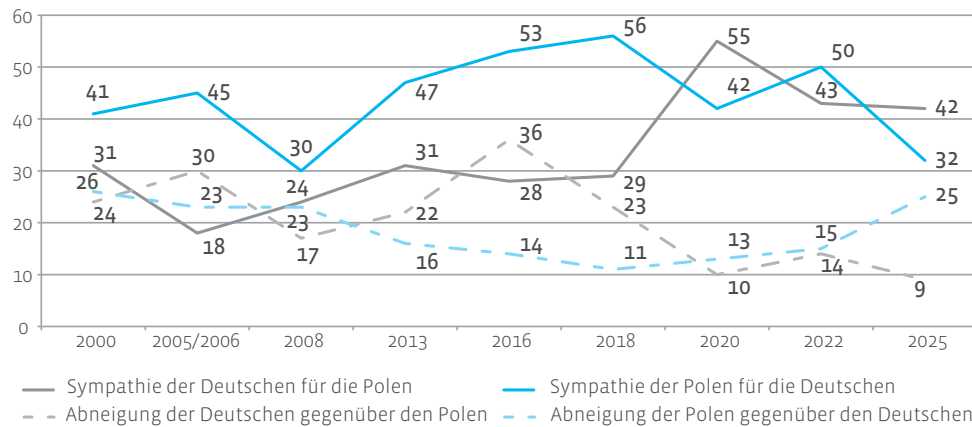
Auf deutscher Seite geben 42 Prozent der Befragten an, Sympathie für die Gesellschaft des Nachbarlandes zu hegen. Damit ist der Wert aus dem Jahr

Nur 32 Prozent der Polen empfinden Sympathie für die Deutschen. Jeder vierte Befragte äußert Abneigung. Dies ist ein dramatischer Stimmungseinbruch

Sympathie für die Polen empfinden 42 Prozent der Deutschen. Der Anteil derjenigen, die ihre Antipathie bekunden, ist deutlich gesunken, auf nur mehr 9 Prozent, was den niedrigsten jemals gemessenen Wert im Deutsch-Polnischen Barometer darstellt

2022 gleichgeblieben. Nach Jahren niedriger Sympathiewerte für Polen in der deutschen Gesellschaft und einem unerwarteten, schwer zu erklärenden radikalen Sprung im Jahr 2020 auf einen Wert von 55 Prozent scheint sich die Einstellung der Deutschen gegenüber Polen auf dem derzeitigen Niveau stabilisiert zu haben. Gleichzeitig ist der Prozentsatz derjenigen, die Antipathie bekunden, deutlich auf nur mehr 9 Prozent gesunken.

Abbildung 5: Wie ist Ihr Verhältnis zu den Deutschen/Polen? Antworten von Polen und Deutschen in den Jahren 2000–2025 (in %)

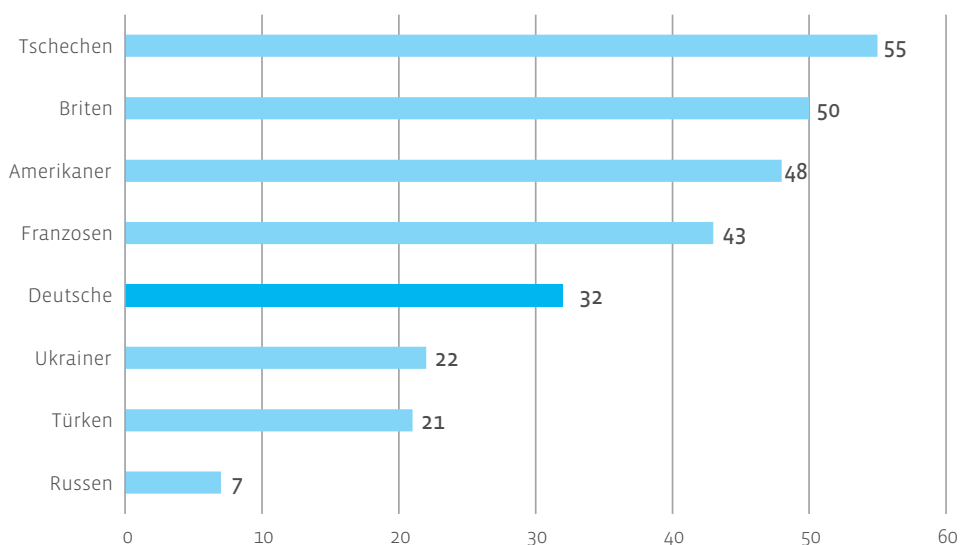


Die Befragten konnten ihre Antwort auf einer Skala von 1 bis 5 markieren, wobei 1 für „Ich empfinde Abneigung“ steht und 5 für „Ich empfinde Sympathie“. Für die Grafik wurden die Werte 1 und 2 sowie 4 und 5 jeweils addiert.

Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer, 2025.

Die Zuneigung der Polen zu den Deutschen ist damit deutlich geringer als zu den Tschechen (55 %), Briten (50 %), Amerikanern (48 %) oder Franzosen (43 %). Dagegen übersteigt sie den Prozentsatz der Wohlgesinnten gegenüber Ukrainern (22 %) und Türken (21 %).

Abbildung 6: Wie ist ihr Verhältnis zu folgenden Nationen? Antworten der Polen, die Sympathie bekunden, im Jahr 2025 (in %)



Die Befragten konnten ihre Antwort auf einer Skala von 1 bis 5 markieren, wobei 1 für „Ich empfinde Abneigung“ steht und 5 für „Ich empfinde Sympathie“. Für die Grafik wurden die Werte 4 und 5 addiert.

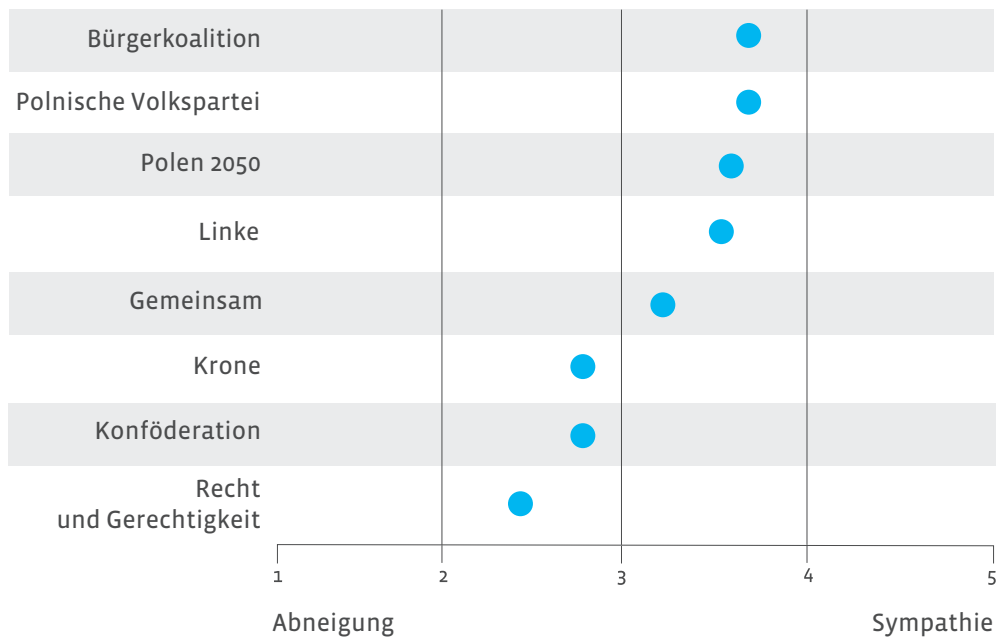
Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer, 2025.

Die Antworten der polnischen Befragten werden nicht durch Merkmale wie Geschlecht, Wohnregion, Alter, Bildung oder Migrationshintergrund beeinflusst. Einen Unterschied macht allerdings die Deutschlanderfahrung: Bei Personen, die mindestens einmal im Nachbarland waren, ist Sympathie verhältnismäßig häufiger anzutreffen (38 %) als bei Polen, die noch nie dort waren (25 %). Den größten Einfluss auf die Beantwortung dieser Frage hat aber die Parteipräferenz der Befragten. Anhänger der Partei Recht und Gerechtigkeit (48 %), der Konföderation (41 %) sowie der Krone¹ (36 %) unterscheiden sich in ihrer Abneigung gegenüber den Deutschen deutlich von den Wählern der Bürgerkoalition (7 %), der Linken (7 %), der Partei Gemeinsam (16 %), Polen 2050 (5 %) oder der Polnischen Volkspartei (9 %). Diese Unterschiede werden am besten ersichtlich, wenn man die durchschnittlichen Antworten dieser Wählergruppen vergleicht. Eine solche Gegenüberstellung zeigt, dass die Wähler der Bürgerkoalition und der Polnischen Volkspartei den Deutschen gegenüber deutlich freundlicher eingestellt sind als die Anhänger von Recht und Gerechtigkeit (die Durchschnittswerte liegen bei 3,65 zu 2,43). Zudem gibt es einen engen Zusammenhang zwischen der Abneigung gegenüber den Deutschen und dem Medienkonsum der Befragten. Eine Abneigung zeigt

1 Die Partei Konföderation der Polnischen Krone (Konfederacja Korony Polskiej, KKP oder kurz: Korona, dt. Krone) wurde im Jahr 2019 vom damaligen Abgeordneten des Sejms (seit 2024 MdEP) Grzegorz Braun gegründet, der für seine rechtsradikalen und euroskeptischen Positionen sowie offen antisemitischen und antiukrainischen Ausfälle bekannt ist. Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2025 kam es zu einem Bruch mit der Konföderation, als deren ultrarechter Flügel die Krone jahrelang funktionierte. Im ersten Durchgang erhielt Braun überraschend 6,34 Prozent der Stimmen, der Kandidat der Konföderation, Sławomir Mentzen, erzielte sogar ein Ergebnis von 14,81 Prozent.

jeder zweite Zuschauer von TV Republika, Telewizja Trwam und wPolsce24 (49 %), jeder vierte Zuschauer der öffentlich-rechtlichen Sender (24 %) und von Polsat (25 %) sowie lediglich 16 % der Zuschauer von TVN. Das gleiche Muster spiegelt sich bei den Printmedien wider: Abneigung deklarieren 42 Prozent der Leser von rechten Titeln, 25 Prozent bei Boulevardzeitungen, 20 Prozent bei zentristischen Medien und 16 Prozent bei liberalen Medien.

Abbildung 7: Wie ist Ihr Verhältnis zu den Deutschen? Durchschnittswerte der Antworten von Polen im Jahr 2025 getrennt nach Anhängern von einzelnen Parteien

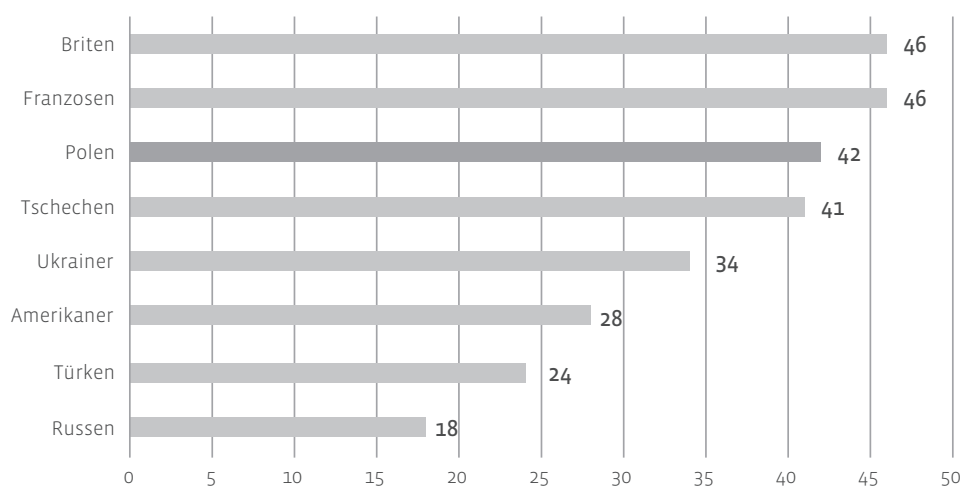


Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer, 2025.

In der deutschen Sympathierangliste stehen die Polen (42 %) unter den für die Umfrage ausgewählten Gesellschaften relativ weit oben – knapp hinter den Briten und Franzosen (je 46 %), hauchdünn vor den Tschechen (41 %), freilich deutlich vor Amerikanern (28 %) und Russen (18 %) sowie den Türken (24 %). Deutsche, die bereits in Polen waren (57 %), äußern sich häufiger positiv über die Polen als diejenigen, die noch nicht dort waren (33 %). Die Merkmale Geschlecht, Bildungsstand, Alter, Migrationshintergrund oder Wohnsitz in den östlichen oder westlichen Bundesländern machen hinsichtlich des Grades der Sympathie der Deutschen gegenüber Polen keinen Unterschied aus. Bei genauerer Betrachtung stellt sich jedoch heraus, dass zwischen den Einwohnern der an Polen grenzenden Regionen und der restlichen Bevölkerung ein Unterschied deutlich wird. So empfinden erstere zu 51 Prozent Sympathie für Polen, während dies unter den übrigen Deutschen

nur 40 Prozent von sich behaupten. Noch überraschender ist, dass die Wähler der Alternative für Deutschland (AfD) (55 %) sowie der Freien Demokratischen Partei (FDP) (61 %) häufiger Sympathien für die Polen äußern als die Wähler von anderen Parteien. Dies zeigt, dass die Anhänger der deutschen extremen Rechten ihre Ausländerfeindlichkeit nicht speziell gegen Polen richten. Im Gegenteil: Ebenso wie die Gesamtheit der Ostdeutschen geben sie vergleichsweise häufig an, Polen bereits besucht zu haben (45 %), was wiederum den Sympathiewert steigert. Am Medienkonsum lässt sich kein signifikanter Einfluss auf die Sympathie gegenüber den Polen festmachen. Die derzeitige internationale Lage veranlasst uns, einen genaueren Blick auf die Sympathiebekundungen der Deutschen gegenüber den Russen zu werfen. In den neuen Bundesländern ist die Sympathie für die Russen doppelt so hoch wie in den alten Bundesländern (30 % zu 15 %), und auffallend hoch auch bei den Anhängern der AfD (38 %) und des Bündnisses Sahra Wagenknecht (BSW) (27 %). Befragte, die einen Migrationshintergrund angeben, sympathisieren ebenfalls häufiger mit den Russen (26 %) als Befragte ohne Migrationshintergrund (15 %). Eine ähnliche Tendenz bezüglich der Sympathie ist im Verhältnis zu den Türken zu beobachten, während dies bei den Ukrainern nicht der Fall ist.

Abbildung 8: Wie ist Ihr Verhältnis zu den folgenden Nationen? Antworten von Deutschen, die Sympathie bekunden, im Jahr 2025 (in %)



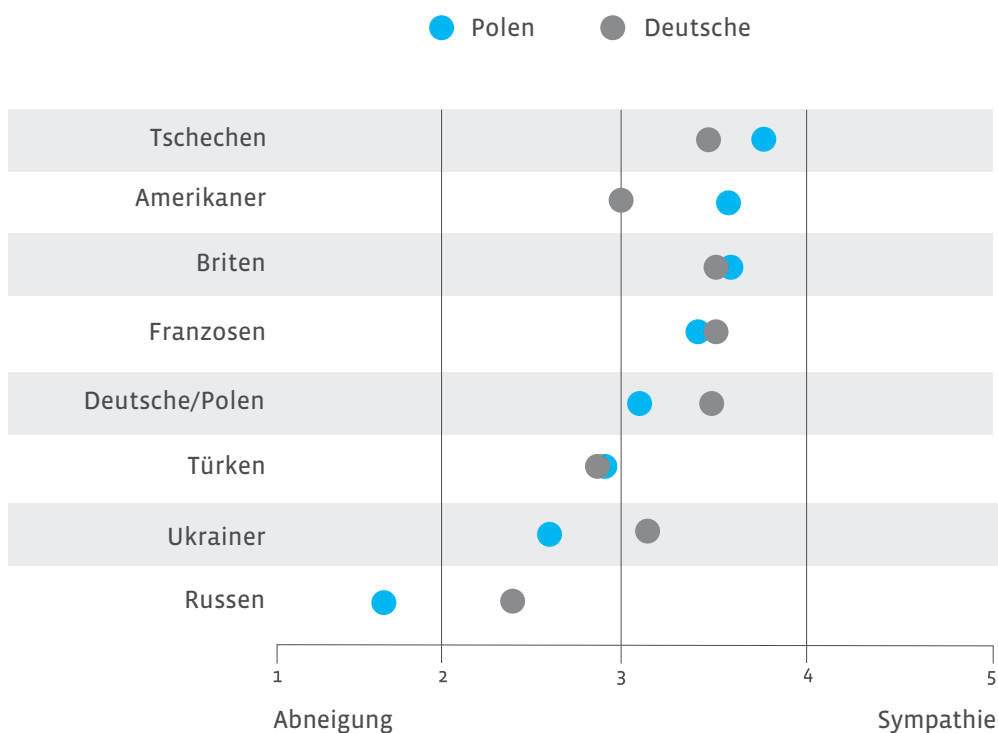
Die Befragten konnten ihre Antwort auf einer Skala von 1 bis 5 markieren, wobei 1 für „Ich empfinde Abneigung“ steht und 5 für „Ich empfinde Sympathie“. Für die Grafik wurden die Werte 4 und 5 addiert.

Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer, 2025.

Um die Antworten der polnischen und deutschen Befragten genauer vergleichen zu können, werden hier die Durchschnittswerte ermittelt. Es zeigt sich sehr deutlich, dass Deutsche häufiger positiv über Polen denken als umgekehrt Polen über Deutsche. Polen hegen häufiger als Deutsche

Sympathien für die Amerikaner und Briten, Deutsche zeigen derweil häufiger als Polen Sympathie für die Russen, aber auch für die Ukrainer. In diesem Diagramm aus gemittelten Werten wird ferner deutlich, dass die polnischen Gefühle gegenüber den Ukrainern, Türken und Russen in jenen Teil des Diagramms fallen, der negative Emotionen abbildet, wobei der Durchschnitt für die Ukrainer niedriger ist als für die Türken.

Abbildung 9: Wie ist Ihr Verhältnis zu den folgenden Nationen? Durchschnittswerte der Antworten von Deutschen und Polen im Jahr 2025



Die Befragten konnten ihre Antwort auf einer Skala von 1 bis 5 markieren, wobei 1 für „Ich empfinde Abneigung“ steht und 5 für „Ich empfinde Sympathie“. Die Grafik zeigt die gemittelten Antworten.

Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer, 2025.

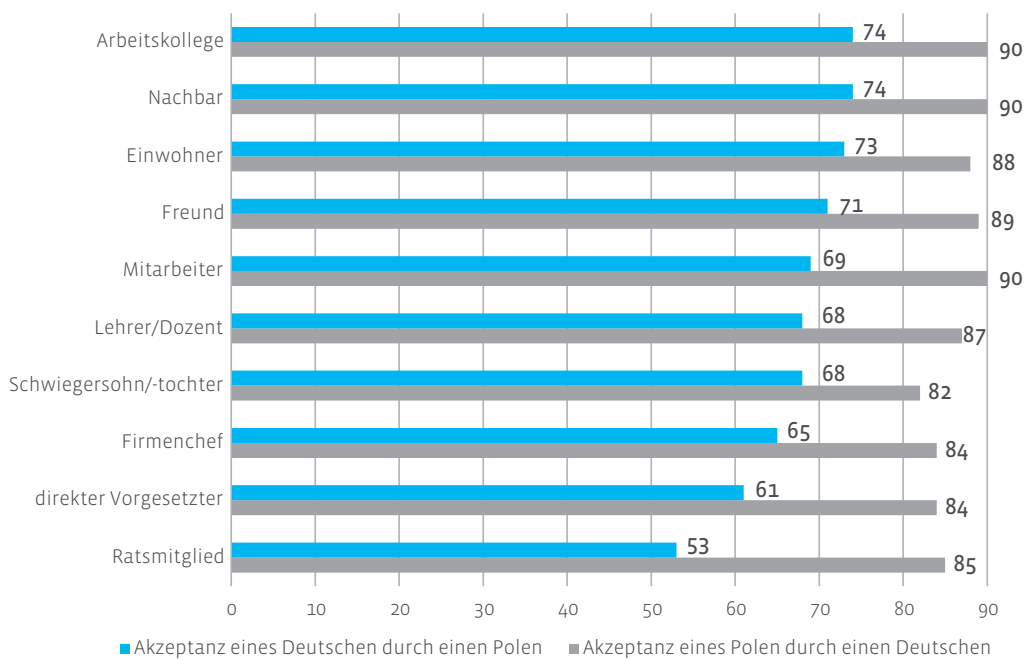
Während die Frage nach der Sympathie für die Nachbargesellschaft auf Gefühle gegenüber einer bestimmten Gruppe zielt, das heißt einem unspezifischen Ganzen, das sich auch leicht in Beschreibungen und Bewertungen verallgemeinern lässt („die Deutschen haben dieses und jenes getan“, „die Polen sind so und so“), spiegelt sich die Einstellung gegenüber ihren konkreten Vertretern in den Antworten auf die Frage nach deren Akzeptanz in ganz bestimmten, jedem im Alltag vertrauten Rollen wider. In der Regel ist der Grad dieser Akzeptanz höher als der Grad der Sympathie für die Gesellschaft als Ganzes.

Dieser Umstand zeigt sich erneut in den Ergebnissen der diesjährigen Ausgabe des Deutsch-Polnischen Barometers. Polen und Deutsche akzeptieren

Vertreter der jeweils anderen Gesellschaft in allen untersuchten sozialen Rollen. Dabei sind gleichwohl einige Trends deutlich erkennbar. Die Deutschen zeigen gegenüber den Polen eine deutlich höhere Akzeptanz als die Polen gegenüber den Deutschen, wobei die Unterschiede zwischen vierzehn und zweiunddreißig Prozentpunkten liegen. Gleichzeitig sind die Unterschiede zwischen den Antworten der Deutschen in Bezug auf die einzelnen Rollen relativ gering und belaufen sich auf wenige Prozentpunkte, wohingegen man bei den Polen eine Varianz von bis zu einundzwanzig Prozentpunkten erkennen kann (zwischen Arbeitskollege/Nachbar und Ratsmitglied). Traditionell genießen Deutsche auf polnischer Seite die höchste Akzeptanz in eher unverbindlichen Rollen (Kollege, Nachbar, Einwohner), weniger indessen in solchen, die mit der privaten Sphäre zu tun haben (Schwiegersohn/Schwiegertochter) oder ein Abhängigkeitsverhältnis suggerieren (Firmenchef, Ratsmitglied).

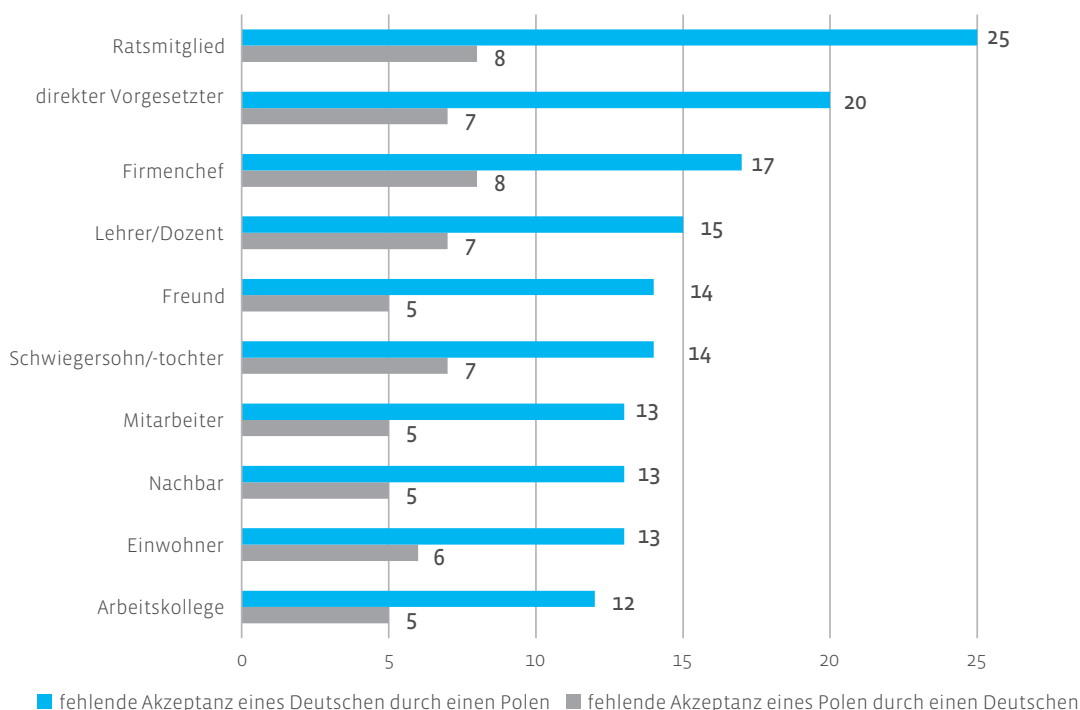
Die Deutschen zeigen eine deutlich höhere Akzeptanz gegenüber den Polen als die Polen gegenüber den Deutschen. Während die Akzeptanzwerte auf polnischer Seite höchstens drei Viertel der Befragten betragen, sind es auf deutscher Seite bis zu 90 Prozent. Derart große Unterschiede sind seit vielen Jahren nicht mehr gemessen worden

Abbildung 10: Würden Sie einen Deutschen/Polen in den folgenden Rollen akzeptieren? Positive Antworten von Deutschen und Polen im Jahr 2025 (in %)



Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer, 2025.

Abbildung 11: Würden Sie einen Deutschen/Polen in folgenden Rollen akzeptieren? Negative Antworten von Deutschen und Polen im Jahr 2025 (in %)



Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer, 2025.

Einen Deutschen in jeder gesellschaftlichen Rolle akzeptieren 38 % der Polen. Gleichzeitig erklären nur vier Prozent eine durchgängig fehlende Akzeptanz. Auf deutscher Seite wird die vollständige Akzeptanz fast doppelt so häufig (71 %) angegeben, eine durchgängig fehlende Akzeptanz von nur einem Prozent

Vergleicht man die Antworten auf alle oben aufgeführten Fragen, so lässt sich feststellen, dass 38 Prozent der Polen Deutsche in jeder Rolle akzeptieren, was eine beunruhigend niedrige Zahl zu sein scheint, während nur vier Prozent erklären, dass sie sie in keinem Fall akzeptieren. Auf deutscher Seite sind die Werte deutlich besser. Die Akzeptanz eines Polen in jeder gesellschaftlichen Rolle wird von 71 Prozent der Deutschen angegeben (das sind fast doppelt so viele wie im umgekehrten Fall!), ihr vollständiges Fehlen wird hingegen nur von einem Prozent der deutschen Befragten ausgedrückt.

Die Antworten auf die Fragen zur Akzeptanz unterscheiden sich in Polen nicht aufgrund der Merkmale Geschlecht, Wohnsitzregion des Befragten (selbst die Einwohner der Grenzregionen sind hier unauffällig) oder Alter. Personen mit Hochschulbildung geben häufiger als Befragte mit mittlerer oder einfacher Schulbildung ihre Akzeptanz an. Polen mit einem Migrationshintergrund zeigen häufiger Skepsis gegenüber Deutschen in verschiedenen gesellschaftlichen Rollen als Befragte ohne Migrationshintergrund. Erstere verweigern ihre Akzeptanz

relativ häufig bei den Rollen Einwohner, Arbeitskollege, Nachbar, Firmenchef, Freund, Vorgesetzter am Arbeitsplatz und Lehrer/Dozent. In den meisten Fällen geben sie bis zu dreimal häufiger als Personen ohne Migrationshintergrund an, einen Deutschen nicht in einer dieser Rollen zu akzeptieren.

Wiederum spielt das Kriterium eines Aufenthalts in Deutschland eine wichtige Rolle. Polen, die das Nachbarland bereits besucht haben, geben mit größerer Wahrscheinlichkeit als diejenigen, die nie in Deutschland waren, an, dass sie einen Deutschen in einer bestimmten gesellschaftlichen Rolle in allen genannten Fällen (mit Ausnahme des Ratsmitglieds) akzeptieren (die Unterschiede liegen zwischen zehn und 14 Prozentpunkten). Sehr unterscheidungsrelevant sind auch die Parteipräferenzen. Die Wähler der Bürgerkoalition zeigen in allen Fällen eine größere Zustimmung als die Wähler von Recht und Gerechtigkeit und der Konföderation, wobei die Unterschiede mehr als zwanzig Prozentpunkte erreichen. Die Wähler von Polen 2050, der Partei Gemeinsam und der Polnischen Volkspartei heben sich in den meisten Fällen gleichermaßen von den rechten und rechtsradikalen Parteien ab. Die Frage nach den von den Befragten frequentierten Fernsehsendern spielt bei diesem Thema keine bedeutende Rolle. Eine Ausnahme dabei ist, dass die Zuschauer der rechtsgerichteten Sender TV Republika, Telewizja Trwam und wPolsce24 häufiger als andere Gruppen Skepsis gegenüber einem deutschen Firmenchef oder direkten Vorgesetzten äußern. Analysiert man hingegen den Informationsbezug aus Zeitungen und entsprechenden Portalen, so stellt man fest, dass sich in allen Fällen die Rezipienten liberaler Titel durch eine häufigere Akzeptanz eines Deutschen in der jeweiligen Rolle von den anderen Befragten unterscheiden.

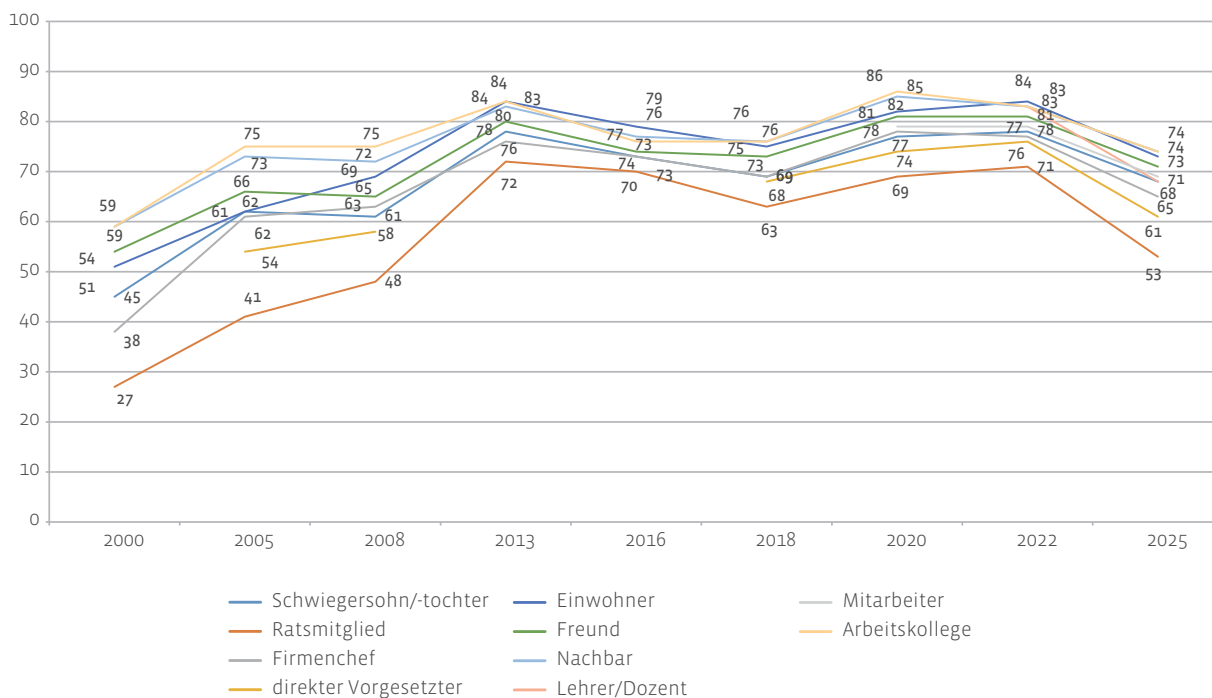
Auf deutscher Seite hat ein Aufenthalt in Polen – etwas überraschend – keinen Einfluss auf die Antworten. Von den demografischen Variablen sticht lediglich das Geschlecht heraus – Männer zeigen sich skeptischer als Frauen. Bei den Parteipräferenzen ist wiederum nur die relativ geringe Akzeptanz für die meisten Rollen bei den AfD-Wählern bemerkenswert, da diese andererseits vergleichsweise häufig ihre Sympathie für die Polen als Gesellschaft bekundet hatten. Bezüglich der Informationsgewinnung der Befragten aus dem Fernsehen lässt sich feststellen, dass sich die Zuschauer der öffentlich-rechtlichen und regionalen Sender auf jeden Fall eher zustimmend äußern als die Zuschauer der privaten Sender.

Die Antwortwerte der Polen zur Akzeptanz von Deutschen in sozialen Rollen haben sich seit der letzten Umfrage im Jahr 2022 für jede dieser Rollen deutlich verschlechtert. Obwohl sie nicht auf das Ausgangsniveau der Zeit vor dem Beitritt Polens zur Europäischen Union sanken, lässt sich dieser Rückgang mit der allgemeinen Feststellung zusammenfassen, dass wir es bei diesen

Die Antworten der Polen haben sich seit der letzten Umfrage im Jahr 2022 für jede untersuchte soziale Rolle deutlich verschlechtert

Meinungen mit einem Rückfall um mehr als ein Jahrzehnt zu tun haben, da sich die Werte auf dem Niveau der Umfragen zwischen 2008 und 2013 bewegen.

Abbildung 12: Würden Sie einen Deutschen in den folgenden Rollen akzeptieren? Positive Antworten der Polen in den Jahren 2000–2025 (in %)

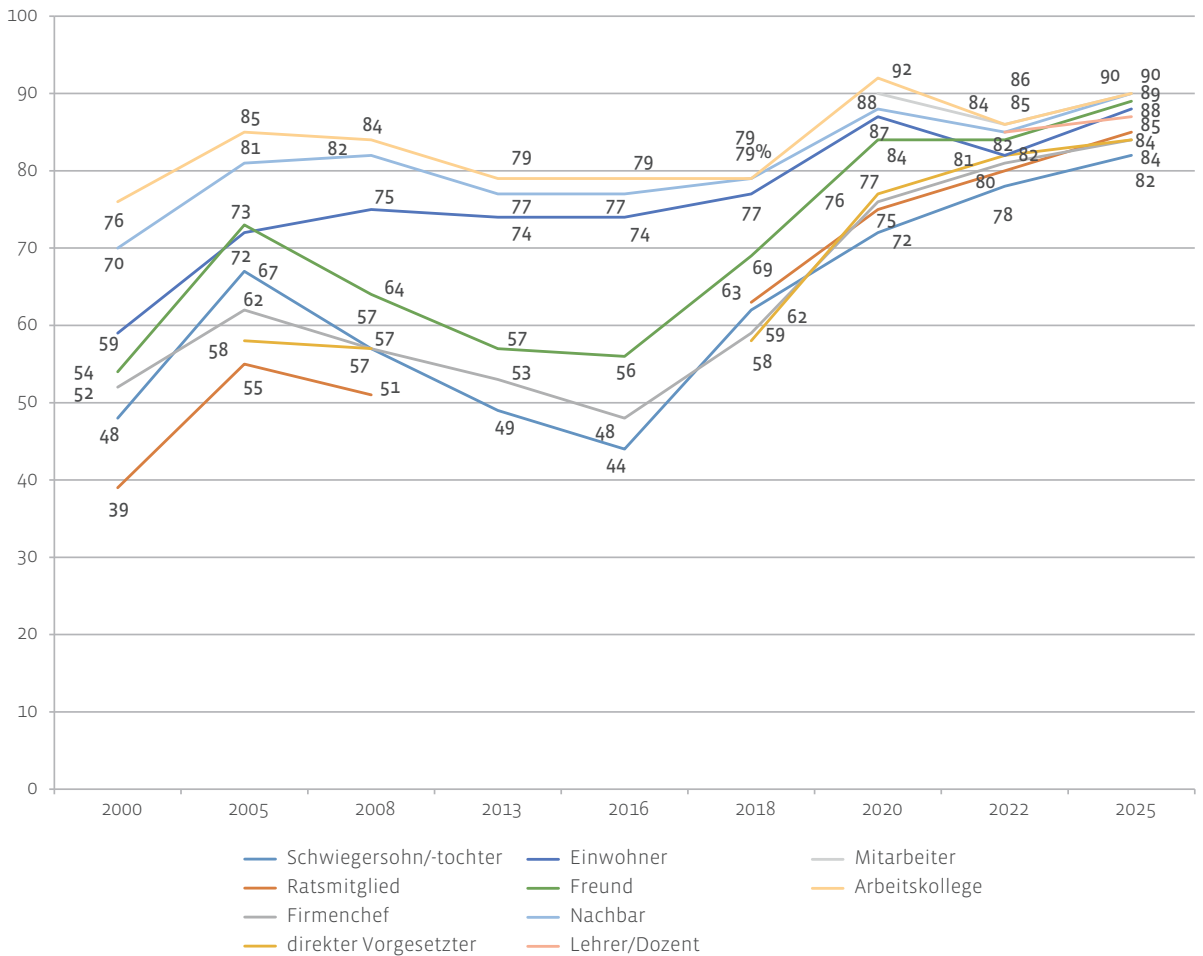


Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer, 2025.

Die Akzeptanz der Polen durch die Deutschen stieg im Vergleich zur Umfrage von 2022 um mehrere Prozentpunkte und ist somit die höchste seit Beginn unserer Untersuchung

Die Akzeptanz der Polen durch die Deutschen stieg im Vergleich zur Umfrage von 2022 um mehrere Prozentpunkte und ist somit die höchste seit Beginn unserer Untersuchung.

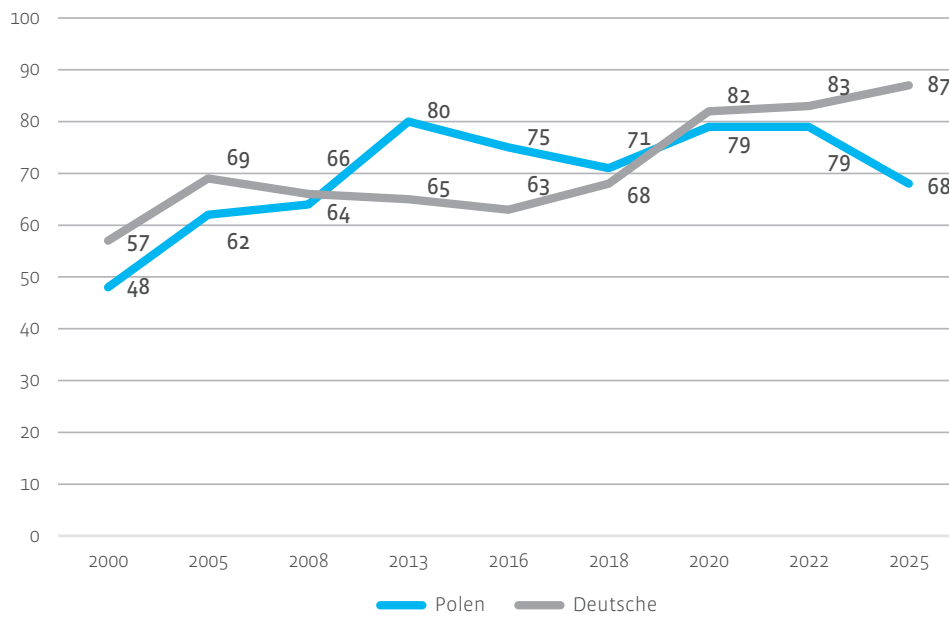
Abbildung 13: Würden Sie einen Polen in den folgenden Rollen akzeptieren? Positive Antworten der Deutschen in den Jahren 2000–2025 (in %)



Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer, 2025.

Die deutsch-polnischen Unterschiede im Allgemeinen und die Veränderungsdynamik in der gegenseitigen Akzeptanz im Besonderen werden am besten durch die durchschnittliche Akzeptanz eines Polen/eines Deutschen in allen untersuchten Rollen verdeutlicht. Nach Jahren einer Divergenz, in denen die polnischen Antworten positiver ausfielen, erreichten wir in den 2000er Jahren ein ähnliches Niveau (79–83 % Zustimmung), um nun eine deutliche Öffnung der Schere unter umgekehrten Vorzeichen zu beobachten (68–87 %). Die Folgen der antideutschen Rhetorik und des Versagens, ihr mit konstruktiven Maßnahmen zu begegnen, sind nur allzu deutlich.

Abbildung 14: Würden Sie einen Deutschen/Polen in verschiedenen sozialen Rollen akzeptieren? Durchschnittswerte der positiven Antworten von Deutschen und Polen in den Jahren 2000–2025 (in %)



Die Befragten bezogen sich in der Frage auf bestimmte soziale Rollen, wie: Schwiegersohn/-tochter, Ratsmitglied, Firmenchef, direkter Vorgesetzter, Einwohner, Freund, Nachbar, Lehrer/Dozent, Mitarbeiter, Arbeitskollege.

Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer, 2025.

Wahrnehmung der deutsch-polnischen Beziehungen und damit verbundene Herausforderungen

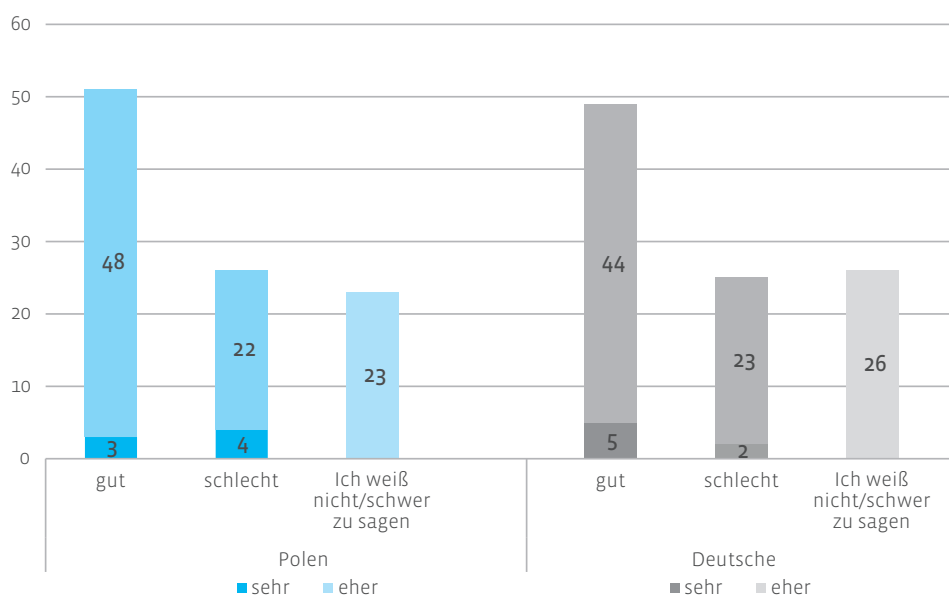


Eine weitere Standardfrage des Deutsch-Polnischen Barometers, die in jeder Ausgabe gestellt wird, ist die Frage nach dem Zustand der deutsch-polnischen Beziehungen. Aufgrund ihrer allgemeinen Formulierung kann sie von den Befragten sowohl sehr weit aufgefasst werden, indem der Befragte die politischen Beziehungen, die Wirtschaftsbeziehungen, die regionale Zusammenarbeit und die Kontakte auf der Ebene der Zivilgesellschaft berücksichtigt; sie kann aber auch eher eng verstanden werden, indem man den Blick auf die politischen Beziehungen beschränkt. Und meistens ist es eben das Prisma der Politik, das für die Meinungsbildung der Befragten ausschlaggebend ist.

Deutsche und Polen bewerten den Zustand der polnisch-deutschen Beziehungen sehr ähnlich. Jeweils etwa die Hälfte der Polen (51 %) und der Deutschen (49 %) halten sie für gut, ein Viertel für schlecht (26 % bzw. 25 %).

Deutsche und Polen bewerten den Zustand der polnisch-deutschen Beziehungen sehr ähnlich. Die Hälfte der Polen und Deutschen hält sie für gut, ein Viertel der Befragten in beiden Ländern für schlecht

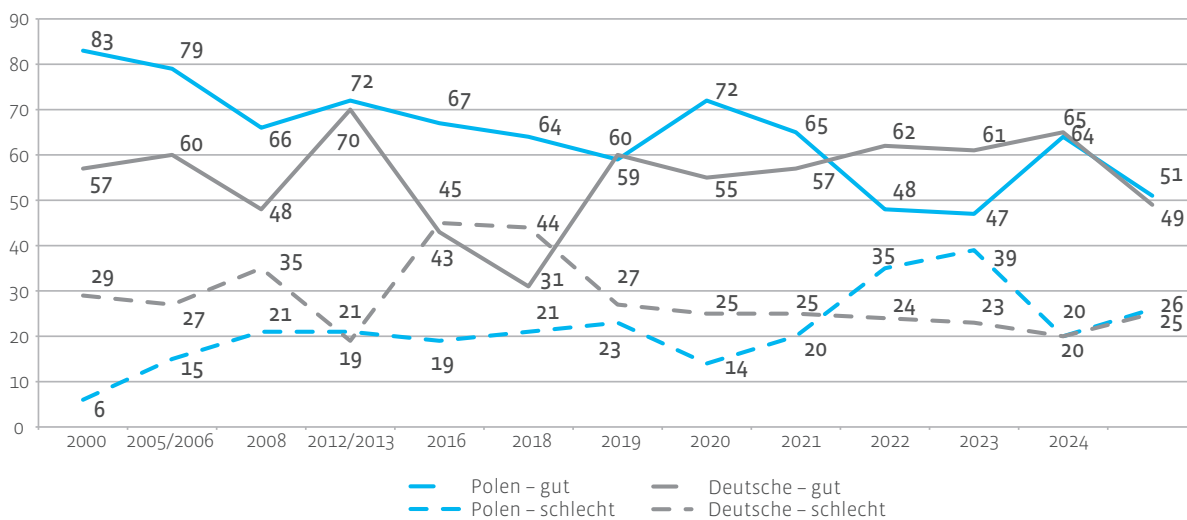
Abbildung 15: Wie gestalten sich Ihrer Meinung nach die gegenwärtigen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen? Antworten von Deutschen und Polen im Jahr 2025 (in %)



Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer, 2025.

Auch die Tendenzen im Vergleich zur Umfrage von 2022 sind auf beiden Seiten der Grenze ganz ähnlich: Dem Rückgang der positiven Bewertungen von zwei Dritteln auf die Hälfte der Befragten steht ein mäßiger Anstieg der negativen Bewertungen gegenüber. Dieser Wandel ist höchstwahrscheinlich auf das Fehlen von Initiativen in den deutsch-polnischen Beziehungen, die negative Rhetorik des rechten Spektrums des polnischen Politikbetriebs und die Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Ländern zurückzuführen, insbesondere in der Migrationspolitik, einschließlich der Einführung zweiseitiger Kontrollen an der gemeinsamen Grenze. Andererseits gibt es auch Gründe dafür, dass sich die Hälfte der Befragten immer noch positiv über den Stand der Beziehungen äußert. Hier sind zu nennen die Zusammenarbeit im derzeit wichtigen Bereich der Sicherheit (insbesondere die Stationierung des deutschen Patriot-Systems zur Luftabwehr in Polen), die sich fortlaufend weiterentwickelnde wirtschaftliche und kommunale Zusammenarbeit, aber auch das allgemeine Fehlen der aus den letzten Jahren bekannten Spannungen oder Streitigkeiten.

Abbildung 16: Wie gestalten sich Ihrer Meinung nach die gegenwärtigen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen? Antworten von Deutschen und Polen in den Jahren 2000–2025 (in %)



Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer, 2025.

Deutlichen Einfluss auf die Bewertung des Zustands der Beziehungen haben die Parteipräferenzen und die politischen Informationsquellen der Befragten. Die Anhänger der Bürgerkoalition (77%), der Linken (66%), der Partei Gemeinsam (57%) und von Polen 2050 (69%) bewerten sie weitaus häufiger positiv als die Wähler von Recht und Gerechtigkeit (36%), der Partei Krone (38%) und der Konföderation (39%). Entsprechend gelagert ist das Verhältnis der Zuschauer der öffentlich-rechtlichen Sender (23% bewerten das Verhältnis negativ) sowie von Polsat (25%) und TVN (17%) gegenüber

jenen von TV Republika, Telewizja Trwam und wPolsce24 (50 %). Gleiches gilt für die Leser rechtsgerichteter Presserzeugnisse (38 % negative Bewertungen) im Vergleich zu den anderen (19–24 %).

Von den demografischen Merkmalen spielt bei diesen Antworten nur das Alter der Befragten eine Rolle (auch die Bewohner der Grenzregionen unterscheiden sich in ihren Antworten nicht von den anderen). Ein beinahe doppelt so hoher Anteil der Befragten in ihren Dreißigern (30 %) und Vierzigern (31 %) wie der unter Dreißigjährigen (16 %) bewerten den Zustand der Beziehungen negativ. Im Gegensatz dazu fallen die Antworten der ältesten Befragten nicht durch weitere markante Unterschiede auf. Zudem werden die Antworten auch durch einen Aufenthalt in Deutschland beeinflusst. Befragte, die bereits in Deutschland waren, bewerten den Zustand der Beziehungen eher als gut (58 % zu 44 %).

Auch auf deutscher Seite werden die Antworten weder nach Wohnort (auch nicht in den an Polen grenzenden Bundesländern) noch nach Bildung differenziert, sehr wohl aber nach den Parteipräferenzen und dem Medienkonsum der Befragten. Da Männer mehr als doppelt so häufig eine Meinung zum Zustand der deutsch-polnischen Beziehungen haben wie Frauen, sind sie sowohl bei den guten als auch bei den schlechten Bewertungen in der Überzahl. Die jüngsten Befragten (unter dreißig Jahren) schätzen den Zustand der Beziehungen häufiger als andere als gut ein (60 %). Anlass zur Verwunderung gibt jedoch die Korrelation der Bewertung der deutsch-polnischen Beziehungen mit den angegebenen Wissensquellen über das andere Land. Deutsche Befragte, die sich auf Äußerungen von Politikern berufen, haben häufiger als andere eine negative Meinung über diese Beziehungen (37 %). In Polen besteht dieser Zusammenhang ebenfalls, ist aber wesentlich schwächer ausgeprägt. Andererseits haben diejenigen, die die Antwort „aus der Schule“ wählen, in beiden Ländern viel häufiger als andere Befragte keine Meinung zu diesem Thema (Polen 18 %, Deutsche 24 %).

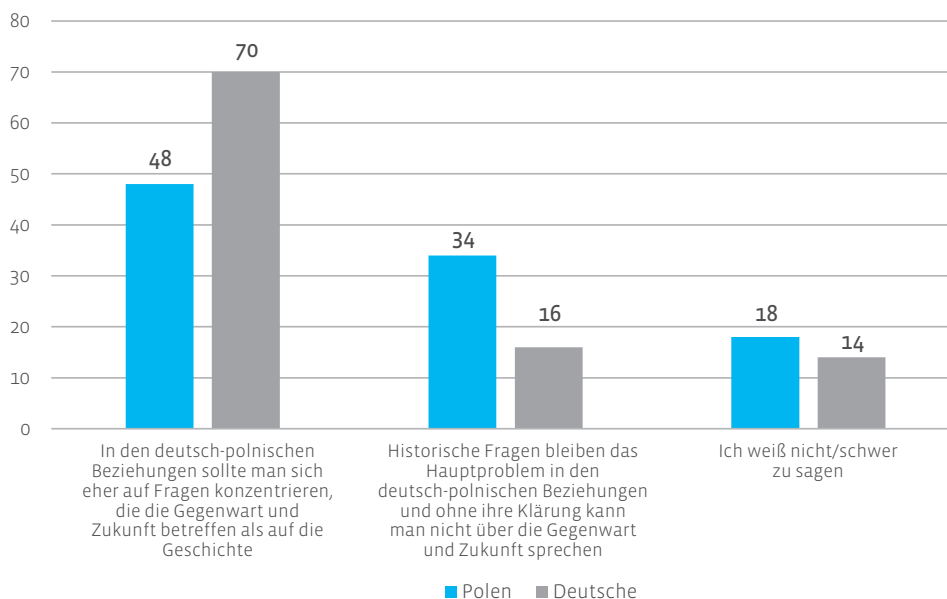
Meinungen zum Umgang mit der gemeinsamen Geschichte

Die Untersuchungen im Rahmen des Deutsch-Polnischen Barometers zeigen seit Jahren, dass in den gegenseitigen Beziehungen der Umgang mit der gemeinsamen Vergangenheit eine Sphäre der Zwietracht darstellt. Die stets wiederkehrende Frage, ob sich die Beziehungen eher auf gegenwärtige und zukünftige Themen konzentrieren sollten, anstatt zunächst historische Fragen zu klären, zeitigt in diesem Jahr Ergebnisse, die auf eine sehr unterschiedliche Sichtweise in beiden Ländern hinweisen. Während die

Nicht weniger als 70 % der Deutschen sind der Meinung, dass aktuelle und zukünftige Themen im Mittelpunkt der deutsch-polnischen Beziehungen stehen sollten. Diese Meinung wird von weniger als der Hälfte der Befragten in Polen geteilt. Gleichzeitig hat für doppelt so viele Polen (34 %) wie Deutsche (16 %) die Vergangenheit Priorität

große Mehrheit der Deutschen der Meinung ist, dass aktuelle und künftige Themen im Mittelpunkt der deutsch-polnischen Beziehungen stehen sollten (70 %), wird diese Ansicht von weniger als jedem zweiten Befragten in Polen geteilt (48 %). Entsprechend verweisen doppelt so viele Polen (34 %) wie Deutsche (16 %) auf den Vorrang der Aufarbeitung der Vergangenheit.

Abbildung 17: Im Mai dieses Jahres jährt sich das Ende des Zweiten Weltkriegs zum 80. Mal. Sollte man sich in den Beziehungen zu Polen eher auf Fragen konzentrieren, die die Gegenwart und die Zukunft betreffen als auf die Vergangenheit? Welche der folgenden Meinungen liegt Ihnen näher? Antworten von Deutschen und Polen im Jahr 2025 (in %)



Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer, 2025.

Die Gegenüberstellung der Ergebnisse aus beiden Ländern über einen Zeitraum von 15 Jahren, in denen die Erhebung durchgeführt wurde, zeigt die Dynamik des Wandels auf beiden Seiten der Grenze. In Polen war 2011 die Überzeugung am stärksten vertreten, dass man sich auf die Gegenwart und die Zukunft konzentrieren sollte – fast drei Viertel der Befragten teilten diesen Standpunkt. Danach wurde diese Ansicht dort immer seltener, abgesehen von einem schwer zu erklärenden Anstieg im Jahr 2021 auf zwei Drittel der Befragten (64 %). Der anschließende weitere Rückgang, der in den Jahren 2024 und 2025 zu beobachten ist, bestätigt, dass wir von einem Trend sprechen können: Immer weniger Polen betrachten

Immer weniger Polen (derzeit weniger als jeder zweite Befragte) halten gegenwärtige Themen und Zukunftsfragen für vorrangig in den Beziehungen zu Deutschland

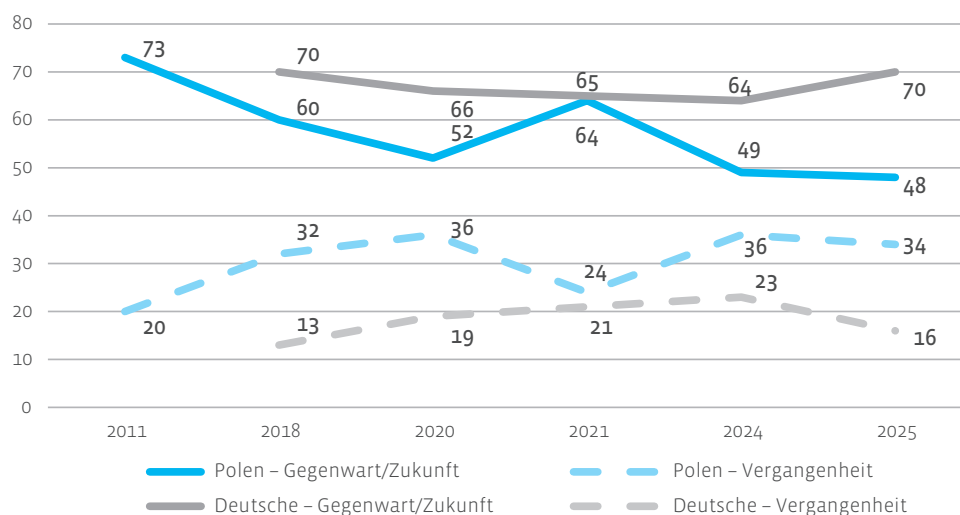
Gegenwarts – und Zukunftsfragen als prioritär in ihren Beziehungen zu Deutschland. Gleichwohl ist dieser Prozentsatz immer noch deutlich höher als der Prozentsatz derer, die angeben, dass zuerst die

vergangenheitsbezogenen Probleme gelöst werden müssen, bevor man über andere Bereiche nachdenken kann. Dieser Anteil bleibt (wiederum mit der Ausnahme des Jahres 2021) mit einem Drittel der Befragten stabil. Darin kann man klar das Resultat des Wirkens einer Richtung im polnischen öffentlichen Diskurs sehen, die fortwährend eine Rückkehr zu Vergangenheitsthemen in den Beziehungen zu Deutschland forciert. So liegt der Schluss nahe, dass es nicht aus der Gesellschaft stammende Impulse sind, die das Handeln der Politiker beeinflussen, sondern gerade umgekehrt die Narrative eines Teils der Politiker einen Wandel der öffentlichen Meinung herbeiführen. Denn dem Rückgang der Überzeugung, dass die Gegenwart und die Zukunft im Umgang mit Deutschland maßgeblich sind, gingen offensichtlich die Parolen der PiS in Sachen Reparationsforderungen voraus. Bestätigt wird dies durch den Einfluss der Parteipräferenz auf die Antworten zu dieser Frage: Die Antwort „Gegenwart und Zukunft“ wird von den Anhängern der Bürgerkoalition (77 %), der Linken (73 %), der Partei Gemeinsam (61 %) und der Polnischen Volkspartei (73 %) viel häufiger gegeben als von den Wählern von Recht und Gerechtigkeit (28 %), der Konföderation (26 %) und der Partei Krone (34 %). Es bestehen ähnliche Korrelationen zwischen den Meinungen zu diesem Thema und den genutzten Fernsehsendern. Die Zuschauer von TVP (50 %), Polsat (49 %) und TVN (57 %) geben diese Antwort häufiger an als die Zuschauer von TV Republika, Telewizja Trwam und wPolsce24 (27 %). Und auch Leser liberaler (59 %), zentristischer (55 %) und regionaler (59 %) Pressetitel äußern sich weitaus häufiger dergestalt als die Leser rechter Blätter (35 %).

Männer sind häufiger als Frauen der Meinung, dass die Probleme im Zusammenhang mit der Vergangenheit zuerst gelöst werden müssen (39 % zu 31 %). Auch die Befragten mit einfacher Schulbildung (48 %) geben dies öfter an als Befragte mit höherem Bildungsniveau. Die ältesten Befragten zeigen eine ausgeprägtere Tendenz zur Bevorzugung von Gegenwart und Zukunft (55 %) als die unter 40jährigen. Zudem wird diese Antwort verstärkt von Befragten gewählt, die schon einmal in Deutschland waren (55 % zu 40 %). Die Veränderungsdynamik auf deutscher Seite ist eine andere. Der aktuelle Anteil von 70 Prozent der Befragten, die Gegenwart und Zukunft als zentrale Themen betrachten, ist identisch mit dem von 2018 und markiert im Vergleich zur Umfrage des Vorjahres (64 %) einen Anstieg von sechs Prozentpunkten. Gleichzeitig sank in ähnlichem Umfang der Anteil der Deutschen, die die Vergangenheit angeben (16 %). Diese Meinungen sind höchstwahrscheinlich von der aktuellen internationalen Lage beeinflusst, die deutlich macht, dass die Europäer die aktuellen Herausforderungen gemeinsam angehen sollten, insbesondere im Bereich der Sicherheit, und dass dieses auf die Zukunft gerichtete Denken die gegenseitigen Beziehungen bestimmen sollte. Natürlich kann man sich fragen, ob ein solcher Wandel in Deutschland nicht in gewisser Weise eine Reaktion auf die polnischen Reparationsforderungen

ist – diese werden in Deutschland mit Unverständnis betrachtet, was ein Auslöser für eine stärkere Orientierung auf die Zukunft sein mag.

Abbildung 18: Sollte man sich in den Beziehungen zum Nachbarland eher auf Gegenwart und Zukunft oder eher auf die Vergangenheit konzentrieren? Antworten von Deutschen und Polen in den Jahren 2011–2025 (in %)



Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer, 2025.

Von den demografischen Merkmalen macht nur das Alter einen Unterschied bei den Antworten der Deutschen: Die über 60-Jährigen sind signifikant häufiger als andere der Meinung, dass der Schwerpunkt auf aktuellen Themen und der Gegenwart und Zukunft liegen sollte (76 %). Vertreter einer Hinwendung zur Vergangenheit finden sich hingegen viel eher unter den Anhängern der Grünen und der Linken (jeweils 23 %) als unter denen der Christdemokraten (13 %). Waren die Befragten bereits einmal in Polen, tendieren sie häufiger zu der Meinung, dass historische Fragen zuerst geklärt werden sollten (22 % zu 13 %), was darauf hindeuten könnte, dass eine bessere Kenntnis Polens auch zu einer größeren Sensibilität für polnische Forderungen und einem Verständnis für die Bedeutung der Geschichte in den gegenseitigen Beziehungen führt.

Um festzustellen, inwieweit der vergangenheitsorientierte Ansatz im gegenseitigen Umgang das Gesamtbild des Nachbarlandes, seiner Bevölkerung und seiner Politik beeinflusst, erscheint es sinnvoll, die Antworten auf die verschiedenen Fragen zusammenzuführen. Insbesondere auf polnischer Seite sind die Zusammenhänge recht offensichtlich, bestätigen sie doch den Eindruck, dass die Fokussierung auf die Vergangenheit in den Beziehungen zu Deutschland mit einer negativen Wahrnehmung des Nachbarlandes verbunden ist. Von den Befragten, die die Vergangenheit als Priorität in den bilateralen Beziehung angegeben, halten nur 36 Prozent

die Beziehungen für gut (bei denjenigen, die die Gegenwart und Zukunft wählen, sind es demgegenüber 68 %). In Deutschland besteht kein derartiger

Zusammenhang, genauso wenig wie beim Vergleich der Antworten zu den Prioritäten der bilateralen Beziehungen und dem Grad der Sympathie für die Nachbargesellschaft. In Polen hingegen geben die Befragten, die die Bedeutung der Geschichte betonen, deutlich seltener als diejenigen, deren Blick sich auf die Zukunft richtet, an, die Deutschen zu mögen (18 % zu 45 %); ebenso haben sie unübersehbar die weitaus höhere Tendenz, Abneigung gegenüber den Deutschen zu äußern (44 % zu 11 %).

In ähnlicher Weise geben die polnischen Befragten, die den Vorrang der Vergangenheit unterstreichen, seltener als die Befragten der anderen Gruppe an, dass sie Deutsche in verschiedenen sozialen Rollen akzeptieren. In diesem Fall sind die Trends in Deutschland vergleichbar.

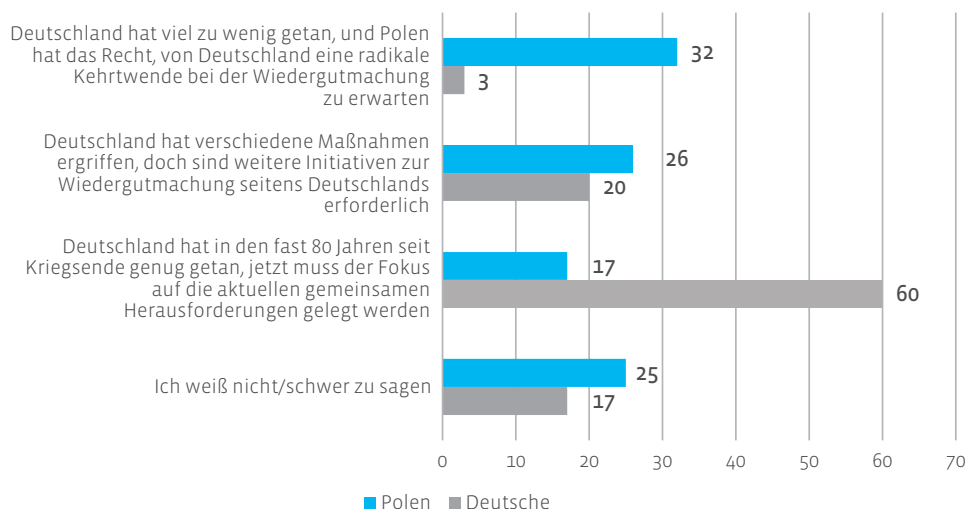
Polen, die der Meinung sind, dass in den Beziehungen mit Deutschland zunächst Fragen der gemeinsamen Vergangenheit geklärt werden sollten, bewerten die gegenseitigen Beziehungen weniger positiv als diejenigen, die auf die Gegenwart und die Zukunft ausgerichtet sind, äußern seltener Sympathie für die Deutschen und akzeptieren sie seltener in verschiedenen sozialen Rollen

Erwartungen an Deutschland im Hinblick auf die gemeinsame Vergangenheit

Um herauszufinden, inwieweit sich Polen und Deutsche in ihrer Einstellung zu möglichen Reparationen für die Opfer und die Verluste, die Polen und seine Bürger während des Zweiten Weltkriegs erlitten haben, unterscheiden, haben wir die Befragten gebeten, zunächst anzugeben, ob die von Deutschland ergriffenen Maßnahmen bereits ausreichend sind; sie zwar anerkannt werden, aber dennoch weiteres Handeln nötig ist; oder ob Deutschland schlicht viel zu wenig getan hat. Die diesbezüglichen Antworten von Polen und Deutschen unterscheiden sich. Während die große Mehrheit der Deutschen der Ansicht ist, dass ihr Land genug getan hat und man sich auf die aktuellen gemeinsamen Herausforderungen konzentrieren sollte (60 %), sind die Polen sehr gespaltenen Meinung. Ein Drittel der Polen, und damit die größte Gruppe unter ihnen, ist der Meinung, dass Deutschland beileibe zu wenig getan hat und dass Polen eine radikale Wende bei den Reparationen erwarten kann. Ein Viertel gibt an, dass verschiedene Maßnahmen ergriffen wurden, obgleich weitere notwendig sind, und wiederum ein Viertel hat überhaupt keine Meinung dazu. Nur 17 Prozent der Polen, die kleinste Gruppe der Befragten, teilen die deutsche Mehrheitsmeinung, dass ihr Land genug für Polen getan hat.

Nach Ansicht von 60 Prozent der Deutschen hat ihr Land genug für die Wiedergutmachung getan. Diese Ansicht wird von nur 17 Prozent der Polen geteilt. Ein Drittel der polnischen, jedoch nur drei Prozent der deutschen Befragten meinen, dass Deutschland viel zu wenig getan hat.

Abbildung 19: Wie beurteilen Sie die bisherigen Bemühungen Deutschlands um Wiedergutmachung für die Opfer und die Verluste, die Polen und seine Staatsbürger während des Zweiten Weltkriegs erlitten haben? Antworten von Deutschen und Polen im Jahr 2025 (in %)



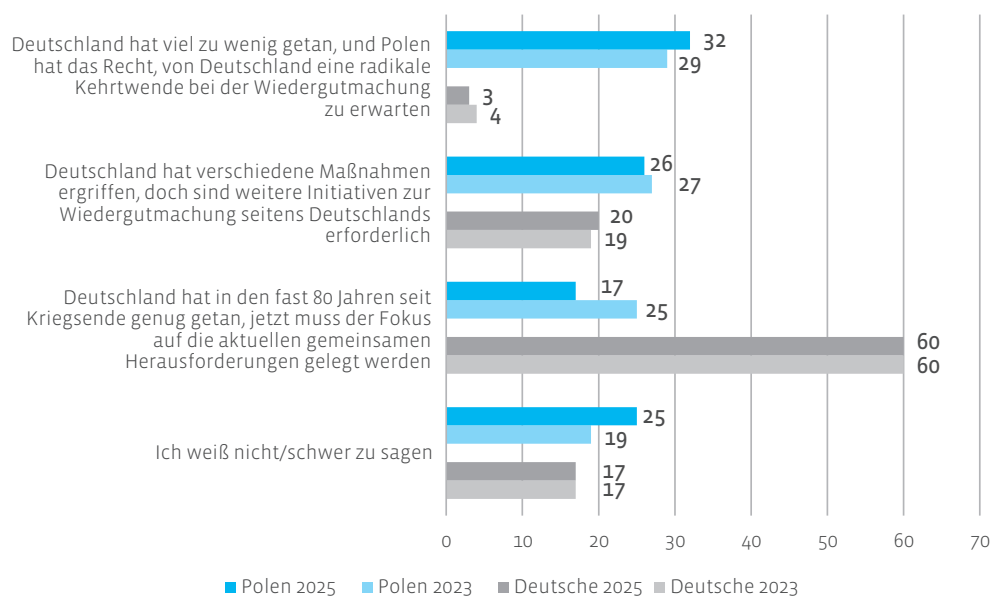
Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer, 2025.

Besonders interessant und im Deutsch-Polnischen Barometer eher ungewöhnlich ist, dass sich die Meinungen der Befragten auf beiden Seiten der Grenze in den letzten zwei Jahren nicht verändert haben. Die einzige Veränderung besteht darin, dass der Anteil jener Polen, die der Meinung sind, dass Deutschland genug für die Reparationen getan hat, zugunsten des gestiegenen Prozentsatzes der Unentschlossenen gesunken ist. Dies ist ein klares Indiz dafür, dass die Rhetorik, die auf die Notwendigkeit von Reparationszahlungen durch Deutschland abstellt, bei einigen Polen Wirkung gezeigt hat, die nun ihrerseits verunsichert sind, was sie von den Maßnahmen Deutschlands halten sollen.

Überdies gibt es deutliche Zusammenhänge zwischen den Antworten der polnischen Befragten zu dieser Frage und ihrer Beurteilung der deutsch-polnischen Beziehungen sowie ihrer Einstellung zu den Deutschen. Polen, die der Meinung sind, dass Deutschland viel zu wenig getan hat, und die eine radikale Änderung in Bezug auf die Reparationsfrage erwarten, halten den Zustand der gegenseitigen Beziehungen weitaus häufiger für schlecht als andere Befragte (51 % gegenüber 12 % derjenigen, die der Meinung sind, dass Deutschland genug getan hat, und gegenüber 20 % derjenigen, die zwar die bisherigen Maßnahmen anerkennen, aber weitere Anstrengungen fordern). Ebenso ist es weniger wahrscheinlich, dass diese polnischen Befragten Deutsche in verschiedenen sozialen Rollen akzeptieren oder allgemein Sympathie für Deutsche bekunden (13 % gegenüber 57 % bzw. 41 %). Bei den deutschen Befragten sind diese Zusammenhänge nur sehr schwach ausgeprägt oder gar nicht vorhanden. Darüber hinaus gibt es noch eine

ziemlich offensichtliche Korrelation: Die Polen, die der Meinung sind, dass der Schwerpunkt zunächst auf vergangenheitsbezogenen Fragen liegen sollte, sind ebenfalls vergleichsweise häufig der Meinung, dass Deutschland viel zu wenig an Wiedergutmachung geleistet hat (60 %) bzw. dass es noch weitere Maßnahmen ergreifen sollte (25 %). In Deutschland hingegen ist die Verteilung der Antworten nicht so eindeutig. Deutsche, die der Ansicht sind, dass der Schwerpunkt auf der Geschichte liegen sollte, glauben zwar häufiger als diejenigen, die auf die Gegenwart und die Zukunft verweisen, dass eine radikale Änderung in Bezug auf die Wiedergutmachung erforderlich ist (10 % gegenüber 1 %), doch selbst unter ihnen ist die mit 45 Prozent größte Gruppe der Auffassung, dass Deutschland bereits hinlänglich tätig geworden ist. Dahinter rangieren diejenigen, die feststellen, dass zwar gewisse Maßnahmen durchgeführt wurden, aber weitere notwendig sind (38 %). Die oben beschriebenen Zusammenhänge verdeutlichen einmal mehr die Unterschiede in der Betrachtungsweise der Rolle der Geschichte in den gegenseitigen Beziehungen der beiden Länder.

Abbildung 20: Wie beurteilen Sie die bisherigen Bemühungen Deutschlands um Wiedergutmachung für die Opfer und die Verluste, die Polen und seine Staatsbürger während des Zweiten Weltkriegs erlitten haben? Antworten von Deutschen und Polen in den Jahren 2023 und 2025 (in %)



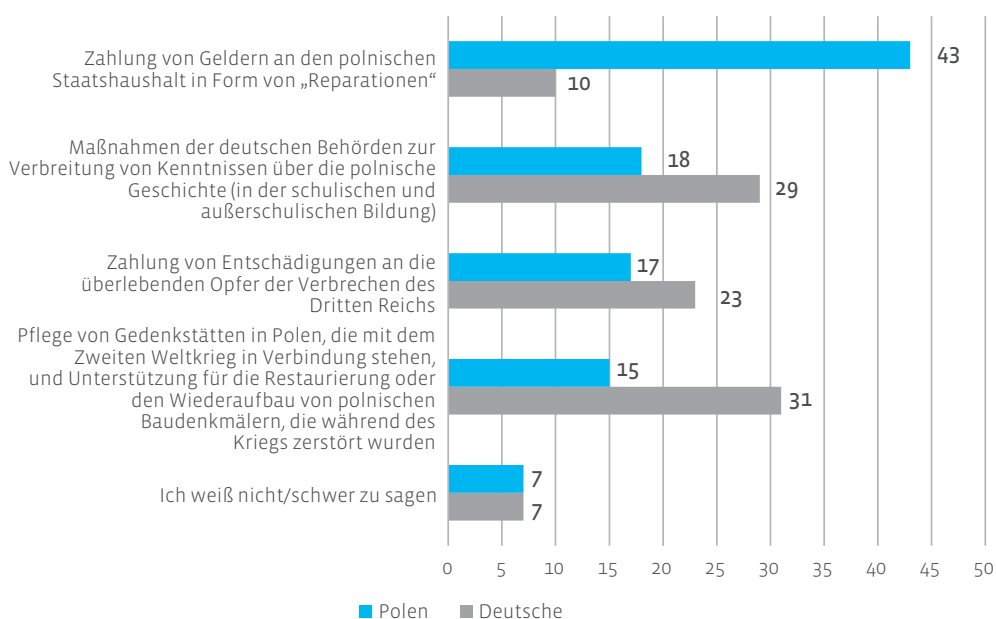
Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer, 2025.

Die Befragten, die der Meinung sind, dass Deutschland zu wenig getan hat, oder dass zwar verschiedene Schritte unternommen wurden, jedoch noch weitere nötig sind, wurden zusätzlich gefragt, welche Maßnahmen sie von Deutschland erwarten würden. Das Antwortverhalten von Deutschen und Polen unterscheidet sich in diesem Fall rein zahlenmäßig deutlich, da nur halb so viele Deutsche wie Polen überhaupt auf diese Frage geantwortet haben.

Von den Polen, die Wiedergutmachungsmaßnahmen von Deutschland erwarten, mahnt die größte Gruppe – 43 Prozent – die Zahlung von Reparationen an. In Deutschland spricht sich jeder Zehnte der Befragten, die weitere Maßnahmen für berechtigt halten, für Reparationen aus

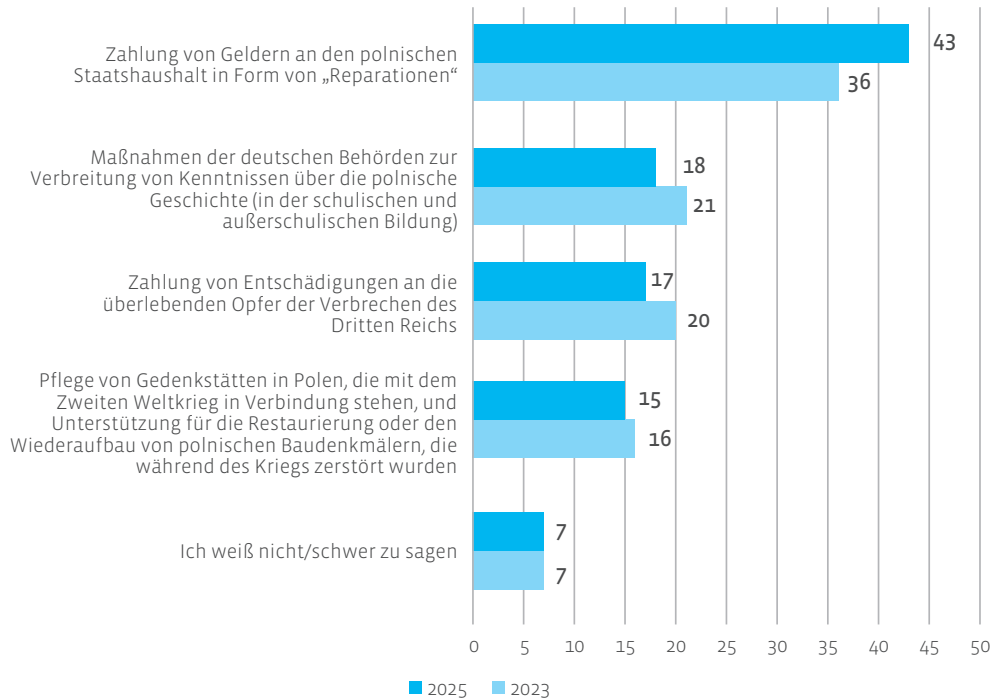
Die größte Gruppe dieses Segments der polnischen Befragten erwartet, dass Reparationszahlungen geleistet werden (43 %). Die anderen drei Antwortmöglichkeiten – Entschädigungszahlungen an die noch lebenden Opfer des Dritten Reiches (17 %), Bildungsmaßnahmen (18 %) und die Pflege der Gedenkstätten (15 %) – liegen weit dahinter. Während der Prozentsatz der Angaben zur ersten Antwort im Vergleich zu 2023 (damals 36 %) gestiegen ist – was sich zweifelsohne durch die Intensität der Rhetorik zu diesem Thema in der polnischen öffentlichen Debatte der letzten Monate erklären lässt –, ist bei den Angaben zu den anderen Maßnahmen ein geringfügiger Rückgang zu verzeichnen. Auf deutscher Seite spricht sich ein ähnlich hoher Anteil von Befragten für die Pflege der Gedenkstätten (31 %) und die Bildung (29 %) aus, während weniger als ein Viertel von ihnen für eine Entschädigung für die noch lebenden Opfer eintritt (23 %). Nur jeder zehnte deutsche Befragte ist für die Leistung von Reparationszahlungen (10 %), ein deutlicher Rückgang gegenüber 2023 (damals 19 %). Zugleich sprechen sich mehr Deutsche als noch vor zwei Jahren für verstärkte Bildungsmaßnahmen aus.

Abbildung 21: Welche Formen der Wiedergutmachung für das Leid der Polen und die Verluste, die Polen während des Zweiten Weltkriegs erlitten hat, erwarten Sie vom deutschen Staat? Antworten der Deutschen und der Polen, die auf die vorherige Frage geantwortet haben, dass Deutschland zu wenig getan bzw. zwar verschiedene Maßnahmen ergriffen hat, aber noch weitere erforderlich sind, im Jahr 2025 (in %) (Die Zahl der Befragten, die diese Frage beantwortet haben, beläuft sich in Polen auf 579 und in Deutschland auf 232)



Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer, 2025.

Abbildung 22. Welche Formen der Wiedergutmachung für das Leid der Polen und die Verluste, die Polen während des Zweiten Weltkriegs erlitten hat, erwarten Sie vom deutschen Staat? Antworten der Polen, die auf die vorherige Frage geantwortet haben, dass Deutschland zu wenig getan bzw. zwar verschiedene Maßnahmen ergriffen hat, aber noch weitere erforderlich sind, in den Jahren 2023 und 2025 (in %)



Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer, 2025.

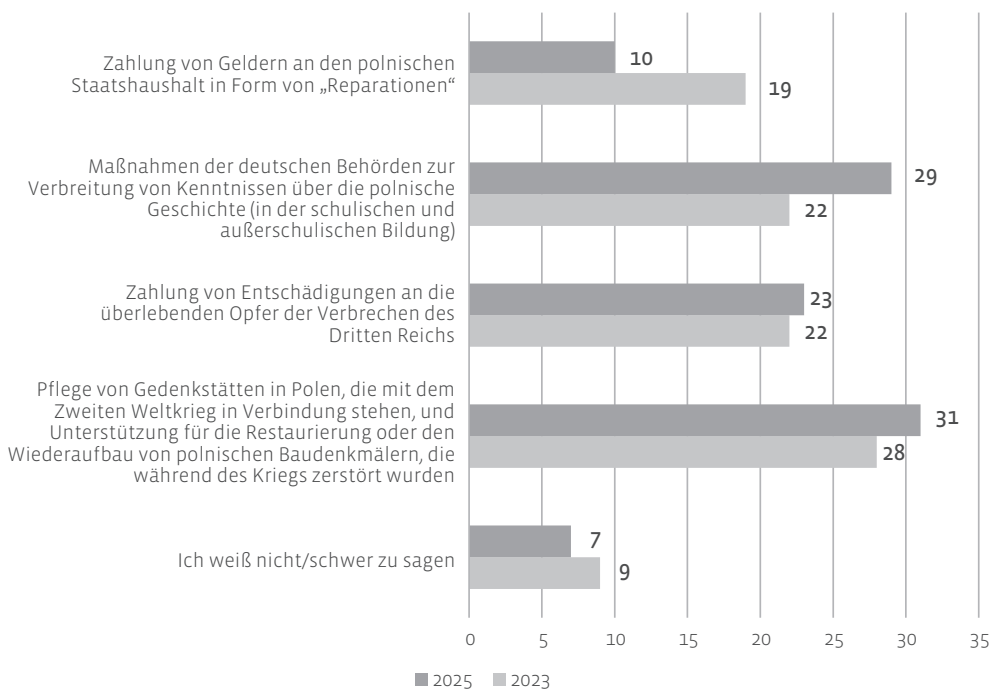
Polnische Männer sind eher als Polinnen der Meinung, dass die deutschen Aktivitäten unzureichend oder sogar viel zu bescheiden ausgefallen sind, und geben daher auch häufiger als Frauen die Zahlung von Reparationen als wünschenswerte deutsche Aktivität an (48 % zu 36 %). Die ältesten Befragten sind dagegen relativ häufiger (25 %) als alle anderen Altersgruppen der Meinung, dass Deutschland genug getan hat und dass es wichtig ist, in die Zukunft zu blicken. Unter den Befragten, die weiteren Handlungsbedarf seitens Deutschlands sehen, sticht die jüngste Gruppe hervor, die sich relativ häufiger für die Pflege der Gedenkstätten entscheidet (24 %), was sie vor allem von den 50–59-Jährigen (9 %) unterscheidet. Befragte, die schon einmal in Deutschland waren, tendieren eher als die andere Gruppe dazu, die von Deutschland bereits ergriffenen Maßnahmen anzuerkennen, aber trotzdem weitere Maßnahmen zu fordern (32 % zu 20 %).

Wie zu erwarten, gibt es große Unterschiede zwischen den Anhängern der verschiedenen Parteien. Die Wähler der Bürgerkoalition (34 %) und der Linken (38 %) sind weitaus häufiger als die Wähler von Recht und Gerechtigkeit (8 %), der Partei Krone (10 %) und der Konföderation (8 %) der Meinung, dass Deutschland genügend getan hat und man sich auf die Zukunft konzentrieren

sollte. Die Letztgenannten sind dagegen weitaus häufiger (jeweils 56 %) als Liberal-Konservative und Linke der Meinung, dass eine radikale Veränderung auf deutscher Seite unabdingbar ist und erwarten insbesondere, dass Reparationen gezahlt werden (Recht und Gerechtigkeit 62 %, Konföderation und die Partei Krone jeweils 49 %, Bürgerkoalition 29 %, Linke 8 %, Partei Gemeinsam 27 %). Die Anhänger der Linken (43 %), der Partei Gemeinsam (33 %) und der Polnischen Volkspartei (51 %) fordern dagegen eher als andere – darunter die Wähler der Bürgerkoalition (22 %) ebenso wie die von Recht und Gerechtigkeit (10 %), der Konföderation (14 %) und der Partei Krone (5 %) – verstärkte Bildungsmaßnahmen von Deutschland.

Die Unterschiede zwischen den Nutzern der verschiedenen Fernsehsender verlaufen ähnlich. Diejenigen, die ihr Wissen aus Sendungen von TV Republika, Telewizja Trwam oder wPolsce24 beziehen, sind eher der Meinung, dass radikale Veränderungen unerlässlich sind (60 %) und erwarten häufiger Reparationen (59 %) als die Zuschauer von TVP (40 %), Polsat (44 %) und TVN (32 %). Ähnliche Korrelationen gibt es zwischen den Lesern der rechten Presse (radikale Kehrtwende 44 %, Reparationen 52 %) und der liberalen (23 % und 37 %) sowie der zentristischen Titel und der Boulevardpresse (jeweils 30 %, Reparationen entsprechend 43 % und 36 %).

Abbildung 23: Welche Formen der Wiedergutmachung für das Leid der Polen und die Verluste, die Polen während des Zweiten Weltkriegs erlitten hat, erwarten Sie vom deutschen Staat? Antworten der Deutschen, die auf die vorherige Frage geantwortet haben, dass Deutschland zu wenig getan bzw. zwar Maßnahmen ergriffen hat, aber noch weitere erforderlich sind, in den Jahren 2023 und 2025 (in %)



Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer, 2025.

Von den demografischen Merkmalen spielt für die Antworten der Deutschen auf die oben genannten Fragen nur das Alter eine signifikante Rolle. Die jüngsten deutschen Befragten geben häufiger als Vertreter der anderen Generationen an, dass Deutschland bereits viel getan hat, wenngleich noch mehr getan werden muss (32 %). Doch auch der Standpunkt, dass radikale Veränderungen geboten sind, wird in dieser Altersgruppe vergleichsweise häufiger vertreten als in der Kohorte der über 50-Jährigen (6 % gegenüber 2 %). Bei der Frage nach potenziell erforderlichen Maßnahmen heben sich wiederum nur die ältesten Befragten von den anderen ab, indem sie sich besonders häufig für eine Entschädigung der noch lebenden Opfer des Dritten Reiches aussprechen (36 %).

Die Meinung, Deutschland habe bereits genug getan, wird von der großen Mehrheit der Anhänger der Alternative für Deutschland (78 %) geäußert, die sich damit deutlich von den Wählern der anderen Parteien unterscheiden. Für die Antworten auf die Frage, welche Maßnahmen erforderlich wären, ist eine solche Analyse schwierig, da die Anzahl der deutschen Befragten, die diese Antwort gewählt haben, so gering ist, dass die Aufschlüsselung nach Parteipräferenz keine statistisch signifikanten Informationen liefern würde. Hinsichtlich der Nutzung bestimmter Fernsehsender sind keine großen Unterschiede zu erkennen, bei den Lesern bestimmter Zeitungstitel freilich schon. Diejenigen, die linksliberale Medien wie Der Spiegel, Süddeutsche Zeitung oder Stern präferieren (36 %), sind eher als die Leser der konservativen Presse (26 %), der Bild-Zeitung (23 %) oder lokaler Titel (17 %) der Meinung, dass weitere Maßnahmen vonnöten sind.

Wie oben bereits erwähnt, konzentrierten sich die vorgestellten Analysen auf diejenigen Befragten, die weitere Maßnahmen des deutschen Staates zur Wiedergutmachung an Polen und die Polen anmahnen. Schaut man sich an, welche Prozentanteile dies auf die Gesamtheit der polnischen Befragten gerechnet ausmacht, so stellt sich heraus, dass jeder vierte Befragte Reparationen und jeder zehnte Befragte Wiedergutmachung an den noch lebenden Opfern des Dritten Reiches sowie Maßnahmen zur Verbreitung von Wissen über die polnische Geschichte fordert; neun Prozent schließlich erwarten, dass sich Deutschland um die Pflege der Gedenkstätten kümmert. Auf deutscher Seite betragen die jeweiligen Prozentsätze der Antworten – auf die Gesamtzahl der deutschen Befragten bezogen – zwei, fünf, sieben und sieben Prozent.

Jeder vierte polnische Befragte erwartet von Deutschland Reparationszahlungen

Bewertung der Einführung von Grenzkontrollen

Eines der derzeit brisantesten Themen in den deutsch-polnischen Beziehungen sind die auf beiden Seiten der Grenze eingeführten Personenkontrollen, die zwar formal im Rahmen des Schengener Grenzkodex zulässig sind, in

der Praxis jedoch dem Grundgedanken des freien Personenverkehrs im Schengen-Raum zuwiderlaufen. In der Praxis erschweren sie grenznahen Regionen auch den Alltag der Bevölkerung und der grenzüberschreitend tätigen Unternehmen.

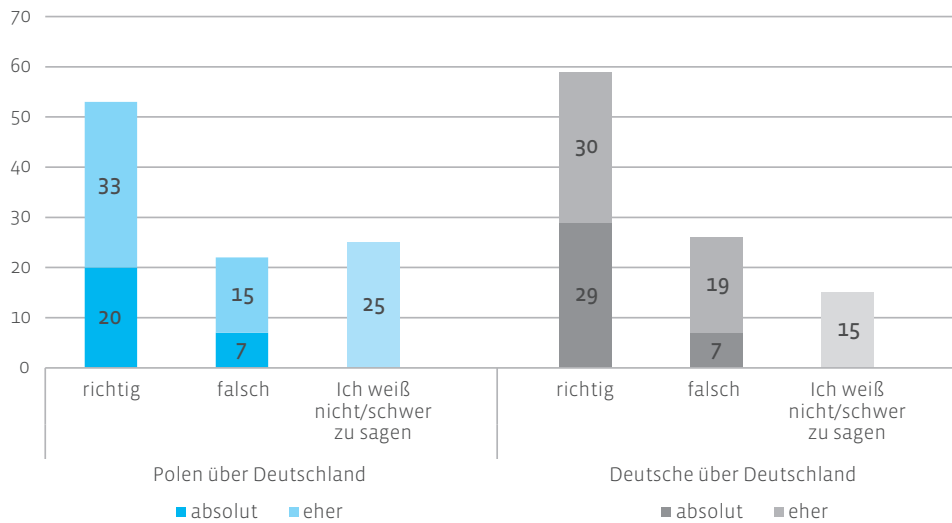
Deutschland führte im Oktober 2023 stichprobenartige Grenzkontrollen zu Polen und anderen Nachbarländern ein. Doch erst die Verschärfung der Maßnahmen, die am 7. Mai 2025, nach der Amtsübernahme der von Bundeskanzler Friedrich Merz geführten CDU/CSU-SPD-Koalition, angekündigt wurden, führte zu einer ernsthafteren Reaktion der polnischen Seite. Deutschland hat damit seine liberale Asylpolitik aufgegeben und kontrolliert seine Grenzen nun intensiver. Donald Tusk kündigte Gegenmaßnahmen an, sollte sich das Verhalten Deutschlands nicht ändern. Der Grund für diese Drohungen ist jedoch nicht so sehr in den Aktivitäten des Bundesgrenzschutzes zu suchen, sondern er findet sich im Auftreten selbsternannter polnischer „patriotischer“ Milizen an der deutsch-polnischen Grenze, die sicherstellen wollten, dass die deutsche Seite keine Migranten nach Polen zurückschickte. Infolgedessen kontrolliert Polen seit dem 7. Juli 2025 den Verkehr an den Grenzübergängen zu Deutschland entlang der gemeinsamen Grenze. Dies hat das Leben der nahe der Grenze lebenden Menschen noch beschwerlicher gemacht, da sie oft, manchmal täglich, die Grenze auf dem Weg zur Schule oder zur Arbeit überqueren, auf der anderen Seite der Grenze einkaufen oder die dort verfügbaren Dienstleistungen in Anspruch nehmen.

Die Einführung von Kontrollen an der Grenze zu Polen durch die deutsche Regierung wird von Polen und Deutschen recht ähnlich bewertet. Mehr als die Hälfte der Polen (53 %) und der Deutschen (59 %) halten dies für eine richtige Entscheidung

Um herauszufinden, wie die Deutschen und die Polen zu diesem Thema stehen, haben wir in beiden Ländern Fragen gestellt, in denen es um die Bewertung der eigenen und auch der Regierung des Nachbarlandes geht.

Polen und Deutsche sind sich in ihrer Bewertung der Tatsache, dass die deutsche Regierung Kontrollen an der Grenze zu Polen eingeführt hat, im Grunde einig. Über die Hälfte der Polen (53 %) und Deutschen (59 %) halten diese Entscheidung für richtig, während sie nur etwa ein Viertel der Befragten beider Länder (22 % bzw. 26 %) als verfehlt betrachtet.

Abbildung 24: Ist es Ihrer Meinung nach richtig, dass die deutsche Bundesregierung Kontrollen an der deutsch-polnischen Grenze eingeführt hat? Antworten der Deutschen und der Polen im Jahr 2025 (in %)

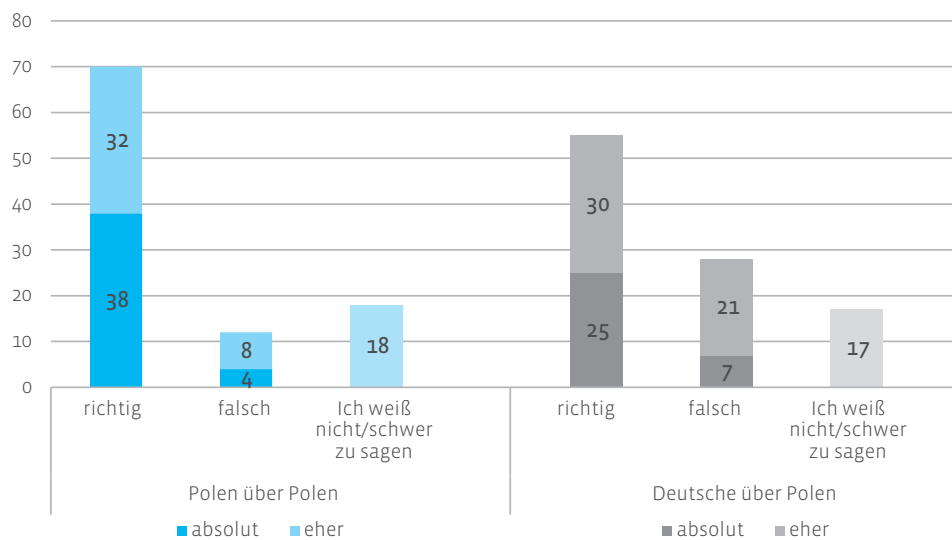


Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer, 2025.

Hinsichtlich der Entscheidung der polnischen Regierung sind die Unterschiede schon größer. In diesem Fall unterstützen die Polen sie deutlich häufiger (70%) als die Deutschen (55%). Entsprechend ist ein deutlich höherer Anteil der Deutschen als der Polen eher oder absolut dagegen (28 % gegenüber 12 %).

Die Polen halten die Einführung von Grenzkontrollen durch die polnische Regierung häufiger für richtig als die Deutschen

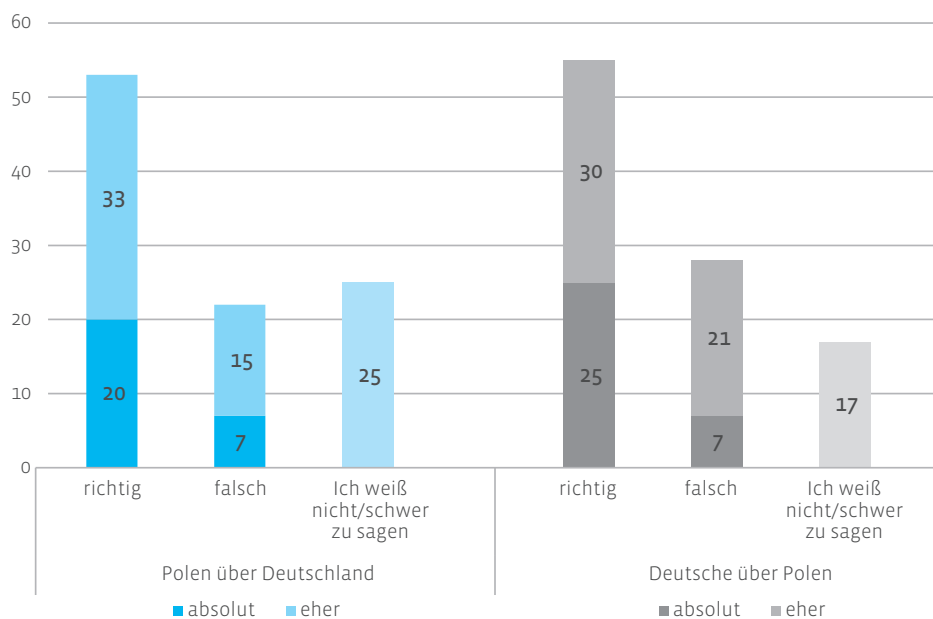
Abbildung 25: Ist es Ihrer Meinung nach richtig, dass die polnische Regierung Kontrollen an der deutsch-polnischen Grenze eingeführt hat? Antworten der Deutschen und der Polen im Jahr 2025 (in %)



Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer, 2025.

Vergleicht man die Antworten zu den Maßnahmen des Nachbarlandes, so ist zwischen Deutschen und Polen eine unverkennbare Annäherung der Ansichten festzustellen. In Polen und Deutschland unterstützt etwas mehr als die Hälfte der Befragten die vom Nachbarland eingeführten Grenzkontrollen, während sie von etwa einem Viertel abgelehnt werden.

Abbildung 26: Ist es Ihrer Meinung nach richtig, dass die Regierung des Nachbarlandes Kontrollen an der deutsch-polnischen Grenze eingeführt hat? Antworten der Deutschen und der Polen im Jahr 2025 (in %)



Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer, 2025.

Auf beiden Seiten der Grenze ist die Bevölkerung mit den Maßnahmen der eigenen Regierung weitgehend zufrieden, wobei die Polen die Entscheidungen ihrer Regierung in höherem Maße gutheißen als die Deutschen.

In Polen halten Menschen mit Migrationshintergrund die Maßnahmen beider Regierungen doppelt so häufig für falsch wie der Durchschnitt der Befragten. Interessanterweise unterscheiden sich die Bewohner der an Deutschland grenzenden Woiwodschaften in ihren Antworten nicht von den anderen Befragten. Auch das Bildungsniveau macht keinen Unterschied. Das Alter wiederum spielt nur bei der Bewertung der Maßnahmen der deutschen Regierung eine Rolle. Die Einführung der Kontrollen wird von den über 50-Jährigen häufiger befürwortet (drei Viertel von ihnen) als von den Jüngeren. Einen solchen Unterschied gibt es bei der Bewertung der Entscheidung der polnischen Regierung nicht. Außerdem sind bei dieser Frage geschlechtsspezifische Unterschiede offensichtlich. Der Anteil polnischer Männer, die die Entscheidung ihrer eigenen Regierung für richtig halten, ist höher als jener der polnischen Frauen (74 % zu 66 %), und gleichzeitig sind die

Polen skeptischer gegenüber den Maßnahmen der deutschen Regierung als die Polinnen (28 % zu 16 %).

Ein Aufenthalt in Deutschland schärft das Meinungsverhalten vor allem zum Thema der Einführung von Grenzkontrollen. Auf die Frage nach der Bewertung der Maßnahmen der polnischen Regierung wählt jeder vierte der Befragten (24 %), die noch nie in Deutschland waren, die Antwort „schwer zu sagen“, während der Anteil derer, die das Land bereits besucht haben, nur halb so hoch ist (12 %). Dies führt dazu, dass die Polen mit Deutschland Erfahrung das Handeln ihrer Regierung sowohl zu einem höheren Prozentsatz als die anderen befürworten (73 % zu 67 %) als auch ablehnen (15 % zu 10 %). Was die Einstellungen zu den Maßnahmen der deutschen Regierung betrifft, so tendieren die Polen, die bereits in Deutschland waren, stärker zu negativen Bewertungen (25 % zu 18 %).

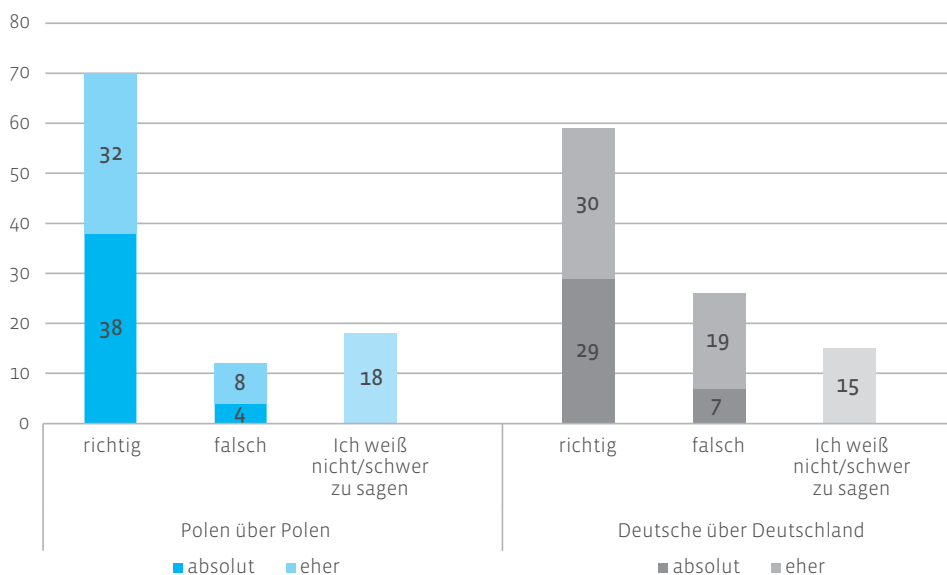
Und auch bei dieser Frage sind die Parteipräferenzen ausschlaggebend für die Auffassungen. Die Wähler von Recht und Gerechtigkeit (86 %), der Partei Krone (91 %) und der Konföderation (88 %) halten das Handeln der polnischen Regierung in wesentlich höherem Maße für richtig als die Wähler der Regierung selbst, das heißt der Bürgerkoalition (68 %), der Linken (55 %) und von Polen 2050 (69 %), aber auch der Partei Gemeinsam (59 %). Die wenigsten Gegner des deutschen Vorgehens an der gemeinsamen Grenze finden sich unter den Anhängern der Bürgerkoalition (16 %), verglichen mit den Wählern der Partei Recht und Gerechtigkeit (26 %), der Konföderation (27 %), der Partei Krone (32 %), der Linken (45 %) und der Partei Gemeinsam (35 %). Die Gewinnung politischer Informationen aus den Sendungen bestimmter Fernsehsender beeinflusst hauptsächlich die Ansichten über das Handeln der deutschen Regierung (über das der polnischen Regierung hingegen kaum). Ein Drittel der Zuschauer von TV Republika, Telewizja Trwam und wPolsce24 (jeweils 34 %) und etwa ein Fünftel der Zuschauer der anderen polnischen Sender (18–21 %) sind von der Unangemessenheit der Entscheidung der Bundesregierung überzeugt. Bei den Lesern der verschiedenen Pressetitel sind diese Verbindungen nicht so stark.

In Deutschland halten Menschen mit einfachem oder mittlerem Bildungsabschluss die Maßnahmen der eigenen Regierung häufiger für genau richtig als Befragte mit höherer Bildung. Dasselbe trifft auf Deutsche aus den östlichen Bundesländern (71 %) im Vergleich zu den Einwohnern der westlichen Bundesländer (56 %) zu sowie auch auf Menschen über fünfzig im Gegensatz zu Deutschen aus jüngeren Kohorten. Die gleichen Gruppen halten übrigens auch die Entscheidung der polnischen Regierung mehrheitlich für richtig; so liegt beispielsweise das Verhältnis der Ostdeutschen zu den Westdeutschen bei 67 zu 52 Prozent. Der Vergleich zwischen den Bewohnern der Grenzregionen und der übrigen Bevölkerung bringt hier keine statistischen Auffälligkeiten zutage, außer dass die übrigen Befragten in beiden Fällen häufiger keine Meinung äußern. Auch

die befragten Deutschen, die noch nie in Polen waren, lehnen häufiger eine Bewertung ab.

Was die übrigen demografischen Merkmale angeht, so fällt in erster Linie eine unterschiedliche Bewertung zwischen den Geschlechtern auf: Die Männer halten die Entscheidungen zu den Grenzkontrollen beider Regierungen häufiger für falsch als die Frauen. Bezüglich der Parteipräferenzen verlaufen die Bewertungen der Maßnahmen der deutschen Regierung stringent entlang des Links-Rechts-Schemas. In deutlich größerem Ausmaß als die Grünen (31%), Linke (39%) und SPD (54%) unterstützen Anhänger von Christdemokraten (78%), FDP (81%) und AfD (84%) diese Maßnahmen. Kaum geringer ist auch die Unterstützung der Anhängerschaft der letztgenannten Parteien für die Politik der polnischen Regierung (CDU 71%, FDP 61%, AfD 82%). Und wiederum spielen an dieser Stelle die politischen Informationsquellen eine Rolle: Die Zuschauer der Privatsender (RTL, n-tv, ProSieben, VOX) halten die deutsche Entscheidung zur Einführung von Grenzkontrollen häufiger für richtig (71%) als die Zuschauer der öffentlich-rechtlichen Sender (61%), der Regionalsender (57%) sowie von ARTE und 3 SAT (56%). Ganz ähnlich sind die Korrelationen, wenn man nach der Bewertung der polnischen Regierungsentscheidungen fragt. Darüber hinaus beeinflusst die Lektüre bestimmter Priesstitel die Haltungen. Die Leser der linken (Neues Deutschland, taz) sowie linksliberalen Presse (Der Spiegel, Die Zeit, Süddeutsche Zeitung) halten die Entscheidung für deutsche Grenzkontrollen eher für falsch als die Leser konservativer Zeitungen und des Boulevardblatts Bild-Zeitung.

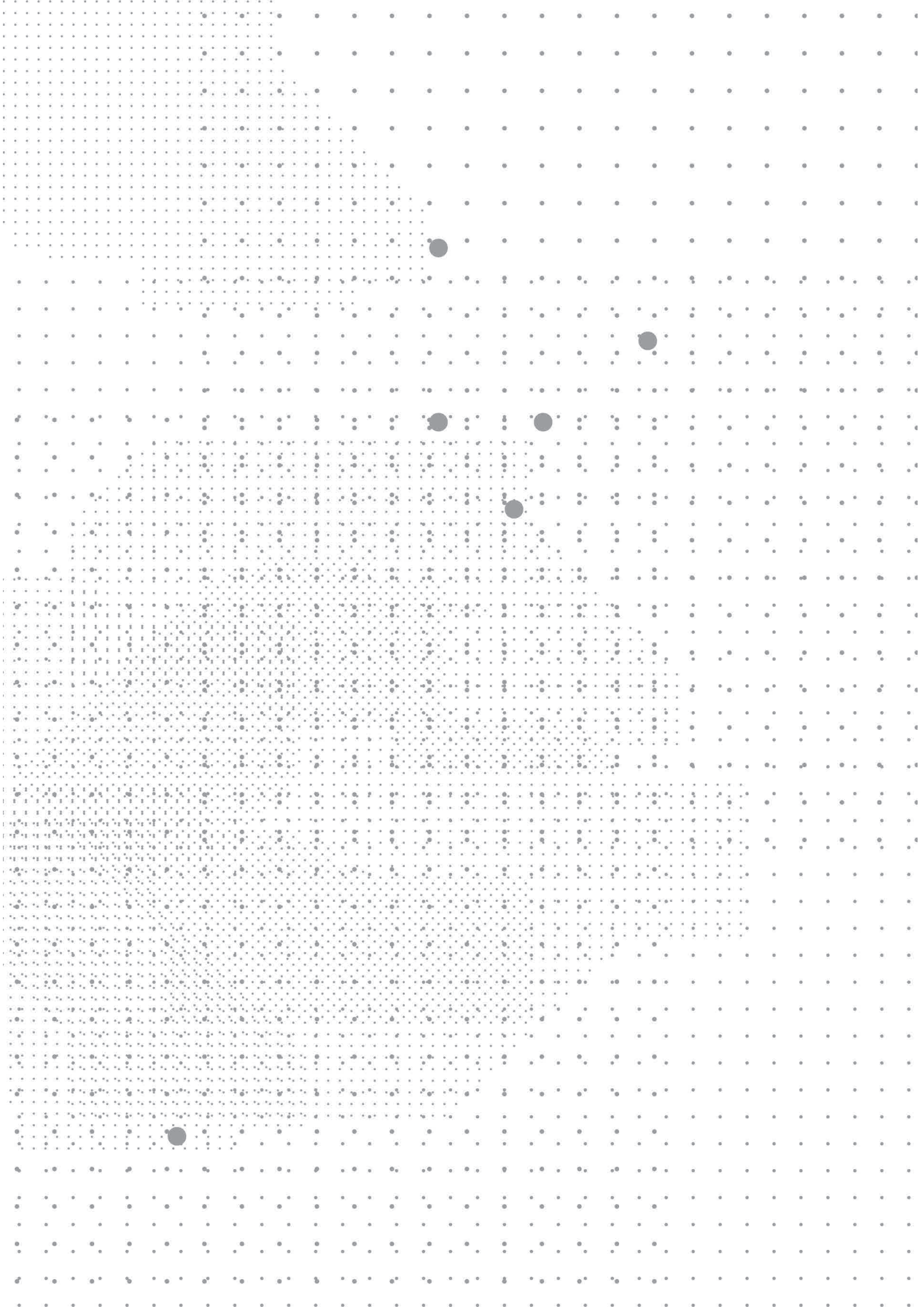
Abbildung 27: Ist es Ihrer Meinung nach richtig, dass die Regierung Ihres Landes Kontrollen an der deutsch-polnischen Grenze eingeführt hat? Antworten der Deutschen und der Polen im Jahr 2025 (in %)



Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer, 2025.

Bei der Analyse der Antworten auf beide Fragen – der Bewertung der Politik der eigenen Regierung und der des Nachbarlandes – zeigt sich, dass die polnischen Befragten, die von der Richtigkeit der von der eigenen Regierung eingeführten Kontrollen überzeugt sind, eher geneigt sind, auch die von der deutschen Regierung eingeführten Kontrollen als richtig zu betrachten. Die Beziehung in die andere Richtung besteht ebenfalls. In Deutschland ist dieses Verhältnis allerdings noch stärker ausgeprägt. Alles in allem unterstützt die Hälfte der Einwohner Polens (50 %) und Deutschlands (51 %) die von beiden Regierungen eingeführten Kontrollen an der deutsch-polnischen Grenze.

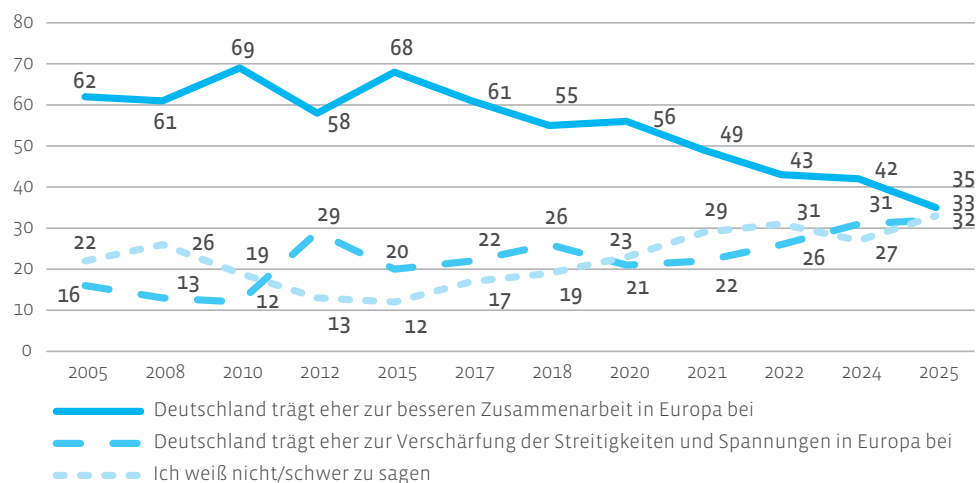
Jeweils die Hälfte der Menschen in Deutschland und Polen unterstützt die von beiden Regierungen eingeführten Kontrollen an der deutsch-polnischen Grenze





Seit der Zeit des Beitritts Polens zur Europäischen Union betrachtete die große Mehrheit der polnischen Öffentlichkeit Deutschland als ein Land, das sich für die europäische Zusammenarbeit einsetzte; der Anteil der Kritiker der deutschen Rolle in Europa war relativ gering, zumindest im Vergleich zum Anteil derjenigen, die die Politik Berlins positiv bewerteten. Diese hohe Bewertung bekam zwischen 2010 und 2012 einen ersten Knick, als Deutschland für sein Verhalten in der Eurokrise und insbesondere für seinen Umgang mit der griechischen Schuldenkrise kritisiert wurde. Danach erholte sich der Wert zwar noch einmal, doch nach 2015 zeigen die Messungen einen kontinuierlichen Rückgang des Prozentsatzes positiver Meinungen und eine ebenso stabile Zunahme der negativen Bewertungen. Die polnische Öffentlichkeit war in ihrer Bewertung der deutschen Flüchtlingspolitik gespalten und stand der russlandfreundlichen Politik, die durch den Bau des zweiten Strangs der Nord-Stream-Pipeline symbolisiert wurde, äußerst kritisch gegenüber, zumal nach der illegalen Annexion der Krim durch Russland und der Entfesselung militärischer Auseinandersetzungen in der Ostukraine durch Moskau im Jahr 2014. Begleitet wurde dies von der stark antideutschen Rhetorik der ab 2015 regierenden rechtspopulistischen Partei Recht und Gerechtigkeit in Polen.

Abbildung 28: Wie ist die deutsche Europapolitik zu bewerten? Antworten der Polen in den Jahren 2005–2025 (in %)



Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer, 2025

Mit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine am 24. Februar 2022 wurde die polnische Kritik an der deutschen Außenpolitik noch lauter und kam aus allen politischen Lagern, am stärksten freilich von der Rechten. Der Machtwechsel in Polen im Dezember 2023 änderte an dieser Haltung gegenüber der deutschen Politik wenig, denn auch die Regierung von

Der Prozentsatz der positiven Meinungen zur deutschen Europapolitik hat sich dem Prozentsatz der negativen Bewertungen angenähert. Dies ist das schlechteste Ergebnis seit dem Beitritt Polens zur Europäischen Union

Ministerpräsident Donald Tusk hielt eine kritische Distanz zur Berliner Politik. Infolgedessen ist die Zahl der positiven Bewertungen im Jahr 2025 erneut zurückgegangen, womit sie sich dem Prozentsatz der negativen Bewertungen angenähert haben. Dies bedeutet das schlechteste Ergebnis, seit wir diese Frage in der Umfrage stellen, also seit 2005.

Wie bereits erwähnt, werden kritische Meinungen zur deutschen Europapolitik vor allem von Anhängern rechter Parteien vertreten. Wie man auch bei der Analyse der Antworten auf andere Fragen immer wieder feststellen kann, so sind auch hier die Antworten der Befragten stark von ihren politischen Sympathien geprägt: Fast 70 Prozent der Wähler der Bürgerkoalition und der Linken haben eine positive Meinung über die deutsche Europapolitik, während zwei Drittel der Wähler von Recht und Gerechtigkeit und mehr als die Hälfte der Wähler der Konföderation und der Partei Krone der Meinung sind, dass die deutsche Politik die Spaltung in Europa vertieft.

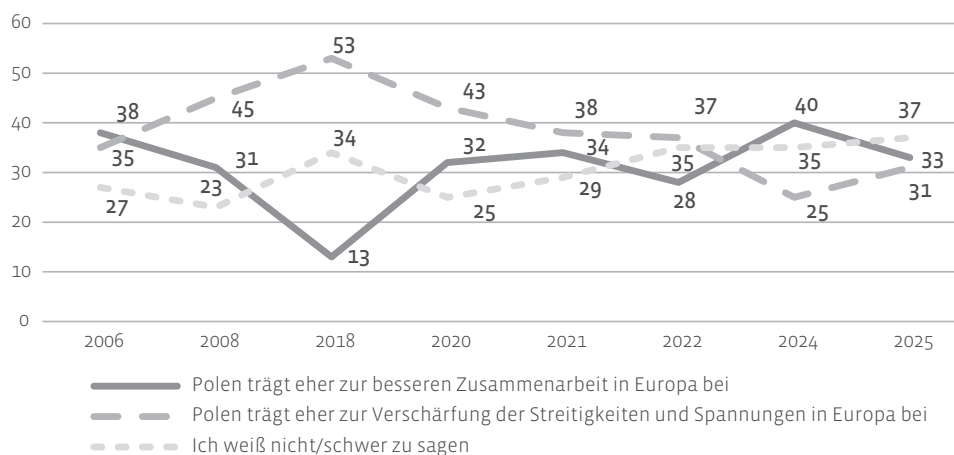
Die Bewertung der deutschen Europapolitik steht ebenfalls mit den Informationsquellen der Befragten in Zusammenhang. So geben 50 Prozent der Zuschauer der Fernsehsender TVN und TVN24 sowie 41 Prozent der Zuschauer des öffentlich-rechtlichen Fernsehens und von Polsat eine positive Einschätzung der deutschen Europapolitik ab. Im Gegensatz dazu glauben die Zuschauer rechtsgerichteter Sender (TV Republika, Telewizja Trwam oder wPolsce24) in ihrer großen Mehrheit (63 %), dass Deutschland zu Streitigkeiten und Spaltungen in Europa beiträgt. Ähnliches gilt für den Bereich Zeitungen und Zeitschriften. Diejenigen, die ihre Informationen aus liberalen Medien wie der Gazeta Wyborcza oder der Polityka und zentristischen Medien wie der Rzeczpospolita beziehen, stehen der deutschen Europapolitik relativ positiv gegenüber, während die Leser rechter Blätter diese Politik mehrheitlich kritisch betrachten.

Polen, die mindestens einmal in Deutschland waren, äußern sich relativ häufiger als andere positiv über die deutsche Europapolitik

Einen interessanten Zusammenhang weisen die Antworten hinsichtlich des Merkmals Alter auf: Von den jüngsten Befragten (18–29 Jahre) kommen die positivsten Bewertungen, während die 30- bis 39-Jährigen die schlechteste Meinung über die deutsche Europapolitik haben. Und schließlich macht auch hier ein Aufenthalt in Deutschland einen signifikanten Unterschied: Befragte,

die schon in Deutschland waren, äußern sich häufiger als andere positiv über Deutschland – in diesem Fall über dessen Europapolitik (41 % zu 29 %).

Abbildung 29: Wie ist die polnische Europapolitik zu bewerten? Antworten der Deutschen in den Jahren 2006–2025 (in %)



Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer, 2025

Auch auf deutscher Seite ist in diesem Jahr ein Rückgang der positiven und ein Anstieg der negativen Bewertungen der Europapolitik des Nachbarlandes zu verzeichnen. Nach einem sprunghaften Anstieg der positiven Bewertungen zwischen 2022 und 2024, der sehr wahrscheinlich mit dem Sieg der proeuropäischen Koalitionsparteien im Oktober 2023 zusammenhängt, ist in diesem Jahr eine gegenläufige Entwicklung zu beobachten, das heißt ein Rückgang der positiven Bewertungen und, noch deutlicher, ein Anstieg der negativen Bewertungen. In der diesjährigen Umfrage ist etwa ein Drittel der Befragten der Meinung, dass Polen zur Verschärfung von Streitigkeiten und Spannungen in Europa beiträgt, während ein nur wenig höherer Anteil der Befragten der Aussage zustimmt, dass Polen ein Land ist, das sich für eine stärkere europäische Zusammenarbeit einsetzt. Die größte Gruppe der deutschen Befragten bilden derzeit diejenigen, die sich kein Urteil über die polnische Europapolitik erlauben. Bereits in früheren Umfragen war dieser Anteil stets signifikant, aber nun ist er das erste Mal – wenn auch nur leicht – größer als die der positiven und negativen Meinungen zur polnischen Europapolitik.

Jeder dritte Deutsche meint, dass Polen zur Verschärfung von Streitigkeiten und Spannungen in Europa beiträgt

In Deutschland sind Personen mit höherer Bildung vergleichsweise häufig der Auffassung, dass Polen zur guten Zusammenarbeit in Europa beiträgt (41 %). Männer bewerten die polnische Europapolitik positiver als Frauen (40 % zu 26 %). Deutsche, die schon einmal in Polen waren, tendieren ebenfalls stärker zu einer positiven Beurteilung (37 % zu 30 %). Die Fernsehzuschauer

von Welt TV und anderen Privatsendern (RTL, n-tv, ProSieben, VOX) zeigen eine positivere Einstellung zur polnischen Europapolitik als die Zuschauer der öffentlich-rechtlichen Kanäle.

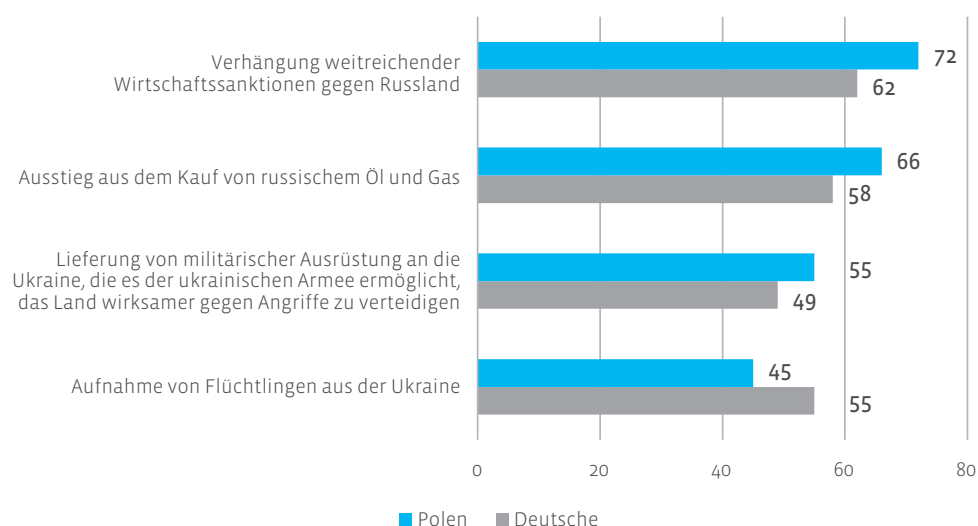
Die Anhänger der derzeitigen Regierungsparteien CDU/CSU (46 %) und SPD (42 %) beurteilen die Europapolitik des Nachbarn deutlich besser als die Wähler der Alternative für Deutschland, der Linken oder des Bündnisses Sahra Wagenknecht, bei denen die negativen Einschätzungen überwiegen. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es hinsichtlich der Europapolitik einen parallel verlaufenden Prozess der gegenseitigen Desillusionierung zwischen Polen und Deutschen gibt, wobei nun kurioserweise auf beiden Seiten die Anteile der positiven, negativen und neutralen Einschätzungen jeweils etwa ein Drittel ausmachen. Festzuhalten bleibt sicherlich auch, dass sowohl in Polen als auch in Deutschland die Anhänger der dortigen Regierungsparteien der Politik ihres Nachbarlandes deutlich positiver gegenüberstehen als die Wähler der Opposition. Daraus ließe sich ableiten, dass die Regierungen beider Länder mutigere Initiativen zur europäischen Zusammenarbeit ergreifen könnten, ohne fürchten zu müssen, von ihren Wählern dafür abgestraft zu werden. Dies gilt insbesondere für die polnische Regierung, die bei der Zusammenarbeit mit Deutschland im europäischen Kontext sehr vorsichtig ist, um nicht den Unmut des antideutsch eingestellten Teils der Wählerschaft zu wecken, obgleich ihre eigenen Anhänger für antideutsche Narrative nicht besonders empfänglich zu sein scheinen.

Beurteilung der Maßnahmen der polnischen und der deutschen Regierung gegenüber der anhaltenden russischen Aggression gegen die Ukraine



Angesichts der sich zunehmend verschärfenden Situation zwischen Russland und den NATO-Mitgliedsstaaten sowie der Eskalation der russischen Luftangriffe auf die Ukraine bleibt die Frage der Unterstützung der Ukraine und der Stärkung der eigenen Verteidigungsfähigkeit ein wichtiger Bereich der Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen. In der Barometer-Umfrage zu den Reaktionen der polnischen und deutschen Gesellschaft auf die russische Aggression gegen die Ukraine, die unmittelbar nach dem Beginn des Angriffs am 24. Februar 2022 durchgeführt wurde, haben wir festgestellt, dass die große Mehrheit der Polen und Deutschen ein entschlossenes Vorgehen gegen Russland und die Unterstützung der Ukraine befürwortet. Tatsächlich aber hat sich die Intensität dieser Unterstützung doch unterschieden – in der Regel waren es die Polen, die solche Maßnahmen stärker befürworteten, was wahrscheinlich damit zusammenhängt, dass sie sich in höherem Maße selbst von Russland bedroht fühlten.

Abbildung 30: Als Reaktion auf den russischen Angriff auf die Ukraine haben die deutsche und die polnische Regierung eine Reihe von Maßnahmen ergriffen. Bitte geben Sie an, ob Sie die folgenden Entscheidungen und Maßnahmen befürworten oder nicht. Unterstützende Antworten von Deutschen und Polen im Jahr 2025 (in %)



Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer, 2025

Seit 2022 ist die Unterstützung für die genannten Maßnahmen sowohl in Polen als auch in Deutschland zurückgegangen, in Polen ging der Rückgang indessen schneller vorstatten. Eine weitere Analyse zeigt, dass ein gleichhoher Anteil von Polen und Deutschen (jeweils

Seit 2022 ist die Unterstützung für die genannten Maßnahmen sowohl in Polen als auch in Deutschland zurückgegangen, in Polen ging der Rückgang indessen schneller vorstatten

36 %) jede dieser vier Reaktionen auf die Fortsetzung der russischen Aggression gegen die Ukraine befürwortet. Was sich unterscheidet, ist der Anteil der entschiedenen Gegner dieser Maßnahmen. Polnischerseits sind es sieben Prozent der Menschen, die keine dieser Maßnahmen unterstützen, während dieser Anteil in Deutschland zwölf Prozent ausmacht. Der Unterschied beträgt also fünf Prozentpunkte, was weit weniger ist, als man aufgrund der Stereotypen von „prorussischen

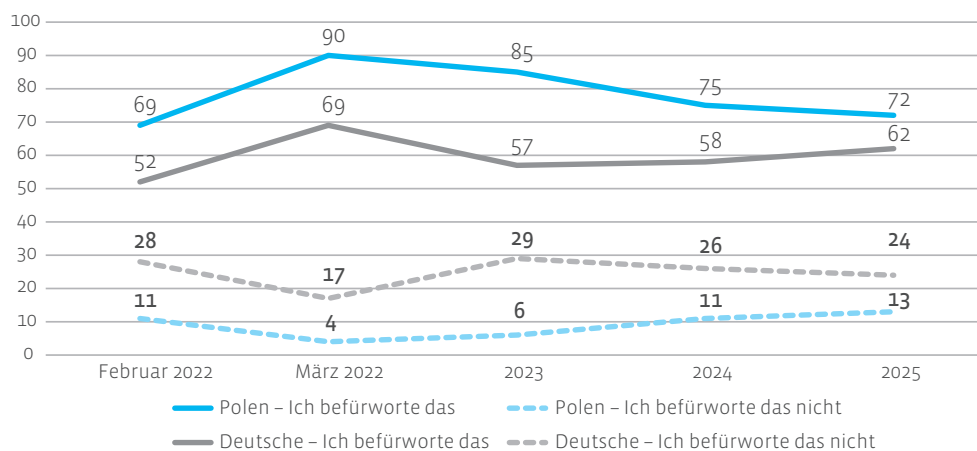
Deutschen“ und „antirussischen Polen“ erwarten würde.

In Deutschland wird die konsequente Ablehnung der genannten Maßnahmen häufiger von denjenigen erklärt, die bereits einmal in Polen waren, was aber wohl damit zusammenhängt, dass weitaus mehr Ostdeutsche als Westdeutsche schon einmal in Polen waren, und die Ostdeutschen wiederum diesen Maßnahmen häufiger ablehnend gegenüberstehen als der Durchschnitt der Bevölkerung.

In beiden Ländern ist die Unterstützung für die Verhängung weiterer Wirtschaftssanktionen gegen Russland derzeit am höchsten. In Polen liegt sie mit 72 Prozent weiterhin auf einem hohen Niveau und kommt damit der Unterstützung aus der Zeit vor dem Ausbruch des Krieges sehr nahe; nichtsdestotrotz bedeutet dieses Ergebnis einen Rückgang von achtzehn Prozentpunkten gegenüber März 2022 – also kurz nach Beginn dieses Angriffskrieges. Im Vergleich zum März 2022 hat sich der Prozentsatz der Gegner von Sanktionen in Polen mehr als verdreifacht (von 4 % auf 13 %). In Deutschland ist der Rückgang der Unterstützung im Vergleich zum März 2022 geringer (sieben Prozentpunkte).

In Polen werden Sanktionen gegen Russland von den Wählern aller politischen Parteien mehrheitlich befürwortet, etwa bei denen der Bürgerkoalition mit 88 Prozent oder der Konföderation mit 72 Prozent; lediglich der Anteil unter den Anhängern der Partei Krone ist ausgesprochen niedrig (45 %). Ähnliches gilt für die Leser der verschiedenen Zeitungen und Nachrichtenportale. Die stärkste Unterstützung für Sanktionen und andere Maßnahmen kommt von Lesern der liberalen und zentristischen Presse, etwas schwächer von Lesern rechter Zeitungen, Portale und Boulevardzeitungen. In allen Kategorien gibt es jedoch mehr Befürworter als Gegner von Wirtschaftssanktionen und anderen Maßnahmen.

Abbildung 31: Befürworten Sie die Verhängung weiterer Wirtschaftssanktionen gegen Russland? Antworten von Deutschen und Polen im Februar und März 2022 und in den Jahren 2023–2025 (in %)



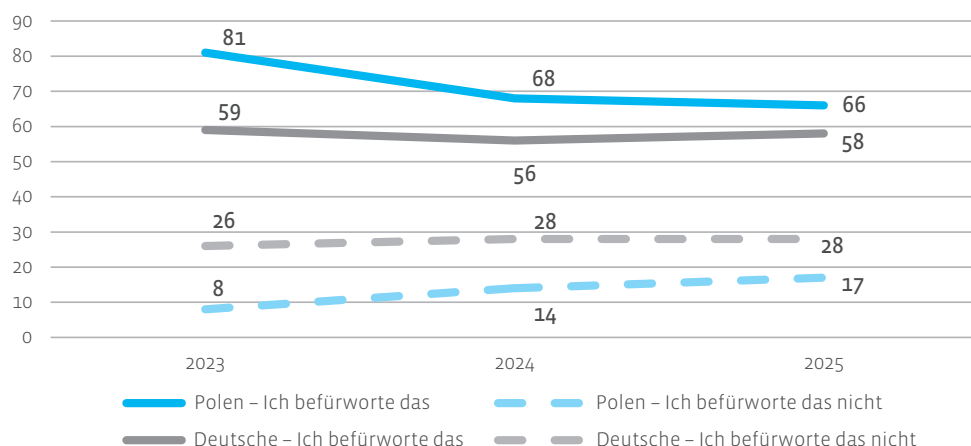
Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer, 2025

Frauen befürworteten Sanktionen und andere Maßnahmen weniger als Männer, wobei die größten Unterschiede bei den Fragen der Waffenlieferungen an die Ukraine und der Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge (siehe unten) bestehen. Auch das Bildungsniveau hat einen Einfluss auf die Antworten zu dieser Frage: Je höher die Bildung der Befragten, desto größer ist die Zustimmungsrate zu allen vier genannten Maßnahmen. Vergleichsweise häufig unterstützt werden die Regierungsmaßnahmen gegen die russische Aggression auch von polnischen Befragten, die schon einmal in Deutschland waren. Menschen mit Migrationshintergrund befürworteten die Maßnahmen weniger häufig, mit Ausnahme der Aufnahme von Flüchtlingen, bei der die Unterstützung höher ausfällt als in der übrigen Bevölkerung.

Was Deutschland betrifft, so werden Sanktionen von den Bewohnern der westlichen Bundesländer (67 %) deutlich stärker unterstützt als von denen aus den östlichen Bundesländern (41 %). Unter den Zuschauern der Privatsender (61 %) finden sich weniger Befürworter von Sanktionen als unter den Zuschauern der öffentlich-rechtlichen Sender (73 %). Die höchste Zahl an Sanktionsgegnern findet sich demgegenüber bei den Anhängern der Alternative für Deutschland (63 %) und des Bündnisses Sahra Wagenknecht (47 %). Sanktionen werden von Menschen mit Migrationshintergrund (32 %) seltener befürwortet als von Menschen ohne einen solchen (21 %).

Die Polen und die Deutschen unterstützten mehrheitlich den Verzicht auf russisches Öl und Gas. In Polen ging diese Unterstützung zwischen 2023 und 2024 zurück, hat sich danach allerdings stabilisiert. Diese Unterstützung ist in Polen um acht Prozentpunkte höher als in Deutschland.

Abbildung 32: Befürworten Sie den Ausstieg aus dem Kauf von russischem Öl und Gas? Antworten von Polen und Deutschen in den Jahren 2023–2025 (in %)

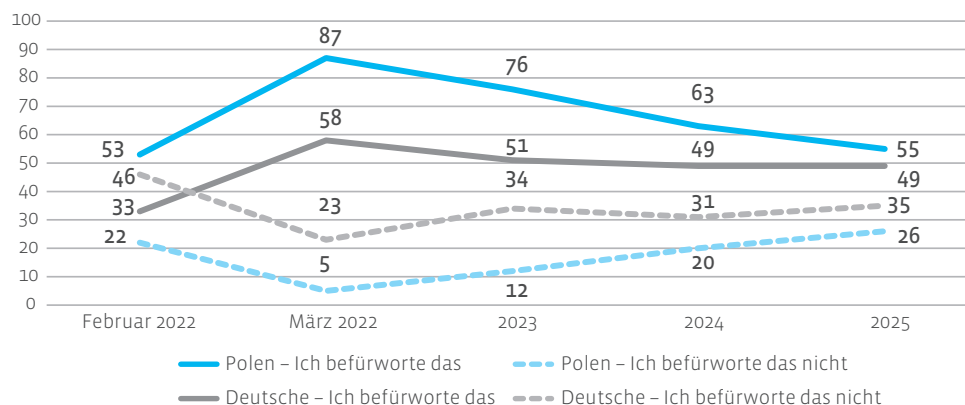


Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer, 2025

In Polen sehen die Unterstützungsquoten für den Verzicht auf russische fossile Brennstoffe unter den Wählern der wichtigsten politischen Parteien ähnlich aus wie jene zur Frage der Wirtschaftssanktionen – sehr stark bei den dominierenden politischen Kräften, der Partei Recht und Gerechtigkeit sowie der Bürgerkoalition mit ihren Koalitionspartnern, schwächer in der Konföderation. Unter den Wählern der Partei Krone gibt es dagegen sogar ein Übergewicht an Gegnern dieses Verzichts, womit deutlich wird, dass diese neue politische Formation den russlandfreundlichsten Teil der Wählerschaft des rechten Lagers, insbesondere der Konföderation, übernommen hat. Die Unterstützung für Sanktionen und den Verzicht auf russische Rohstoffe ist in allen Altersgruppen in Polen stark, am schwächsten fällt er indes in der Altersgruppe der 30- bis 39-Jährigen aus.

Auch in Deutschland gestaltet sich die Verteilung der Unterstützung für den Verzicht auf russische fossile Brennstoffe ähnlich wie bei den Einstellungen zur Verhängung von Sanktionen gegen Russland. Starke Befürworter solcher Maßnahmen sind vor allem Personen mit Hochschulbildung und Westdeutsche (62 %) im Vergleich zu den Ostdeutschen (41 %). Die Gegner sind am häufigsten unter den Anhängern der Alternative für Deutschland (67 %) und des Bündnisses Sahara Wagenknecht (45 %) sowie unter den Zuschauern von Privatsendern (31 %) vertreten.

Abbildung 33: Befürworten Sie die Lieferung von militärischer Ausrüstung an die Ukraine, die es der ukrainischen Armee ermöglicht, das Land wirksamer gegen Angriffe zu verteidigen? Antworten von Polen und Deutschen im Februar und März 2022 und in den Jahren 2023–2025 (in %)



Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer, 2025

Im Hinblick auf die Frage der Lieferung von Militärgütern an die Ukraine sind ähnliche Trends zu beobachten wie im Zusammenhang mit den Sanktionen gegen Russland. In Polen ist die Unterstützung von 87 Prozent im März 2022 auf heute 55 Prozent deutlich geschrumpft, und im Gegenzug hat die Ablehnung solcher Maßnahmen um 21 Prozentpunkte zugenommen, von einst fünf auf nun 26 Prozent, also eine Verfünfachung. In Deutschland ist die Befürwortung von Waffenlieferungen – wie auch in der Frage der Sanktionen – in den letzten drei Jahren mit rund 50 Prozent recht stabil geblieben, liegt damit jedoch immer noch etwas unter dem polnischen Niveau. Jeder dritte Deutsche ist gegen eine Aufrüstung der Ukraine, der Widerstand ist also stärker als in Polen, dafür ist der Rückgang an Unterstützung über die Jahre geringer.

In Polen befürworten die Wähler aller Parteien der Regierungskoalition in hohem Maße die Aufrüstung der Ukraine, am stärksten die Wähler der Bürgerkoalition (77%). Auch die Wähler der Partei Gemeinsam und der Partei Recht und Gerechtigkeit (60%) sind mit großer Mehrheit dafür, in der Wählerschaft der Konföderation machen die Befürworter immerhin noch die größte Gruppe aus (45%), wohingegen bei den Anhängern der Partei Krone die Gegner (57%) gegenüber den Befürwortern (30%) deutlich überwiegen. Hinsichtlich des Merkmals Alter ist festzustellen, dass die Unterstützung dieser Maßnahmen mit dem Alter der Befragten zunimmt, wobei in allen Altersgruppen die Unterstützung höher ist als die Ablehnung.

Bemerkenswert ist auch, dass diejenigen, die angeben, ihr Wissen über Deutschland aus den sozialen Medien zu beziehen, weniger feste Ansichten zu den Themen Russland-Sanktionen und Unterstützung der Ukraine haben. Besonders deutlich wird dies im Unterschied zu jenen, die ihr Wissen aus Zeitungen, Zeitschriften oder Fernsehsendungen beziehen.

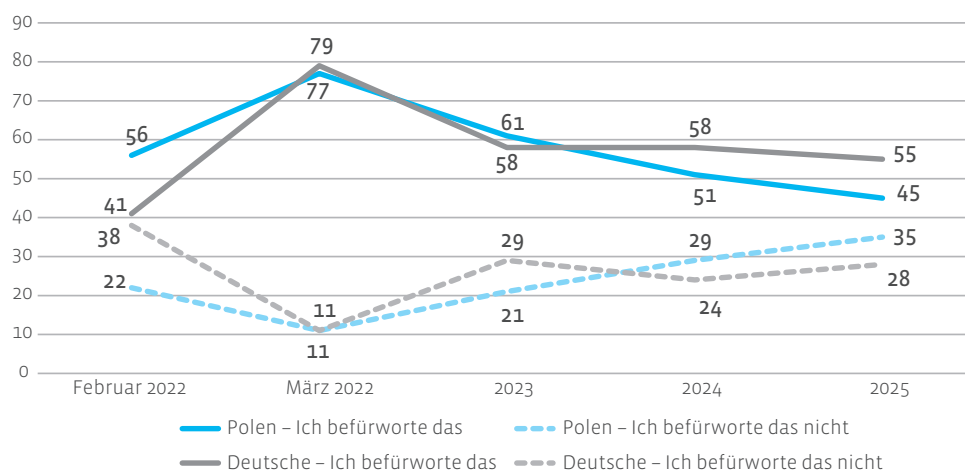
In Deutschland sprechen sich, wie auch bei den anderen diskutierten Themen, Personen mit höherer Schulbildung häufiger für die Unterstützung der Ukraine aus, während einfacher Gebildete tendenziell dagegen sind. Erneut befürworten die Westdeutschen (52 %) solche Maßnahmen eher als die Ostdeutschen (32 %). Interessant ist, dass gerade die Wähler der Grünen (78 %) und der SPD (70 %) – vor dem Hintergrund der pazifistischen Traditionen dieser Parteien – die Waffenlieferungen besonders nachdrücklich befürworten, was vor allem im Vergleich zu den Christdemokraten (64 %) ins Auge fällt. Die meisten Gegner von Waffenlieferungen finden sich unter den Wählern der Alternative für Deutschland (72 %), des Bündnisses Sahra Wagenknecht (57 %) und der Linken (41 %). Ein weiteres Mal tritt die bereits dargestellte Aufteilung zwischen den Zuschauern des öffentlich-rechtlichen Fernsehens (58 %) und des Regionalfernsehens (62 %) zutage, die sich häufiger für Hilfsmaßnahmen aussprechen als die Zuschauer der privaten Medien (48 %).

Am stärksten hat sich die Haltung der Deutschen und der Polen in der Frage der Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge geändert

Am stärksten hat sich die Haltung der Deutschen und der Polen in der Frage der Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge geändert. In Polen ist von dem Enthusiasmus und der sozialen Massenmobilisierung zugunsten derjenigen, die angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine in Polen Zuflucht gesucht haben, wenig übriggeblieben. Die Befürwortung der Aufnahme ist seit Kriegsbeginn von 79 auf 45 Prozent gesunken, womit dieser Wert nun das zweite Jahr in Folge unterhalb jenem in Deutschland liegt, derzeit gar um zehn Prozentpunkte. Der Rückgang der Unterstützungsbereitschaft seit dem März 2022 ist in Deutschland ebenfalls signifikant (22 Prozentpunkte), fällt aber deutlich geringer aus als in Polen.

seit Kriegsbeginn von 79 auf 45 Prozent gesunken, womit dieser Wert nun das zweite Jahr in Folge unterhalb jenem in Deutschland liegt, derzeit gar um zehn Prozentpunkte. Der Rückgang der Unterstützungsbereitschaft seit dem März 2022 ist in Deutschland ebenfalls signifikant (22 Prozentpunkte), fällt aber deutlich geringer aus als in Polen.

Abbildung 34: Befürworten Sie die Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine? Antworten von Polen und Deutschen im Februar und März 2022 und in den Jahren 2023–2025 (in %)



Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer, 2025

In Polen wird die Aufnahme von ukrainischen Flüchtlingen von etwa zwei Dritteln der Wähler der Bürgerkoalition (66 %), der Linken (63 %) und der Partei Gemeinsam (68 %) unterstützt. Bei den Anhängern von Recht und Gerechtigkeit und Polen 2050 sowie der Polnischen Volkspartei liegt der Anteil der Hilfsbereiten zwar unter 50 Prozent, aber immer noch über dem Anteil der Ablehnenden, der zwischen 34 Prozent (Recht und Gerechtigkeit, Polnische Volkspartei) und 20 Prozent (Polen 2050) liegt. Ganz anders ist die Situation bei den Anhängern von Konföderation und der Partei Krone. In diesen Wählergruppen gibt es eine klare Mehrheit gegen die Aufnahme von Flüchtlingen, und weniger als jeder dritte Wähler dieser Gruppierungen unterstützt sie. Die Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge wird am stärksten von den Lesern liberaler Zeitungen befürwortet, aber auch unter den Lesern weltanschaulich anders ausgerichteter Presseerzeugnisse überwiegt die Unterstützungsbereitschaft für sie. Bei den Lesern der rechtsgerichteten Presse und von lokalen Titeln ist die Ablehnung der Aufnahme von Flüchtlingen zwar relativ groß, aber die Anzahl der Befürworter ist immer noch höher (44 % und 45 %). Eine Ausnahme bilden hingegen klar die Leser von Boulevardzeitungen, von denen fast die Hälfte gegen die Aufnahme von Flüchtlingen ist (nur ein Drittel billigt sie).

Bemerkenswerterweise wird die Aufnahme von ukrainischen Flüchtlingen in Polen von deutlich mehr Männern (53 %) befürwortet als von Frauen (38 %), die sich auch häufiger gegen eine solche Politik aussprechen. Was das Alter angeht, so ist der Widerstand gegen die Aufnahme von Flüchtlingen in den beiden jüngsten Gruppen von Befragten, den 18- bis 29-jährigen und den 30- bis 39-jährigen, am stärksten ausgeprägt. In allen anderen Altersgruppen gibt es mehr Befürworter als Gegner der Aufnahme von Flüchtlingen. Sowohl in Polen als auch in Deutschland steigt die Unterstützung für Flüchtlinge mit dem Bildungsniveau der Befragten.

Die Aufnahme von ukrainischen Flüchtlingen wird in Polen von deutlich mehr Männern als Frauen befürwortet

Der höchste Anteil von Gegnern der Flüchtlingsaufnahme findet sich in Deutschland in den Wählerschaften der Alternative für Deutschland (70 %) und des Bündnisses Sahara Wagenknecht (40 %). Vergleicht man die Antworten der Wähler von Christdemokraten, Sozialdemokraten und Grünen, so sind die Anhänger der Christdemokraten mit Abstand die skeptischsten; ein gutes Viertel (26 %) von ihnen sträubt sich gegen die Aufnahme, was sie deutlich von den zwölf Prozent der SPD-Anhänger und den sieben Prozent der Grünen-Wähler unterscheidet. Wie bei anderen Themen wird die Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge häufiger von West- (57 %) als von Ostdeutschen (42 %) und eher von Zuschauern öffentlich-rechtlicher Sender (62 %) als denen des Privatfernsehens (49 %) unterstützt. Signifikante Unterschiede zwischen den Lesern der verschiedenen Presseerzeugnisse lassen sich nicht finden.

Auch der Faktor Migrationshintergrund bzw. das Fehlen eines solchen spielt kaum eine Rolle.

Fasst man diesen Teil der Diskussion der Umfrageergebnisse zusammen, so kann man feststellen, dass in beiden Ländern die Unterstützung für alle hier beschriebenen Maßnahmen, die von beiden Regierungen als Reaktion auf die russische Aggression im Februar 2022 ergriffen wurden, fortbesteht; gleichwohl ist ein spürbarer Rückgang dieser Unterstützung bei jedem der vier Themen erkennbar, der in Polen stärker ausfällt als in Deutschland. Gleichzeitig ist festzuhalten, dass diese Politik von den Wählern der so genannten Mainstream-Parteien zu einem Gutteil befürwortet und von den Wählern jener Parteien mehrheitlich abgelehnt wird, die sich selbst als „systemfeindlich“ bezeichnen, wie etwa die Konföderation oder die Partei Krone in Polen oder die Alternative für Deutschland und das Bündnis Sahra Wagenknecht in Deutschland.

Wahrnehmung steigender deutscher Rüstungsausgaben im Hinblick auf das Sicherheitsempfinden in Polen und anderen verbündeten Ländern



Nach der russischen Aggression im Februar 2022 legten sowohl die polnische als auch die deutsche Regierung ehrgeizige Rüstungsprogramme auf, um beide Armeen für die Landesverteidigung zu ertüchtigen und die eingegangenen NATO-Bündnisverpflichtungen zu erfüllen. In Polen rief die deutsche Aufrüstung bei Politikern unterschiedliche Reaktionen hervor. Bis dato waren die Schwächen des deutschen Verteidigungssektors von polnischen Politikern und Experten nicht selten kritisiert worden (etwa im Zusammenhang mit dem Zwei-Prozent-Ausgabenziel der NATO), aber als Deutschland einen Plan für eine massive Ausgabensteigerung für die Bundeswehr ankündigte, äußerten sich einige polnische Politiker besorgt darüber.

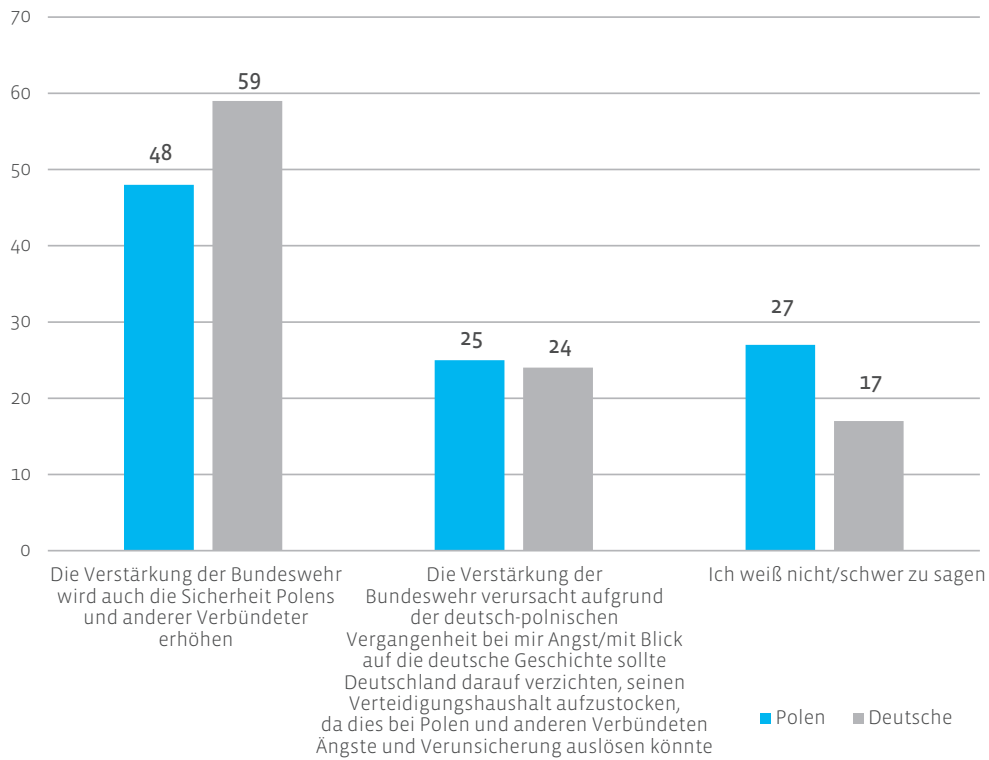
Im Rahmen des Deutsch-Polnischen Barometers bitten wir seit 2018 Polen und Deutsche um ihre Einschätzung zu der Frage, ob die Stärkung der Bundeswehr auch für Polen mehr Sicherheit bedeutet oder ob sie sie mit Blick auf die deutsch-polnische Vergangenheit beunruhigt; seit März 2022 wird diese Frage mit einem Hinweis in den Kontext der kriegerischen Handlungen Russlands gegen die Ukraine gestellt.

Derzeit sind sowohl in Deutschland als auch in Polen deutlich mehr Befragte der Meinung, dass deutsche Rüstungsausgaben auch eine Investition in die Sicherheit Polens und anderer verbündeter Länder sind, wobei diese Überzeugung in Deutschland deutlich stärker ausgeprägt ist als in Polen.

In Polen stieg die Befürwortung verstärkter deutscher Rüstungsanstrengungen nach dem russischen Angriff auf die Ukraine stark an, doch in den letzten zwei Jahren ist ein Abwärtstrend zu verzeichnen, der Ausdruck einer wachsenden Besorgnis über die deutschen Investitionen in den militärischen Bereich ist. Einerseits ist dies das Ergebnis einer gewissen Gewöhnung der polnischen Öffentlichkeit an den Krieg, die wir bereits bei der Erörterung der Veränderungen in der Unterstützung für Sanktionen gegen Russland und bezüglich der Hilfe für die Ukraine beobachten konnten. Andererseits hängt die wachsende Besorgnis mit dem starken antideutschen Diskurs rechter Politiker zusammen, die Deutschland und die deutsche Politik als Bedrohung für Polen darstellen. Die politischen Sympathien der Polen korrelieren in der Tat stark mit deren Wahrnehmung der deutschen Aufrüstung.

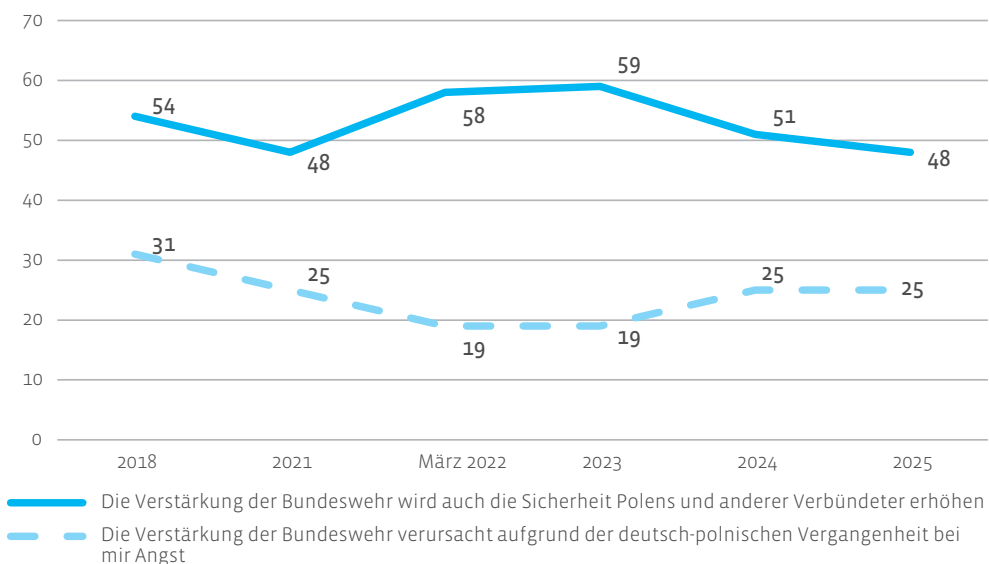
Die politischen Sympathien der Polen korrelieren stark mit deren Wahrnehmung der deutschen Aufrüstung

Abbildung 35: Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine erhöhte die Bundesregierung deutlich die Militärausgaben und plant weitere Investitionen in die Verteidigung. Welche Meinung liegt Ihnen näher? Antworten von Deutschen und Polen im Jahr 2025 (in %)



Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer, 2025

Abbildung 36: Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine erhöhte die Bundesregierung deutlich die Militärausgaben und plant weitere Investitionen in die Verteidigung. Welche Meinung liegt Ihnen näher? Antworten der Polen in den Jahren 2018 und 2021, im März 2022 und in den Jahren 2023-2025 (in %)



Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer, 2025

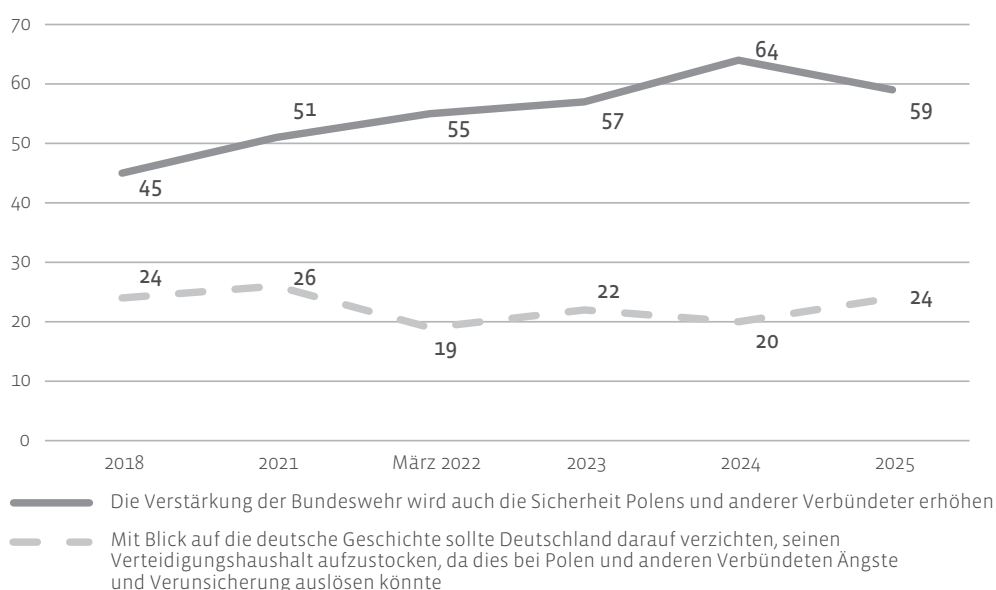
Die große Mehrheit der Wähler der Regierungskoalition (im Durchschnitt mehr als 70 %) sieht die steigenden Ausgaben für die Bundeswehr als Maßnahmen, die die Sicherheit Polens und anderer Verbündeter erhöhen. Bei den Wählern von Recht und Gerechtigkeit, der Konföderation und der Partei Krone hingegen ist der Anteil derer, die sich darüber besorgt äußern (im Durchschnitt über 40 %), deutlich höher als der Anteil derer, die in der deutschen Aufrüstung eine Chance sehen, Polens Sicherheit zu erhöhen. Bei den Wählern dieser drei Gruppierungen wird keine der beiden Haltungen gegenüber der deutschen Rüstung von einer Mehrheit der jeweiligen Wählerschaft unterstützt. So kann man zu dem Schluss kommen, dass die Wähler der Rechten in dieser Frage gespalten sind, freilich mit einer deutlich negativen Tendenz.

Polnische Befragte, die ihr Wissen über Deutschland aus Zeitungen und Fernsehsendungen beziehen, zeigen sich wenig besorgt über die Ertüchtigung der Bundeswehr, während diejenigen, denen soziale Medien als Hauptinformationsquelle über das Nachbarland dienen, vergleichsweise besorgter sind. Das Bildungsniveau der Befragten steht in einem positiven Zusammenhang mit der Überzeugung, dass deutsche Militärausgaben eine positive Auswirkung auf die Lage in Polen haben. Diejenigen, die Deutschland schon einmal besucht haben, machen sich seltener Sorgen über den Ausbau des deutschen militärischen Potenzials. Befragte, die die deutsch-polnischen Beziehungen als sehr gut und gut bewerten, stehen einer Erhöhung der Ausgaben für die Bundeswehr wohlgesinnter (64 %) gegenüber als jene, die die Beziehungen schlecht bewerten (36 %). Ebenso sind die Befragten, die angeben, die Deutschen zu mögen, eher für eine Aufrüstung der Bundeswehr (69 %) als diejenigen, die ihre Abneigung gegen den deutschen Nachbarn signalisieren (27 %).

Die Frage zu den Investitionen in die Bundeswehr war in der deutschen Umfrage etwas anders formuliert, aber ebenso wie in der polnischen Version lag der Fokus auch hier auf den wahrgenommenen Auswirkungen der deutschen Rüstungsoffensive auf die Sicherheit des östlichen Nachbarn und den möglichen Bedenken in Polen und anderen Ländern. Die Mehrheit der Deutschen ist der festen Überzeugung, dass der Ausbau der Bundeswehr auch die Sicherheit ihrer Verbündeten erhöhen wird. Allerdings ist gleichzeitig festzustellen, dass sich nach Jahren der zunehmenden Überzeugung von den positiven Auswirkungen der deutschen Aufrüstung auf die Sicherheit in der Region nun eine Trendwende andeutet. Im Laufe der letzten zwölf Monate ist der Anteil der Befragten, die diese Meinung teilen, um fünf Prozentpunkte gesunken, und um den gleichen Anteil erhöhte sich die Anzahl derer, die der Meinung sind, dass die deutsche Aufrüstung in erster Linie Angst und Misstrauen in den Nachbarländern weckt. Da andere Umfragen zeigen, dass die Deutschen eine Erhöhung der Rüstungsausgaben nach wie vor stark befürworten, kann man vermuten, dass diese Veränderung eher das Ergebnis

eines gestiegenen Bewusstseins eines Teils der deutschen Bevölkerung für polnische Sensibilitäten im Zusammenhang mit der Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg ist. Eine ebenfalls plausible Interpretation wäre, dass die gestiegene Unterstützung für höhere Ausgaben im Jahr 2024 das Ergebnis einer intensiven Debatte über die Notwendigkeit höherer Militärausgaben in ganz Europa war, nach welcher wir nun eine Rückkehr zum (normalen) Unterstützungsniveau von 2022–2023 erleben.

Abbildung 37: Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine erhöhte die Bundesregierung deutlich die Militärausgaben und plant weitere Investitionen in die Verteidigung. Welche Meinung liegt Ihnen näher: Antworten der Deutschen in den Jahren 2018 und 2021, im März 2022 und in den Jahren 2023–2025 (in %)



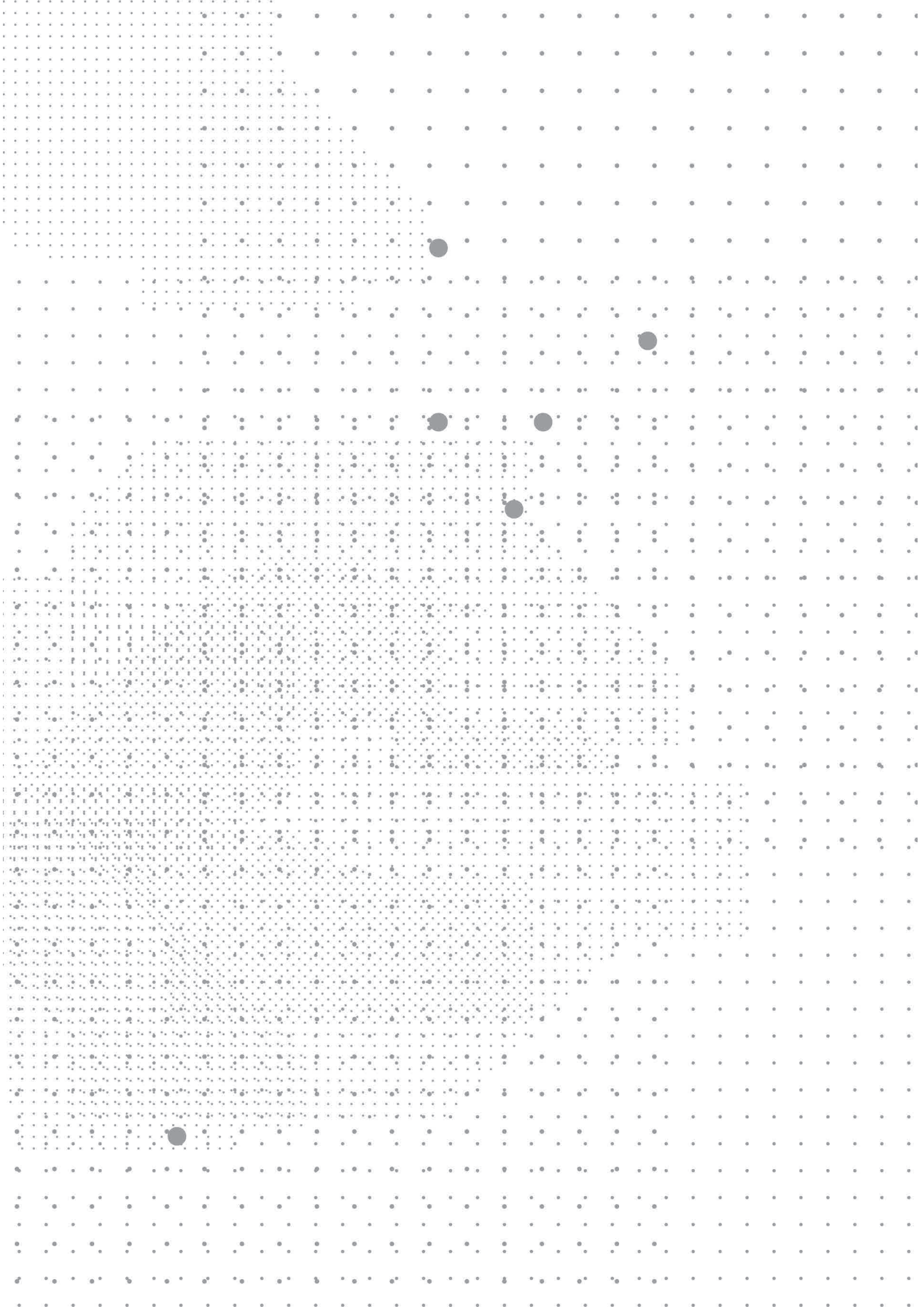
Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer, 2025

Die Antworten der deutschen Befragten auf diese Frage weisen Zusammenhänge mit den demografischen Merkmalen Wohnort, Alter, Geschlecht und Migrationshintergrund auf. Westdeutsche (61 %) sind öfter als Ostdeutsche (46 %) der Meinung, dass eine stärkere Bundeswehr auch mehr Sicherheit für Polen bedeutet. Daher ist es kaum verwunderlich, dass sich das Verhältnis der Aussagen jener Bewohner der Bundesländer, die nicht an Polen grenzen (62 %), zu den Bewohnern der Regionen in unmittelbarer Nähe zu Polen (48 %) ganz ähnlich gestaltet. Und ebenfalls nicht unähnlich verhält es sich zwischen den Befragten, die Polen bereits besucht haben, und denen ohne Polenerfahrung. In diesem Fall ist jedoch die einzige statistisch signifikante Antwort diejenige, die angibt, dass Deutschland aufgrund seiner Vergangenheit auf eine Erhöhung des Verteidigungshaushalts verzichten sollte (geteilt von 30 % der Deutschen, die bereits in Polen waren, gegenüber

20 % der übrigen); erneut kann man hier darauf hinweisen, dass sich unter den Polenkennern relativ viele Deutsche aus den östlichen Bundesländern befinden.

Fragt man nach der Bedeutung des Alters der Befragten für die Beantwortung dieser Frage, so stechen die Jüngsten dadurch hervor, tendenziell keine Meinung zu haben, was im Ergebnis wohl dazu führt, dass in dieser Altersgruppe ein geringerer Prozentsatz die Meinung vertritt, dass die Stärkung der Bundeswehr für Polen von Vorteil ist. Männer (65 %) glauben wiederum häufiger als Frauen (52 %), dass eine starke Bundeswehr auch einen Zuwachs an Sicherheit für Polen bedeutet. Ebenso gibt es einen auffälligen Zusammenhang mit den Wissensquellen zur Politik: Die Zuschauer der öffentlich-rechtlichen Sender (69 %) vertreten nachdrücklicher als die Zuschauer der privaten Sender (57 %) die Auffassung, dass eine stärkere Bundeswehr Polen mehr Sicherheit bringt. Was die Leserschaft von Zeitungen und Portalen betrifft, so sticht lediglich die Gruppe derer hervor, die vorrangig lokale Medien nutzen und eine deutsche Aufrüstung mehr als andere Gruppen als gut für die Sicherheit der Verbündeten ansehen.

Und wie zu erwarten, hängen die Meinungen zu dieser Frage auch von den Parteipräferenzen der Deutschen ab. Die Antwort, die auf mögliche Sorgen in Polen und anderen Ländern hinweist, wird von den Anhängern der Alternative für Deutschland (40 %) und des Bündnisses Sahra Wagenknecht (42 %) sowie der Freien Demokratischen Partei (31 %) häufiger genannt als von den Wählern anderer Parteien. Es ist davon auszugehen, dass dies eher Ausdruck der Ablehnung von Investitionen in die Bundeswehr, der Systemfeindlichkeit und der prorussischen Haltung dieser Wähler ist als ein Ausdruck der Sorge um das Wohlergehen des polnischen Volkes.

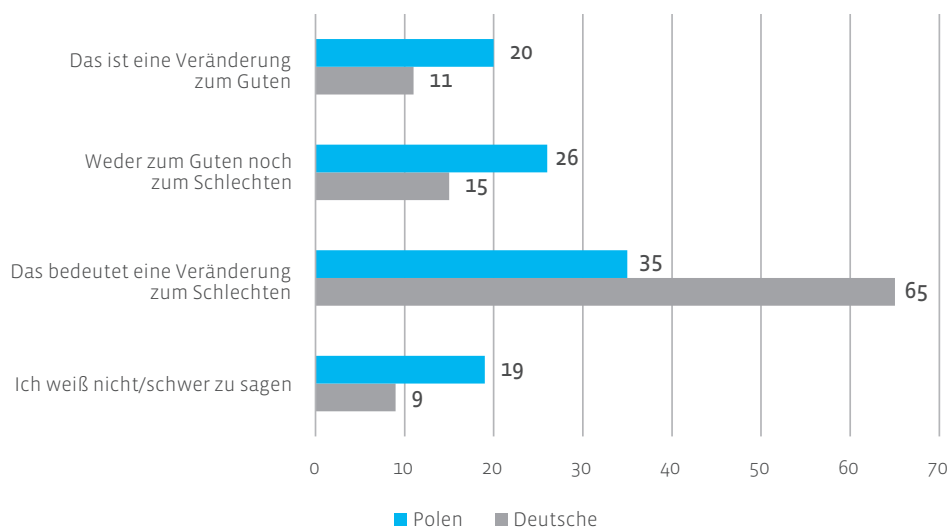


Beurteilung der Auswirkungen der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten auf Polen und Deutschland



Seit seiner Gründung während des Kalten Krieges hat sich das Nordatlantische Bündnis in hohem Maße auf die Macht der US-Streitkräfte und den „nuklearen Schutzschirm“ der USA verlassen. Daher hat die Rückkehr Donald Trumps an die Macht – und seine zahlreichen Ankündigungen einer radikalen Reduzierung des US-Engagements zur Verteidigung Europas – in Polen und Deutschland eine intensive Debatte über die Folgen des Wandels in der US-Politik und die zukünftige Architektur der europäischen Sicherheit ausgelöst. In der diesjährigen Umfrage haben wir Deutsche und Polen nach ihrer allgemeinen Einstellung zum Wahlsieg von Donald Trump gefragt.

Abbildung 38: Wie beurteilen Sie die Machtübernahme der Regierung Trump in den USA aus Sicht Ihres Landes? Antworten der Polen



Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer, 2025

In beiden Ländern ist nur eine Minderheit der Befragten der Ansicht, dass die Machtübernahme durch Donald Trump eine Veränderung zum Besseren für ihr Land bedeutet: In Polen glaubt dies jeder Fünfte, in Deutschland jeder Zehnte. Gleichwohl veranschaulichen die Antworten historische Unterschiede in der Einstellung von Polen und Deutschen zu den USA und ihrer Rolle in der Welt – die Deutschen sind traditionell skeptischer, während die Polen eine deutlich positivere Einstellung zu Amerika haben. Der Wechsel im Weißen Haus wird von 65 Prozent der Deutschen und 35 Prozent der Polen

negativ gesehen. Darüber hinaus ist ein vergleichsweise hoher Anteil der Polen der Meinung, dass eine solche Änderung keine eindeutigen Folgen für Polen hat, oder sie nicht in der Lage sind, diese Frage zu beantworten.

Die wichtigste Variable, die die Einstellung zum neuen US-Präsidenten in Polen bestimmt, sind die politischen Sympathien der Befragten. Die Anhänger der Bürgerkoalition, der Linken und der Partei Gemeinsam sind fest von den negativen Folgen des Wahlerfolgs von Donald Trump überzeugt. Etwa jeweils zwei Drittel der Wähler dieser Parteien sind dieser Meinung. Dagegen sind die Wähler der beiden anderen Parteien der Regierungskoalition – der Polnischen Volkspartei und von Polen 2050 – in ihrer Einschätzung der Folgen einer Präsidentschaft Donald Trumps recht gespalten. Ein ähnlicher Prozentsatz der Wähler dieser Parteien blickt entweder hoffnungsvoll oder beunruhigt auf diese Präsidentschaft oder hat keine klare Meinung zu diesem Thema. Der Sieg von Donald Trump wird von den Wählern von Recht und Gerechtigkeit und der Konföderation relativ positiv bewertet, doch bildet diese Gruppe in beiden Fällen nicht die klare Mehrheit dieser Wählerschaften (47 % bzw. 43 %). Unter den Wählern der Partei Krone sind diejenigen am stärksten vertreten, die glauben, dass der Machtwechsel im Weißen Haus wenig ändern wird.

Gewisse Abhängigkeiten sind auch bei den Informationsquellen der Befragten zu erkennen. Die Leser der liberalen und zentristischen Presse glauben, dass dies für Polen eine Veränderung zum Schlechten ist, während die Leser der rechten Medien gegenteiliger Ansicht sind. Die Meinung der Befragten über den Wechsel an der US-Regierungsspitze hängt auch vom Bildungsniveau ab – je höher gebildet, desto häufiger glauben die Befragten, dass es damit für Polen in eine negative Richtung geht. Dasselbe gilt für das Alter – je höher, desto häufiger die Bedenken.

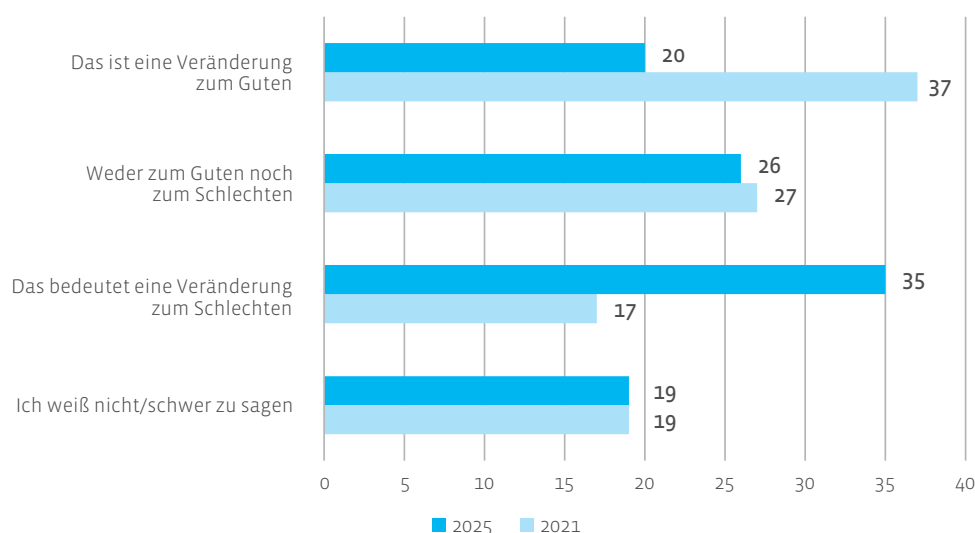
Auch in Deutschland sind Personen mit Hochschulbildung häufiger als andere der Meinung, dass sich ein Wandel zum Schlechten vollzieht (71 %). Westdeutsche (67 %) sind ebenfalls eher dieser Meinung als Ostdeutsche (56 %) und Personen über 60 Jahre zeigen sich besorgter als die Jüngeren. Von einer Veränderung zum Besseren sprechen in Deutschland eher die Männer (14 %) als die Frauen (8 %) und Menschen mit Migrationshintergrund häufiger (17 %) als die ohne (9 %).

Die Einschätzung des Wandels hängt bei den deutschen Befragten ähnlich wie bei ihren polnischen Pendanten von ihren politischen Präferenzen und ihren politischen Informationsquellen ab. Jeder vierte Wähler der Alternative für Deutschland ist von einer Veränderung zum Besseren überzeugt; aber auch in dieser Wählerschaft sind mit 36 Prozent deutlich mehr Menschen der Meinung, dass es sich um eine Veränderung zum Schlechteren handelt. Unter den Zuschauern der privaten Fernsehsender beläuft sich dieses Verhältnis auf 15 zu 60 Prozent, und bei den Lesern der Bild-Zeitung beträgt es 20 zu 51 Prozent. Große Teile der Anhängerschaft der Grünen (87 %) und der Linken (81 %) sowie der Zuschauer des öffentlich-rechtlichen Fernsehens (73 %) und

der Leser der linksliberalen (73 %) wie auch der konservativen (62 %) Presse sind der Meinung, dass es sich um eine Veränderung zum Schlechteren handelt.

Interessanterweise waren die Reaktionen der Polen auf den Wahlsieg von Joe Biden im Jahr 2021 fast spiegelbildlich zu den Antworten der diesjährigen Umfrage. Der gleiche Prozentsatz von Befragten, der einst hoffnungsvoll auf den Sieg von Joe Biden blickte, betrachtet nun sorgenvoll die Rückkehr von Donald Trump ins Weiße Haus. Umgekehrt hält heute jeder fünfte Pole Trumps Präsidentschaft für eine gute Nachricht für Polen, während 2021 fast jeder fünfte Befragte mit Bidens Sieg unzufrieden war. So verwundert es nicht, dass die gleichen Anteile von Befragten heute wie damals der Meinung sind/waren, dass sich durch den Wechsel im Oval Office in den transatlantischen Beziehungen kaum etwas ändern wird, bzw. waren erst gar nicht in der Lage oder bereit, diese Fragen zu beantworten.

Abbildung 39: Wie beurteilen Sie die Machtübernahme der Regierung Joe Biden / Donald Trump in den USA aus Sicht Ihres Landes? Antworten der Polen in den Jahren 2021 (Joe Biden) und 2025 (Donald Trump) (in %)

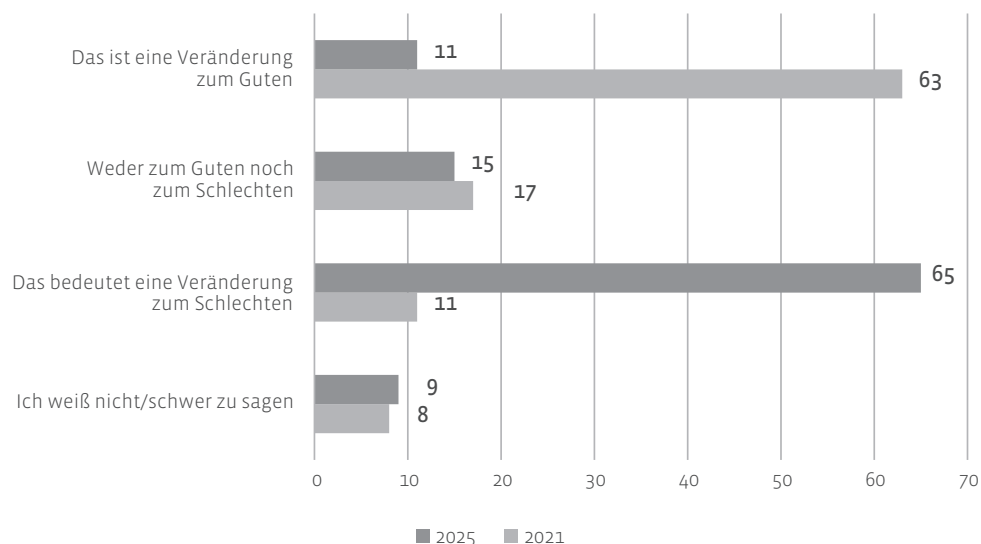


Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer, 2025

Auch in Deutschland ist eine spiegelbildliche Meinungsumkehr im Vergleich zu 2021 zu erkennen – damals werteten zwei Drittel der Deutschen den Sieg von Joe Biden als gut für ihr Land. Im Jahr 2025 ist derselbe Prozentsatz der Befragten besorgt über die Folgen einer Rückkehr von Donald Trump ins Präsidentenamt. Dies ist ein gutes Beispiel für die außergewöhnliche Stabilität der Einschätzungen in der Frage der transatlantischen Beziehungen und für den anhaltenden Unterschied zwischen der polnischen und der deutschen Einstellung zur Politik der Vereinigten Staaten. In Polen ist die Kritik an der amerikanischen Administration tendenziell verhaltener und die Hoffnung

auf gute Beziehungen größer als in Deutschland. Diese Unterschiede zeigen sich nicht nur in den Umfragen, sondern auch im öffentlichen Diskurs in beiden Ländern.

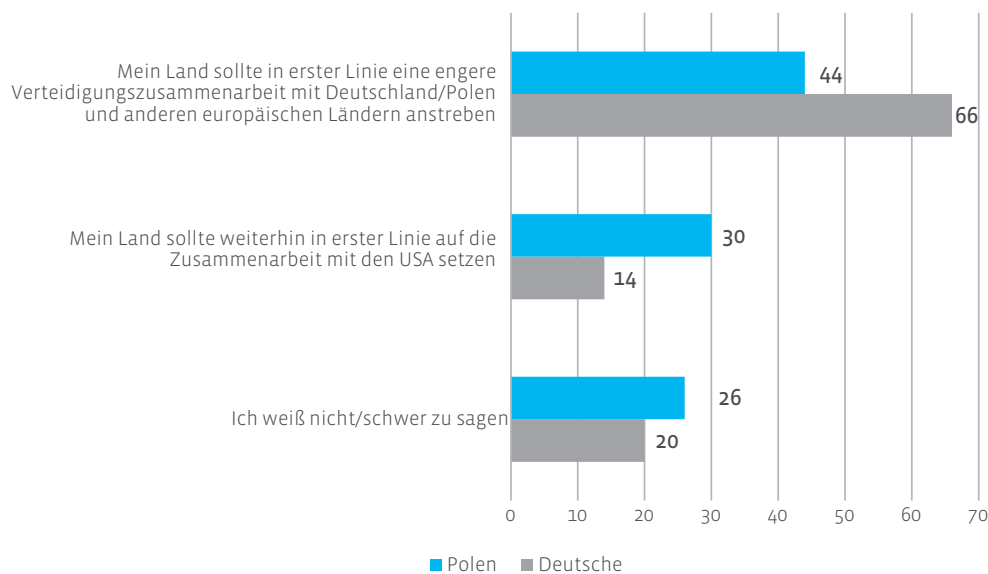
Abbildung 40: Wie beurteilen Sie die Machtübernahme der Regierung Joe Biden / Donald Trump in den USA aus Sicht Ihres Landes? Antworten der Deutschen in den Jahren 2021 (Joe Biden) und 2025 (Donald Trump) (in %)



Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer, 2025

Wir haben die polnischen und deutschen Befragten auch nach der Richtung der Verteidigungszusammenarbeit gefragt, angesichts der epochalen Veränderungen in der US-Politik. Wie sich herausstellt, haben Polen und Deutsche eine ähnliche Einschätzung hinsichtlich einer sinnvollen Richtung der Sicherheitspolitik ihres Landes. Eine deutliche Mehrheit der Deutschen und die größte Gruppe der befragten Polen sprechen sich für eine engere militärische Zusammenarbeit auf europäischer Ebene aus. Die Minderheit in beiden Ländern würde weiterhin auf eine Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten setzen, wobei diese Minderheit in Polen doppelt so groß ist wie in Deutschland.

Abbildung 41: Was soll die Regierung Ihres Landes angesichts der Ungewissheit bezüglich der Sicherheitsgarantien der USA für Europa tun? Antworten der Deutschen und der Polen im Jahr 2025 (in %)



Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer, 2025

Ebenso wie bei den Einschätzungen der Folgen des Wahlsiegs von Donald Trump sehen wir auch in den Antworten zur Frage der zukünftigen Verteidigungspolitik eine extrem starke Korrelation mit den politischen Sympathien der Befragten. Die Anhänger der Parteien der derzeitigen Regierungskoalition (und auch die der Partei Gemeinsam) setzen zu durchschnittlich 70 Prozent auf eine europäische Zusammenarbeit, während nur jeder fünfte bzw. jeder sechste Wähler der Koalitionsparteien der Meinung ist, dass weiterhin die Unterstützung der Vereinigten Staaten gesucht werden sollte. Bei den Wählern der rechten Oppositionsparteien (Konföderation, Recht und Gerechtigkeit) überwiegt die amerikanische Option (mit rund 60 %), obwohl auch hier eine überraschend starke Unterstützung (jeder vierte Anhänger dieser Parteien) für die europäische Zusammenarbeit zu verzeichnen ist. Die Wähler der Partei Krone sind in dieser Frage geteilter Meinung, wobei die Vision einer Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten am häufigsten vertreten wird. Die europäische Zusammenarbeit wird am stärksten von der Altersgruppe der über 50-Jährigen unterstützt, die jüngste Gruppe (18 bis 29 Jahre) ist in dieser Frage zu fast gleichen Teilen gespalten. Im Allgemeinen waren Personen im Alter zwischen 18 und 50 Jahren zu einem Anteil von durchschnittlich 30 Prozent nicht in der Lage, eine solche Frage zu beantworten. Befragte mit Hochschulbildung befürworteten eher die europäische Option, während die einfacher Gebildeten die amerikanische Option unterstützten. Die Zusammenarbeit mit den USA wird von jenen Fernsehzuschauern bevorzugt, die ihre politischen Informationen von

rechtsgerichteten Sendern erhalten, wohingegen unter den Zuschauern des öffentlich-rechtlichen Fernsehens sowie von Polsat und TVN die Unterstützung für die militärische Zusammenarbeit in Europa eindeutig überwiegt. Ähnliches gilt für die Zeitungsleserschaft: Die Leser rechtsgerichteter Zeitungen und Portale sind mehrheitlich für die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten, während die der liberalen und zentristischen Zeitungen sowie – in geringerem Maße – der Boulevardzeitungen die europäische Zusammenarbeit bevorzugen. Interessanterweise korreliert die Tatsache, schon einmal in Deutschland gewesen zu sein, stark mit der Befürwortung einer europäischen Verteidigungspolitik.

In Deutschland zieht sich die Unterstützung für die europäische Sicherheitskooperation durch alle gesellschaftlichen Gruppen und politischen Lager, wobei Unterschiede nur in der Stärke dieser Befürwortung bestehen. Personen mit Hochschulbildung (70 %) überwiegen gegenüber Menschen mit geringerer Bildung deutlich in ihrer Befürwortung einer engeren Allianz mit Polen und anderen europäischen Ländern. Männer (70 %) und Frauen (60 %) unterscheiden sich in der Einschätzung dieser Frage nicht übermäßig.

Obwohl die Wähler der Alternative für Deutschland das Bündnis mit den Vereinigten Staaten häufiger als andere präferieren (25 %), spricht sich selbst unter ihnen ein doppelt so hoher Anteil für die Konzentration auf ein europäisches Bündnis aus (51 %). Ganz ähnliche Tendenzen sehen wir bei den Fernsehzuschauern. Nutzer privater Sender sprechen sich zwar relativ häufiger für eine Kooperation mit den Vereinigten Staaten aus als die Zuschauer der öffentlich-rechtlichen Sender (24 % zu 14 %), aber auch hier sind diejenigen in der Überzahl, die das Bündnis mit den europäischen Partnern bevorzugen (60 %). Eine ähnliche Konstellation enthüllt der Vergleich zwischen den Lesern der Bild-Zeitung und den Lesern anderer Blätter.



Ein Vierteljahrhundert Beobachtungen im Rahmen des Deutsch-Polnischen Barometers erlauben einen tiefen Einblick in die mannigfachen Veränderungen der Stimmungen und Wahrnehmungen von Deutschen und Polen während dieser Zeit. Beziehungen, auch wenn sie gefestigt scheinen, bleiben doch latent anfällig für Schwankungen, die sich aus der aktuellen Politik, einer aufgeheizten Rhetorik in den Medien oder aufgrund internationaler Krisen ergeben können. Die Ergebnisse der diesjährigen Umfrage zeigen, dass das Bild des Nachbarn trotz Schwierigkeiten und Spannungen vielfältiger und mehrdimensionaler ist, als es die einfache Einteilung in Sympathie und Abneigung ausdrücken könnte. Dennoch lässt sich nicht darüber hinwegsehen, dass sich angesichts des im diesjährigen Barometer dokumentierten Abwärtstrends bei den mehrheitlich positiven Antworten ein eher deprimierendes Bild von der Wahrnehmung Deutschlands in Polen ergibt. Es zeigt sich, dass eine andauernde Rhetorik mit Blick auf Reparationsfragen und die Vergangenheit in den gegenseitigen Beziehungen direkte Auswirkungen auf das Deutschlandbild insgesamt hat, einschließlich seiner Politik und Gesellschaft. Polen, die der Meinung sind, dass in den Beziehungen zu den Deutschen zunächst die historischen Fragen geklärt werden sollten, bewerten die gegenseitigen Beziehungen weniger positiv als diejenigen, die auf die Bedeutung von Gegenwart und Zukunft verweisen. Erstere äußern zudem seltener Sympathie für Deutsche und akzeptieren diese seltener in verschiedenen sozialen Rollen. Die Verantwortung dafür sollte jedoch nicht allein der Rhetorik der polnischen Rechten zugeschrieben werden. Gedeihen konnte diese nämlich erst vor dem Hintergrund einer jahrzehntelangen prorussischen Haltung führender deutscher Politiker sowie einer kontroversen Migrationspolitik, was beides in Polen auf allgemeines Unverständnis stieß und zu einer nachhaltig reservierten Haltung gegenüber Deutschland und den Deutschen führte.

Ein wesentlicher Bezugspunkt für die aktuelle Ausgabe des Deutsch-Polnischen Barometers ist der weiterhin andauernde Krieg in der Ukraine, der das Sicherheitsempfinden neu definiert und beide Gesellschaften zwingt, über die Rolle des eigenen Landes in Europa nachzudenken. Die Rückkehr von Donald Trump ins Weiße Haus und die damit verbundene Unsicherheit über das weitere Engagement der USA in Europa tun ein Übriges. Gleichzeitig wächst sowohl in Polen und Deutschland als auch in vielen anderen europäischen Ländern der Zuspruch von rechtspopulistischen Parteien, was die Debatte über die Zukunft der Gemeinschaft weiter erschwert.

Vor diesem Hintergrund muss unbedingt das bisher ungenutzte Potenzial der Gleichzeitigkeit einer breiten Koalition, die 2023 in Polen das politische Ruder übernommen hat, und einer neuen schwarz-roten Koalition in Deutschland Erwähnung finden. Beide Seiten haben gerade jetzt die Möglichkeit, die Agenda der Zusammenarbeit zu erneuern und jene Barrieren zu überwinden, die durch jahrelange gegenseitige Beschuldigungen und Versäumnisse entstanden sind. Dies gilt umso mehr, als – wie die Ergebnisse des diesjährigen Barometers eindrücklich zeigen – sowohl in Polen als auch in Deutschland die Anhänger der in beiden Ländern regierenden Parteien der Politik des Nachbarlandes ausgesprochen positiv gegenüberstehen. Daraus kann man schließen, dass es sich die Regierungen beider Länder durchaus zutrauen könnten, neue bilaterale und europäische Kooperationsinitiativen anzuschließen, ohne befürchten zu müssen, von ihren Wählern dafür abgestraft zu werden. Dies gilt insbesondere für die polnische Regierung, die bei der Zusammenarbeit mit Deutschland sehr zurückhaltend ist, um jeglicher Konfrontation mit dem antideutsch eingestellten Teil der Gesellschaft aus dem Wege zu gehen, obwohl sich der Eindruck verfestigt hat, dass ihre eigene Anhängerschaft nicht besonders empfänglich für antideutsche Narrative ist. Denn wenngleich das Deutsch-Polnische Barometer einen Rückgang der positiven Stimmung gegenüber Deutschland aufzeigt, kann man keineswegs davon sprechen, dass Polen generell eine antideutsche Gesellschaft hat. Auch das bestätigen die diesjährigen Ergebnisse. Sucht man nämlich analytisch nach der Gruppe von Befragten, die sich bei allen möglichen Antworten (bzgl. Sympathie, Akzeptanz, Bewertung der deutschen Politik) negativ über Deutschland und die Deutschen äußern, stellt sich heraus, dass dies lediglich auf ein Prozent der befragten Polen zutrifft. Umgekehrt ist es auf deutscher Seite sogar weniger als ein Prozent.

Gleichzeitig zeigt sich immer wieder, dass persönliche Erfahrungen – Reisen und zwischenmenschliche Kontakte – ein positiveres Bild vom Nachbarn vermitteln und Stereotype abbauen helfen. Auf polnischer Seite ist der Trend in dieser Stärke ein echtes Novum, da er jahrelang kaum zu beobachten war. Erklärt hatten wir das früher mit den verschiedenen Wissensquellen, aus denen die Polen ihre Informationen über Deutschland beziehen. Doch auf der Grundlage der jetzt festgestellten Veränderung – und anhand weiterer Ergebnisse aus der vorliegenden Studie – lässt sich die Hypothese ableiten, dass die persönliche Bekanntschaft mit Deutschland und den Deutschen zumindest einen Teil der Befragten gegen antideutsche Rhetorik immunisiert. Andererseits führt die wachsende Bedeutung der sozialen Medien allgemein zu einer stärkeren Polarisierung der Meinungen.

Das diesjährige Deutsch-Polnische Barometer zeigt einmal mehr, dass der Zustand der deutsch-polnischen Beziehungen – sei er gut oder schlecht – nie in Stein gemeißelt ist. Diese Beziehungen bedürfen der Sorgfalt, Offenheit und der Bereitschaft, gemeinsam auf Herausforderungen – von der Sicherheit über die Europapolitik bis hin zum angemessenen Gedenken an die Geschichte – zu reagieren, mit Blick auf die Zukunft ganz Europas.



Die Untersuchung wurde im Rahmen der Reihe des Forschungsprojekts „Deutsch-Polnisches-Barometer“ vom Institut für Öffentliche Angelegenheiten, dem Deutschen Polen-Institut, der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit realisiert. Die Umfrage wurde zwischen dem 21. und 28. August 2025 vom Meinungsforschungsinstitut IPSOS unter Verwendung der CAWI-Methode (Online-Panel) an einer repräsentativen Stichprobe von 1.000 polnischen und 1.000 deutschen Einwohnern im Alter zwischen 18 und 75 Jahren durchgeführt. Beide landesweiten Stichproben von Befragten sind repräsentativ in Bezug auf Geschlecht, Alter, Region, Größe des Wohnorts und Bildung.

Um den Einfluss der Medien auf die öffentliche Meinung zu erfassen, haben wir die Befragten in Polen und Deutschland nach ihren Hauptinformationsquellen zur Politik befragt. Anschließend haben wir eine Klassifizierung von Zeitungen, Webportalen und Fernsehsendern vorgenommen.

In Polen wurden Zeitungen, Zeitschriften und Webportale in liberale (z. B. Gazeta Wyborcza, Polityka, Oko.press), zentristische (z. B. Rzeczpospolita, Dziennik Gazeta Prawna, Onet.pl), rechte (z. B. Gazeta Polska, Sieci, wPolityce.pl), Boulevardzeitungen (Fakt, Super Express) und regionale Medien unterteilt. Die Fernsehprogramme wurden in öffentlich-rechtliche Sender (TVP), kommerzielle Mainstream-Sender (Polsat, TVN) und rechtskonservative Fernsehsender (TV Republika, Telewizja Trwam) unterschieden.

Eine analoge Einteilung wurde für die deutschen Medien vorgenommen. Die Fernsehkanäle wurden unterteilt in öffentlich-rechtliche Sender (ARD, ZDF, Nachrichtensender wie Phoenix), regionale Sender (Dritte Programme), kommerzielle Sender (wie RTL, n-tv, ProSieben, VOX), Kultur- und Bildungskanäle (3Sat, Arte) und Nachrichtensender mit eher konservativem Profil (Welt TV). Außerdem wurde eine Gruppe von Befragten unterschieden, die andere Fernsehquellen nutzen oder gar keine Nachrichtensendungen sehen. Zeitungen und Online-Portale wurden in mehrere Hauptkategorien eingeteilt: liberale und zentristische Meinungsmedien (z. B. Der Spiegel, Die Zeit, Süddeutsche Zeitung), Boulevard- und Massenpresse (Bild-Zeitung), konservative und Wirtschaftsmedien (Frankfurter Allgemeine Zeitung, Die Welt, Handelsblatt, Focus), linke und alternative Medien (die taz), Nachrichten- und Unterhaltungswebsites (zum Beispiel t-online.de, web.de, gmx.de) und regionale Medien. Darüber hinaus wurde eine Gruppe von Befragten unterschieden, die ihr politisches Wissen nicht aus der Presse und den Portalen beziehen.

In beiden Ländern konnten die Befragten auch die Nutzung ausländischer Medien namentlich angeben, aber diese Angaben waren äußerst selten und hatten keinen statistischen Einfluss auf die Korrelationen.

Mit dieser Unterteilung sollte erfasst werden, welche Medien die Hauptquellen für das Wissen über Politik und internationale Angelegenheiten sind und wie sie mit den Meinungen zu den deutsch-polnischen Beziehungen und zu Fragen der Sicherheit korrelieren.

Zu den Autoren

Dr. Jacek Kucharczyk – Soziologe, Vorstandsvorsitzender des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten in Warschau. Absolvent der Schule für Sozialwissenschaften am Institut für Philosophie und Soziologie der Polnischen Akademie der Wissenschaften. In den Jahren 1994/1995 erhielt er ein Stipendium von der Graduate Faculty of the New School for Social Research in New York. Zuvor studierte er Philosophie an der Universität von Kent in Canterbury (Master of Arts in Philosophie, 1992) sowie Englisch und Philosophie an der Universität Warschau (Master of English Philology, 1987). Darüber hinaus ist er Mitbegründer und Vorstandsmitglied der Prague Civil Society Center Foundation und Vorsitzender des Stipendienprogramm-Ausschusses der Open Society Foundations. Zuvor war er Mitglied des Vorstands des Think Tank Fund am Open Society Institute in Budapest (2008–2015). Autor und Herausgeber zahlreicher Artikel, Policy Briefs, Berichte und Bücher über Demokratie, Populismus, Europapolitik und Migration. Er äußert sich häufig zu aktuellen politischen Ereignissen in Presse, Rundfunk und Fernsehen, und seine Kommentare erscheinen in den wichtigsten polnischen, europäischen und weltweiten Medien.

Dr. Agnieszka Łada-Konefal – Stellvertretende Direktorin am Deutschen Polen-Institut in Darmstadt (DPI), bis 2019 Direktorin des Europa-Programms und Senior Analyst am Warschauer Institut für Öffentliche Angelegenheiten (ISP). Promotion in Politikwissenschaft an der Universität Warschau. Studium der Politikwissenschaft in Warschau und Berlin sowie Aufbaustudium in Organisationspsychologie in Dortmund und Executive Master for Public Administration an der Hertie School of Governance. Stipendiatin der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Hertie-Stiftung und des Deutschen Akademischen Austauschdienstes. *Visiting fellow* am Brüsseler European Policy Centre (2011), *visiting research fellow* an der University of Sussex (2012), *visiting scholar* am Alfred von Oppenheim Centre for European Policy Studies, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (2013), *visiting researcher* bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin (2016/2017). Spezialisierung auf folgende Bereiche: deutsch-polnische Beziehungen, polnische Außen- und Europapolitik, Wahrnehmung Polens im Ausland bzw. der Ausländer in Polen.



25 Jahre deutsch-polnische Wahrnehmungsstudien

Das Deutsch-Polnische Barometer ist ein Projekt, das regelmäßig die Meinungen der Polen und Deutschen zur gegenseitigen Wahrnehmung, zum Zustand der deutsch-polnischen Beziehungen und zu aktuellen Herausforderungen sammelt und veröffentlicht. Es wird durchgeführt vom Institut für Öffentliche Angelegenheiten aus Warschau, dem Deutschen Polen-Institut in Darmstadt, der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen sowie der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit.

Alle, die an einem Vergleich der Ergebnisse über einen längeren Zeitraum hinweg interessiert sind, sind dazu eingeladen, unsere Projekt-Website zu besuchen: www.barometr-polska-niemcy.pl oder www.deutsch-polnisches-barometer.de. Dort kann man eigenständig Daten gegenüberstellen, Diagramme erstellen und Trends analysieren.

ISBN: 978-3-911236-03-4

INSTITUTE OF
PUBLIC AFFAIRS

DEUTSCHES
POLEN
INSTITUT

KONRAD
ADENAUER
STIFTUNG



FUNDACJA WSPÓŁPRACY
POLSKO-NIEMIECKIEJ
STIFTUNG
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE
ZUSAMMENARBEIT